

Kommunalpolitische Leitlinien

Verzeichnis der Kapitel:

Einleitung	Seite 2
Thema: Soziales	Seite 6
Armut in Stadt und Land bekämpfen - soziale Gerechtigkeit schaffen	Seite 9
Thema: Arbeit	Seite 12
Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz	Seite 16
Thema: Wohnen	Seite 22
Thema: Verkehr	Seite 27
Thema: Gesundheit	Seite 33
Thema: Bildung	Seite 42
Thema: Kunst und Kultur	Seite 46
Thema: Sport	Seite 50
Kinder- und Jugendpolitik	Seite 53
Senior*innenpolitik	Seite 59
Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter	Seite 63
Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft	Seite 68
Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen	Seite 72
Für einen lebenswerten ländlichen Raum	Seite 80
Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient	Seite 83
Für eine individuelle Kommunale Planung für ganz NRW	Seite 89
Digitalisierung	Seite 96
Kommunal für Frieden – gegen Aufrüstung und Militarisierung	Seite 100
Antifaschismus	Seite 103

1 Einleitung

2 Wem gehört die Kommune?

3 DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir wollen Hoffnung machen
4 auf eine andere Gesellschaftsordnung, in der die Politik nicht mehr von den Interessen der Industrie
5 und der Banken und Konzerne bestimmt wird. Wir wollen Schluss machen mit einer Politik, die auf
6 Wachstum und die Ausbeutung von Mensch und Natur setzt. Wir wollen Reichtum umverteilen und
7 die Daseinsvorsorge in kollektives Eigentum überführen. Bei den Kommunalwahlen in NRW setzen
8 wir auf ein Umsteuern in der Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik, auf Demokratisierung und
9 eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Wiedergewinnung des öffentlichen Sektors für alle, die in den
10 Städten und Gemeinden leben.

11 Sozialökologisch – unser Weg zu einer lebenswerten und gerechten Zukunft für Alle

12 Nie zuvor sind so viele Menschen mit einem gemeinsamen Ziel auf die Straßen gegangen wie mit
13 „Fridays for Future“ zur Rettung des Klimas. Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern,
14 Wissenschaftler*innen und Umweltbewegte gingen voran. Ihnen folgen immer mehr Menschen, die
15 in Sorge um unseren Planeten sind. Es geht um nicht weniger als die Rettung dieser einen Welt, die
16 wir zum Leben haben. Unser Ökosystem und Klima stehen kurz vor dem Zusammenbruch. Einen
17 Planeten B gibt es nicht. Vor allem die große Mehrheit der jungen Generation verlangt von der
18 Politik, alles dafür zu tun, damit auch sie noch mit Kindern und Enkeln hier leben können.

19 Gleichzeitig wenden sich aber auch zunehmend Menschen von der Politik ab. Immer mehr
20 Einwohner*innen der Städte und Gemeinden in NRW sind abgehängt, chancen- und perspektivlos,
21 allein 800.000 Kinder wachsen in NRW in Armut auf. Leiharbeit und Minijobs breiten sich weiter auf
22 dem Arbeitsmarkt aus. Industriearbeitsplätze verschwinden, doch gut bezahlte neue Stellen fehlen.
23 Den Strukturwandel sind viel zu Viele gezwungen ihn nicht als Wandel erleben, sondern als
24 Zerstörung von Infrastruktur und Lebensperspektiven. In vielen Stadtteilen ist Wohnen für die große
25 Mehrheit unbezahlbar geworden, Menschen werden aus ihren Quartieren verdrängt. Im ländlichen
26 Raum existiert oft kaum noch soziale Infrastruktur. Von einem guten ÖPNV oder einem ausgebauten
27 Radwegenetz können die meisten Menschen nur träumen. Dasselbe gilt für Bildungseinrichtungen,
28 Jugend- und Sozialarbeit. Für Frauen, die Gewaltopfer werden, gibt es nicht einmal im Ansatz
29 ausreichend Frauenhausplätze.

30 Ökologie – also die Rettung und Bewahrung unseres Planeten – und soziale Gerechtigkeit, die Armut
31 überwindet und allen gleiche Lebensmöglichkeiten bietet, stehen für uns als LINKE nicht
32 gegeneinander. Ein gutes Leben für Alle kann es nur geben, wenn wir „sozial“ und „ökologisch“ als
33 zwei Seiten einer Medaille sehen. Deshalb ist unsere Politik konsequent sozialökologisch.

34 Die Kommune nimmt eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung des dringend notwendigen sozial-
35 ökologischen Umbaus ein.

36 Viele wichtige Veränderungen, die unseren Alltag prägen werden, sind hier zu gestalten. Angefangen
37 bei der Energiegewinnung, über den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, bis hin zu
38 nachhaltiger Landwirtschaft.

39 Statt in riesigen Kraftwerken Kohle und Gas zur Stromerzeugung zu verbrennen und dabei Unmengen
40 an CO₂ auszustoßen setzen wir auf dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen wie
41 Windkraft und Solarenergie in der Hand der Bürger*innen. Dies soll durch kommunale Stadtwerke
42 oder mit Genossenschaften sichergestellt. So können wir Ökostrom für alle erzeugen, zu sozial fair
43 gestaffelten Tarifen.

44 Heute ist der städtische Raum geprägt von großen Straßen, welche die Lebensräume zerschneiden.
45 Es gibt immer mehr Autos und sie werden immer größer. Darunter leidet nicht nur das Klima,
46 sondern auch die Luftreinheit und die Verkehrssicherheit für alle schwächeren
47 Verkehrsteilnehmer*innen.

48 Wir wollen gegensteuern. Den öffentlichen Raum wollen wir für alle Menschen zurück erobern und
49 nicht dem motorisierten Individualverkehr opfern. Unser Ansatz ist dabei der massive Ausbau des
50 öffentlichen Personennahverkehrs mit Bahnen und Bussen. Alle wichtigen Punkte des öffentlichen
51 und privaten Lebens müssen bei kurzen Wegen mit öffentlichen Verkehrsmitteln und in kurzer
52 Taktung erreichbar sein. Damit Alle mitgenommen werden, ist er kosten- und barrierefrei sowie
53 fahrscheinlos. Besonders der ländliche Raum muss viel besser angebunden werden. Es darf im
54 Landkreis keinen Ort geben, an dem nicht in angemessener Häufigkeit ein Bus oder eine Bahn zu Fuß
55 zu erreichen ist.

56 Statt vielspuriger Straßen und riesiger Parkhäuser soll es gut ausgebaute Fahrrad- und Fußwege
57 sowie sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben. Andere Länder und Städte im Ausland
58 machen erfolgreich vor, wie der Verkehr der Zukunft aussehen kann.

59 In den Räten und Kreistagen wollen wir keine Betriebe der industriellen Landwirtschaft und
60 Massentierhaltung genehmigen. Solche Betriebe zerstören Mensch, Tier und Umwelt.

61 Wir setzen auf regionale und nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln, in denen es gute
62 Arbeitsbedingungen gibt und faire Löhne gezahlt werden. Die Kommune soll den Kauf dieser fair und
63 ökologisch erzeugten Produkte fördern, denn gesunde und nachhaltige Ernährung darf kein Luxusgut
64 sein. Pestizide, die unsere Gesundheit gefährden, wollen wir auf kommunalen Flächen verbieten.

65 Wir setzen auf faire und ressourcenschonende Produktion und den entsprechenden Handel, auf eine
66 regionale Kreislaufwirtschaft ohne unnötige Transportwege, auf die Vermeidung von Abfall, die
67 drastische Reduzierung von Plastik und anderen unnötigen Verpackungs- und Einwegprodukten. Vor
68 Ort unterstützen wir Tauschbörsen, Flohmärkte, die auflebende Kultur der Garagentrödel, sowie
69 Repair-Cafés, in denen Menschen sich begegnen und helfen.

70 Wir wollen mit dem sozialökologischen Umbau viele neue, gute und sinnvolle Arbeitsplätze schaffen.
71 Angefangen im Bereich der erneuerbaren Energien bei der Forschung, Produktion und Wartung, im
72 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Gebäudesanierung und des Neubaus von klimaneutralen
73 Wohnungen über die ökologische Landwirtschaft bis hin zu den Forstämtern, wo dringend
74 Mitarbeiter*innen für die Pflege und Aufforstung der angegriffenen Wälder gebraucht werden.

75 **Unsere Vision: Ein gutes Leben für Alle an jedem Ort**

76 Wer einen Stuhl bauen will, hat eine Vision, eine Vorstellung davon, wie er aussehen soll oder wen er
77 tragen soll. Ohne diese Vision würden wir gar nicht anfangen zu bauen.

78 Auch Kommunalpolitik braucht eine Vision dessen, wie die Kommune eigentlich aussehen soll, für die
79 wir uns politisch einbringen. Was gehört alles dazu? Wer lebt dort unter welchen Bedingungen?

80 Unsere Vision für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen lautet daher: Überall sollen alle Menschen
81 unter guten Bedingungen leben können.

82 Konkret heißt das:

- 83 • Es gibt überall da bezahlbare Wohnungen, wo die Menschen leben wollen: in der Innenstadt
84 ebenso wie am Stadtrand, in der Großstadt genauso wie auf dem Land. Gebaut und
85 modernisiert wird barrierefrei und klimaneutral. Es gibt begrünte Fassaden und Gärten auf
86 Dächern und in Höfen. Familien finden große und Singles kleine Wohnungen, es gibt
87 Mehrgenerationen-Häuser und Wohnprojekte für Senior*innen. Studierende können
88 kostengünstig nah an ihrer Hochschule leben.
- 89 • Der Verkehr ist nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert. Fußgänger*innen und
90 Radfahrende haben in der Stadt und in Wohnvierteln viel Platz und Vorrang vor dem
91 Autoverkehr. Es gibt sichere Stellplätze für Fahrräder überall da, wo sie gebraucht werden.
92 Innerorts gilt Tempo 30, und es gibt viele (Autoverkehrs-)beruhigte Zonen und Spielstraßen.
93 Der öffentliche Personennahverkehr ist gut ausgebaut mit kurzen Taktungen und
94 fahrscheinfrei.
- 95 • Es gibt vielerorts Bäume, Wildwiesen und Grünanlagen anstelle von gepflasterten und
96 betonierten Flächen. Alle Menschen finden fußläufig öffentliche Grünanlagen und Spielplätze
97 mit Bänken und Tischen als Orte der Erholung und Begegnung.
- 98 • In allen Stadtteilen und auch auf dem Land gibt es genügend Haus- und Kinderärzt*innen.
99 Fachärzt*innen und Krankenhäuser sind gut erreichbar. Es gibt wohnortnahe Geburtsstationen,
100 Geburtshäuser und genügend Hebammen. Ärzt*innen haben Zeit für ihre Patient*innen,
101 Pflegekräfte arbeiten unter guten Bedingungen. Örtliche Gesundheitsämter sind gut
102 ausgestattet und kümmern sich um Vorsorge und Beratung.
- 103 • Öffentliche Sicherheit und Rettung im Notfall sind auf die Bedürfnisse der Menschen
104 ausgerichtet. Es gibt eine freundliche und kompetente Polizei, die bei Verkehrsunfällen,
105 Diebstählen oder Fällen von Gewalt schnell vor Ort ist, eingreift, hilft und aufklärt. Feuerwehr
106 und Rettungsdienst sind so gut mit Personal und Fahrzeugen ausgestattet, dass sie im Notfall
107 überall schnell zur Stelle sind.
- 108 • Es gibt wohnortnah für alle Kinder kostenlose Plätze in gut ausgestatteten Kitas und
109 Grundschulen im Ganztage. Kitas und Grundschulen sind inklusiv und integrativ und fördern alle
110 Kinder. Sie sind Orte des Zusammenlebens und der Mitbestimmung sowie aktiv Teil des
111 gesellschaftlichen Miteinanders im Stadtteil bzw. im Dorf. In den Städten und Kreisen werden
112 ausreichend Erzieher*innen ausgebildet und in den öffentlichen Kitas gut bezahlt.
- 113 • In den Stadtteilen und Gemeinden gibt es Jugendzentren, Begegnungsstätten und Zentren für
114 Einwohner*innen aller Generationen, in denen Veranstaltungen stattfinden und sich Vereine
115 und Initiativen treffen können.
- 116 • Kunst und Kultur sind kein Luxus für eine kleine Schicht, sondern machen Angebote für Alle und
117 stehen auch Menschen mit kleineren Einkommen zur Verfügung. Es gibt ein dichtes Netz an
118 Büchereien, Musik- und Volkshochschulstandorten. Museen sind spannend, lebendig und laden
119 Groß und Klein zum Mitmachen ein. Theater und Konzerte gibt es nicht nur in wenigen
120 Metropolen, sondern in der Fläche erhalten auch kleine Bühnen eine existenzsichernde
121 Förderung.
- 122 • Sport ist für alle da. Es gibt offene Sport- und Freizeitstätten in den Stadtteilen und auch in
123 kleineren Gemeinden. Niemand ist ausgeschlossen, weil der Geldbeutel zu klein ist. Kinder
124 lernen miteinander Spaß an der Bewegung. Schwimmbäder, Badeaufsicht und Schwimmkurse
125 gibt es in ausreichender Zahl und gut erreichbar.

126 • Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist gelebte Realität. Busse und Bahnen sind
127 barrierefrei – ebenso wie Wege, Straßen und öffentliche Gebäude. Es gibt inklusive Kitas und
128 Grundschulen mit den entsprechenden Gebäuden, Erzieher*innen und Lehrer*innen.

129 • Ein Leben frei von Diskriminierung und Rassismus ist Alltag in unserer Kommune. Anonyme
130 Bewerbungsverfahren bei allen kommunalen Stellen und Wohnungen sind Pflicht, der Kampf
131 gegen rechte Gruppen, Parteien und Bürgerwehren wird von Stadtrat und Kommune
132 unterstützt und Migrant*innen werden nicht aufgrund ihrer Herkunft vor-verurteilt oder
133 kriminalisiert.

134 • Integration und Vielfalt sind positiver Bestandteil unseres Zusammenlebens im Stadtteil oder
135 der Gemeinde. Sprachkurse gibt es jederzeit für alle, die sie brauchen, Erzieher*innen und
136 Lehrer*innen sind erfahren und gut ausgebildet, um das Miteinander der Kulturen zu
137 organisieren. Wir lernen voneinander und leben miteinander.

138 • Digitalisierung wird für Alle und an jedem Ort nutzbar. Es gibt Datenschutz und Privatsphäre
139 statt Überwachung. Schnelles Internet gibt es auch auf dem Land überall – genauso wie
140 flächendeckend freie WLAN-Hotspots. Die kreative Netzgemeinde ist Teil der Kultur- und
141 Bildungslandschaft und vor Ort in Veranstaltungen und Bildungseinrichtungen auch zum
142 Anfassen erlebbar.

143 Leben, Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Bildung, Bewegung, Freiraum und Gemeinschaft: In unserer
144 Vision der guten Kommune können wir alle friedlich und frei, sozial gesichert in einer solidarischen
145 Gemeinschaft leben.

146 Für unsere Vision einer lebenswerten Kommune sind die wirkliche Selbstverwaltung der Kommunen
147 und eine deutlich bessere Finanzausstattung unerlässlich. Dem steht eine jahrzehntelange
148 Unterfinanzierung der Kommunen, verschärft durch Schuldenbremse und „Schwarze Null“, entgegen.
149 Die Folge der strukturellen Unterfinanzierung sind Personal- und Sozialabbau in neuen Dimensionen
150 und eine Demontage der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung der Kommunen. Die
151 kommunale Selbstverwaltung ist eingezwängt zwischen der Verselbstständigung der Verwaltungen
152 und dem Vorrang der Landes-, Bundes- und EU-Gesetzgebung. Die dringend notwendigen
153 Investitionen in nahezu alle Bereiche des kommunalen Lebens müssen wir uns daher erkämpfen.
154 Dazu brauchen wir einen radikalen Kurswechsel auch für die kommunale Ebene.

155 Wir wollen das Zusammenleben der Menschen vor Ort verändern und eine lebenswerte Zukunft
156 bauen. Das erreichen wir nur in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, mit der
157 Klimagerechtigkeitsbewegung und all den Menschen, die sich für eine bessere Welt auf den Weg
158 gemacht haben. Gemeinsam sind wir stark!

159 Wir wollen Städte und Kommunen für alle. Die Kommunen sind für alle Menschen da, nicht für den
160 Profit einiger weniger! Holen wir uns die Städte und Gemeinden zurück - sozialökologisch!

161 **Thema: Soziales**

162 Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind durch tiefe soziale Spaltungen
163 gekennzeichnet. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Nach den
164 Angaben der Bundesregierung besitzen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als die
165 Hälfte des gesamten Nettovermögens. Armut breitet sich aus, Reichtum konzentriert sich bei
166 Wenigen und die gesellschaftliche Mitte schwindet. Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-
167 Westfalen sind von Arbeitsplatzabbau und Strukturwandel, vom Verfall öffentlicher Infrastruktur und
168 nicht zuletzt von wachsender Armut besonders betroffen.
169 Eine Gesellschaft, in der sich eine Minderheit zu Lasten der Mehrheit bereichert, ist ungerecht.
170 Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unvereinbar. LINKE Kommunalpolitik vor Ort
171 rückt in NRW deshalb konsequent die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt, die keine
172 finanzkräftige Lobby haben.

173 **Das soziale Miteinander, das wir wollen, ist:**

- 174 • gerecht
- 175 • sozial
- 176 • solidarisch
- 177 • geprägt von Teilhabe

178 Denn für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller zu sorgen, ist eine Querschnittsaufgabe für
179 DIE LINKE, auch in den Räten der Städte und Gemeinden.

180 **Worauf wir dabei setzen:**

- 181 • Quartiersentwicklung
- 182 • gute Schulen und Kitas
- 183 • Mitbestimmung

184 **Was wir dafür brauchen:**

- 185 • mehr Spielräume für Kommunen
- 186 • soziale Sicherheit
- 187 • ausreichende öffentliche Daseinsvorsorge

188 **Was das bringt?**

- 189 • gerechte Löhne
- 190 • bezahlbaren Wohnraum
- 191 • Emanzipation aller Menschen

192 **Was muss dafür getan werden?**

- 193 • Reichtum durch Steuern vor Ort umverteilen

194 • die soziale Infrastruktur ausweiten

195 Um soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, bedarf es des Mutes, Reichtum durch Steuern und
196 vor Ort umzuverteilen: Für mehr soziale Sicherheit, für öffentliche Daseinsvorsorge, für bezahlbaren
197 Wohnraum, Quartiersentwicklung und gute Kitas und Schulen. Statt Kassenkrediten und
198 Haushaltssicherung brauchen die Kommunen mehr Spielräume, um den gewachsenen Aufgaben
199 durch die zunehmende Armut der Menschen und Quartiere gerecht zu werden.

200 **Für ein soziales Miteinander in den Kommunen**

201 Die soziale Spaltung wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie zwischen Stadt und Land.
202 Während marginalisierte Stadtviertel sowie viele kleinere und mittlere Städte in strukturschwachen
203 Gebieten von Vernachlässigung und Mangel an sozialer Infrastruktur geprägt sind, bilden sich
204 andernorts durch Aufwertung und Verdrängung abgeschottete Wohlstandinseln (Gentrifizierung).
205 Strukturschwache Regionen leiden unter dem ersatzlosen Abbau ihrer Industrie-Arbeitsplätze,
206 enormen Kaufkraftverlusten und der Abwanderung ihrer Bewohner*innen.

207 In den wachsenden Städten ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen zu einer
208 existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstädte werden privat bewirtschaftet oder
209 befinden sich teil sogar ganz in Privatbesitz. Viele öffentliche Räume werden zu Konsummeilen und
210 Sicherheitszonen, oft umrahmt von gesichtsloser Architektur. Für all jene, die nicht konsumieren
211 wollen oder können, gibt es immer weniger Platz.

212 Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die
213 Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen
214 Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten.
215 Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

216 Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren mit einer besseren finanziellen Ausstattung von
217 Förderprogrammen wie „Soziale Stadt“, den ab 2017 zusammengelegten Programmen „Stadtumbau
218 Ost“ und „Stadtumbau West“ oder mit neuen Programmen wie „Zukunft Stadtgrün“ reagiert. Doch
219 mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und
220 Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des
221 Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, energieeinsparenden und sozialverträglichen Wende der
222 Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner*innen werden nur
223 ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das Wohnumfeld baulich
224 schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weiter gewachsen.

225 **Wie DIE LINKE vor Ort die gleichberechtigte Teilhabe und Emanzipation aller Menschen möglich** 226 **machen will:**

- 227 • Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner*innen in allen politischen Fragen
- 228 • Selbstorganisation der Einwohner*innen unterstützen
- 229 • die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Dies
230 gilt für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior*innen,
231 Gesundheitsdienste u.v.m.
- 232 • die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und Wasser
233 muss gewährleistet sein

- 234 • die sozialen Sicherungssysteme ausweiten und Lücken der sozialen Infrastruktur schließen
- 235 • eine Sozialraum-orientierte Politik, welche etwa mit Quartiersmanagement, ÖPNV-Entwicklung
- 236 und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor Ort verbessert
- 237 **DIE LINKE fordert deshalb konkret:**
- 238 • sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen Menschen
- 239 leben können
- 240 • Ausbau und kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt zumindest für
- 241 alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende und Hartz IV-Bezieher*innen
- 242 • neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. kommunale Sozialpässe für
- 243 Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
- 244 • Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen bis
- 245 zum Abitur
- 246 • die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts in den Kreisen und kreisfreien Städten durch
- 247 die öffentliche Hand
- 248 • den Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z.B.
- 249 Arbeitslosenzentren, Schuldnerberatungen, AIDS-Hilfen, der ambulanten Suchthilfe und
- 250 Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen
- 251 • Stärkung von Bürgerzentren
- 252 • die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden personellen
- 253 Ausstattung
- 254 • die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von
- 255 Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind
- 256 • Erhalt und Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten in der Täterarbeit

257 **Armut in Stadt und Land bekämpfen - soziale Gerechtigkeit schaffen**

258 Armut ist kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen
259 ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die
260 Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch entgegen der herrschenden
261 Propaganda keineswegs selbst verschuldet. Die Ursache liegt in einem kapitalistischen
262 Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatz-Vernichtung und zunehmende
263 Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte
264 Perspektive bietet.

265 **Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen, ist:**

- 266 • Menschenwürdig
- 267 • Sanktionsfrei
- 268 • nicht-repressiv

269 Denn unter dem Hartz IV-Regime fehlt schlichtweg das Geld für sämtliche Lebensbedürfnisse, die für
270 die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind.

271 **Worauf wir dabei setzen?**

- 272 • ein wertschätzender Umgang mit Erwerbslosen
- 273 • eine alternative Entscheidungs-Praxis in den Jobcentern

274 **Was wir dafür brauchen, ist eine Arbeitsmarktpolitik, die**

- 275 • in tarifgebundene öffentliche Beschäftigung investiert
- 276 • sich am Wohl der Menschen orientiert

277 **Was das bringt?**

- 278 • lebenswerte Bedingungen für alle Menschen

279 **Was muss dafür getan werden?**

- 280 • ein kommunaler Hilfsfonds muss eingerichtet werden
- 281 • die Berechnung der Wohnkosten durch die Jobcenter muss sich grundsätzlich an den örtlichen
282 Vergleichsmieten orientieren
- 283 • ein Sozialpass muss eingeführt werden
- 284 • Ein-Euro-Jobs, Kombilohn-Stellen sowie prekäre Beschäftigungen müssen eingestellt werden

285 Denn Armut darf in unseren Städten keinen Platz haben. In einer reichen Gesellschaft ist Armut eine
286 Schande. Sie ist menschenunwürdig und bedeutet für die betroffenen Menschen den Ausschluss von
287 sozialer und kultureller Teilhabe.

288 **Armut und Hartz IV**

289 Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse
290 sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen. In zahlreichen
291 Stadtteilen des Ruhrgebiets leben inzwischen mehr als 35 % der Menschen von Hartz IV
292 beziehungsweise Sozialhilfe. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeiterwerbslose,
293 Rentner*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Zusätzlich wächst mit steigender
294 Kinderzahl in einer Familie auch die materielle Armut. In zahlreichen Stadtteilen des Ruhrgebiets lebt
295 inzwischen die Hälfte aller Kinder in Armut.

296 Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von den Hartz-Gesetzen und der Agenda-
297 Politik geprägt, die 2004 von der Bundesregierung aus SPD und Grünen eingeführt wurden. Mit Hartz
298 IV wurde nicht nur eine repressive Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Die Zusammenlegung der
299 bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe führte für Millionen zu einer dramatischen Absenkung
300 ihres Einkommens. Eines der wesentlichen Ziele dieser Politik bestand darin, durch die Deregulierung
301 des Arbeitsmarktes massenhaft unsichere Arbeitsverhältnisse und Billiglöhne durchzusetzen, um
302 damit die Lohnkosten massiv zu senken und damit Gewinne der Unternehmen in einem fast schon
303 obszönen Ausmaß zu steigern. Ein Viertel aller Hartz IV beziehenden Menschen machen diejenigen
304 aus, die aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht
305 ausreicht.

306 Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute für viele nicht zum Ausstieg
307 aus der Armut. Bei mehr als der Hälfte, die den Hartz IV-Bezug verlassen, ist eine Arbeitsaufnahme
308 mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden.

309 Deshalb unterstützen wir auf kommunaler Ebene folgende bundespolitische Forderungen:

- 310 • Sofortige Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf 582 EUR und die schnellstmögliche Einführung
311 einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 EUR netto. Die sanktionsfreie Mindestsicherung
312 ist allen volljährigen Leistungsberechtigten in voller Höhe nach dem Individualprinzip zu
313 gewähren. Eine Gewährung nach dem Modell der Bedarfs- und Einstandsgemeinschaften lehnen
314 wir ab.
- 315 • die Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 EUR/Stunde
- 316 • die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen bei angeblich sozialwidrigem Verhalten
317 im SGB II

318 **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

319 Das Hartz IV-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene
320 gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken
321 oder eine alternative Praxis durchzusetzen.

322 Ein wichtiges Moment ist das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler Ebene. Wir zeigen als
323 LINKE, dass wir konkret helfen und nicht bereit sind, uns mit den Zuständen in den Jobcentern und
324 deren fragwürdiger Praxis abzufinden.

325 Kein anderes Sozialleistungssystem wie das Hartz IV-Regime steht seit Jahren derart unter ständiger
326 Kritik, nicht mehr nur durch DIE LINKE, Sozialverbände und Gewerkschaften. Entscheidend für die
327 Überwindung der Armut sind jedoch gut bezahlte sichere Arbeitsplätze, die bis heute fehlen In der
328 Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden. Gute öffentlich geförderte
329 kommunale Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

330 Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene

- 331 • perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Jobs, Kombilohn-Stellen und prekäre
332 Beschäftigung in allen ihren Formen sind auf kommunaler Ebene einzustellen. Stattdessen sind
333 ausschließlich tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen, die
334 aufstockende Hartz IV-Leistungen überflüssig machen.

- 335 • die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) durch die Jobcenter ist grundsätzlich
336 am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender
337 örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren. Zur Vermeidung von „Zwangsumzügen“ sind
338 zulässige vermierterseitige Mieterhöhungen grundsätzlich vom Jobcenter zu übernehmen

- 339 • Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die
340 Kommunen sind verpflichtet, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im Falle der
341 Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt

- 342 • durch Einführung eines Sozialpasses wird Menschen mit Einkommen unterhalb des
343 Pfändungsfreibetrages kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie
344 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht

- 345 • sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig von
346 ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt.

- 347 • Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist bedingungslos abzuschaffen; bei vorübergehender
348 Wohnungslosigkeit müssen in ausreichendem Umfang menschenwürdige und kostenlose
349 Schlafgelegenheiten eingerichtet werden; Schaffung von zusätzlichen Stellen („Streetworker“),
350 um wohnungslose Menschen zu den Ämtern zu begleiten

351 **Thema: Arbeit**

352 Die Städte und Landkreise in NRW stehen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vielerorts
353 vor großen Herausforderungen. Neoliberale Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre
354 Spuren hinterlassen. Gerade in industriell geprägten Regionen hat ein massiver Arbeitsplatz-Abbau
355 stattgefunden, der die betroffenen Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit belastet und einschränkt.
356 Kommunale Selbstverwaltung und eine Politik im Interesse der Bürger*innen werden dadurch massiv
357 in Frage gestellt.

358 **Die Beschäftigungsverhältnisse, die wir wollen, sind:**

- 359 • Unbefristet
- 360 • gerecht entlohnt
- 361 • sozialversichert
- 362 • tarifgebunden

363 Denn der Arbeitsmarkt darf nicht länger vom kapitalistischen Prinzip bestimmt werden, sondern
364 muss sich an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen orientieren.

365 **Worauf wir dabei setzen?**

- 366 • staatliche Investitionen in Soziales, Bildung und Verkehr
- 367 • mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst
- 368 • gute Beschäftigung durch öffentliche Förderung

369 **Was wir dafür brauchen ist:**

- 370 • ein entschiedener Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

371 **Was das bringt?**

- 372 • mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- 373 • mehr Fachkompetenz in den Verwaltungen
- 374 • weniger Erwerbslose

375 **Was muss dafür getan werden?**

- 376 • Stellenabbau im Öffentlichen Dienst muss gestoppt werden
- 377 • sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft werden
- 378 • in den Kommunen müssen Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose geschaffen
379 werden

380 Wir müssen und wollen dafür sorgen, dass alle Beschäftigten und Selbstständigen unabhängig von
381 der Art ihrer Beschäftigung oder Gewerbes unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten können.

382 **Für eine fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

383 Profitinteressen waren und sind die entscheidende Ursache dafür, dass sowohl in der Eisen- und
384 Stahlindustrie, als auch im Ruhrgebiets-Bergbau hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet und
385 dabei traditionelle Industrie-Standorte geschlossen wurden. Dazu gehörten das Krupp-Stahlwerk in
386 Duisburg-Rheinhausen, die Henrichs-Hütte in Hattingen oder das Hoesch-Stahlwerk in Dortmund.
387 Auch im Bergbau wurden seit den 1970er Jahren dutzende Zechen vornehmlich im Ruhrgebiet
388 stillgelegt mit der Folge, dass hunderttausende von Bergarbeitern in die Frühverrentung geschickt
389 worden sind. Aktuell schließen die Strategien von Siemens, Bosch, ThyssenKrupp oder der
390 Automobil-Industrie nahezu nahtlos an diese desaströsen Entwicklungen an. Bei solch drastischem
391 Arbeitsplatz-Abbau diktiert immer wieder das kapitalistische Prinzip die Feder: Die Gewinne werden
392 privatisiert und die Verluste hat die Gesellschaft zu tragen, nicht zuletzt die Kommunen.

393 Die Zahl der amtlich gemeldeten Erwerbslosen hat sich in den letzten Jahren zwar deutlich verringert
394 und die offizielle Statistik feiert ein Beschäftigungswunder. Dafür hat jedoch die Zahl der
395 Beschäftigten in unsicheren Arbeitsverhältnissen erheblich zugenommen. Mehr als jede*r Fünfte
396 arbeitet als Geringverdiener*in oder in Teilzeit, mehr als 40 % aller Neueinstellungen sind nur
397 befristet und die Zahl der unsteten Leiharbeitsverhältnisse wächst. Auch ein Großteil der Freiberufler
398 und Selbstständigen im gastronomischen und kulturellen Bereich lebt unter prekären Bedingungen.

399 Die Folge: Städte wie Duisburg, Gelsenkirchen oder Dortmund als ehemalige industrielle Hochburgen
400 haben heute nicht nur Armutsquoten von mehr als 25% aufzuweisen, sondern es werden von diesem
401 Trend inzwischen auch die gesamte Bevölkerung ganzer Stadtteile erfasst. Dies geht einher mit
402 Ghettoisierung, hohen Wohnungsleerständen und einem dramatischen Abbau sozialer und
403 kultureller Einrichtungen.

404 Auch auf dem Land zeigen sich die Folgen: Innenstädte veröden, weil Geschäfte leer stehen und der
405 Einkommens- und Kaufkraftverlust der berufstätigen Menschen unmittelbar zu spüren ist. Einen
406 Wohnungswechsel können sich nur noch besser Verdienende leisten.

407 Hinzu kommt, dass in den kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen trotz wachsender Aufgaben
408 ein Stellenabbau erfolgt ist. Der neoliberale Fetisch der „Schuldenfreiheit“ und das falsche Dogma
409 „Privat vor Staat“, das von der Mehrheit der Entscheidungsträger*innen in den Rat- und
410 Kreishäusern vertreten wird, dienen dabei als Begründung. Seit 1990 wurden mehr als 50% der
411 Normal-Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor abgebaut. Dies ging vielfach einher mit einer
412 fehlenden Übernahme von Auszubildenden in den kommunalen Verwaltungen und Betrieben.

413 Diese Entwicklungen haben zu einer erheblichen Steigerung der Arbeitsbelastung im Öffentlichen
414 Dienst und in der Folge hohen Krankenständen der Mitarbeiter*innen sowie zu einer spürbaren
415 Verschlechterung der kommunalen Daseinsvorsorge geführt. Viele Bereiche der
416 Kommunalverwaltung stehen am Rande ihrer Leistungsfähigkeit, mancherorts droht gar der
417 Zusammenbruch kommunaler Leistungen und Angebote.

418 Darüber hinaus ist die interne Fachkompetenz in Verwaltungen verloren gegangen. Im gleichen
419 Maße ist die Abhängigkeit von kostenintensiven externen privaten Dienstleistern und Beratern
420 gestiegen, insbesondere bei Bauleistungen und Infrastruktur-Projekten.

421 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst schaffen**

422 Eine verbesserte öffentliche Daseinsvorsorge sowie der Ausbau kommunaler Einrichtungen und
423 Dienstleistungen erfordern einen entschiedenen Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und
424 Beschäftigungspolitik.

425 In den Kommunen treten wir deshalb für folgende Ziele ein:

- 426 • kein weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst
- 427 • die unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- 428 • kommunale Personalentwicklungs- und -aufbaupläne
- 429 • den Ausbau kommunaler Eigenbetriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge
- 430 • die Entwicklung der kommunalen Stadtwerke bzw. Energieversorger zu Einrichtungen
- 431 regenerativer sowie dezentraler Energie-Erzeugung und zu Dienstleistungsunternehmen im
- 432 Rahmen einer alternativen Klimapolitik zur Unterstützung und Beratung örtlicher Energie-
- 433 Genossenschaften als nicht gewinnorientierte Unternehmen

434 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Durch öffentliche Förderung gute Beschäftigung schaffen**

435 Die Statistiken der örtlichen Jobcenter weisen es aus: Trotz gesteigener Beschäftigungsquoten ist die
436 Zahl der von Langzeiterwerbslosigkeit betroffenen Menschen nach wie vor hoch. Es sind in NRW
437 landesweit mehr als 300.000 Menschen, die arbeiten könnten und wollen. Der Markt richtet es nicht.
438 Und die bisherigen „Arbeitsmarktinstrumente“ des Hartz IV-Systems sind kläglich gescheitert. Ein-
439 Euro-Jobs, Bewerbertrainings oder 50-Plus-Programme haben den Betroffenen nichts gebracht.
440 Diese Maßnahmen und die mit Hartz IV systematisch verbundene Praxis von Sanktionen und
441 Leistungskürzungen sind demütigend sowie menschenunwürdig und damit demotivierend. Sie
442 gehören ersatzlos abgeschafft.

443 Stattdessen sind die Städte und Kreise sozialpolitisch in der Pflicht, Beschäftigung für
444 Langzeiterwerbslose in den Kommunen in kommunalen Einrichtungen und über spezielle
445 Beschäftigungsträger zu schaffen. Das soll durch öffentliche Förderung mit eigenen Mitteln und die
446 Nutzung öffentlicher Förderungsmittel finanziert werden.

447 Die in den Kommunen in NRW seit Anfang 2019 aufgelegten Beschäftigungsprogramme gemäß dem
448 "Teilhabechancengesetz" lehnt DIE LINKE.NRW ab, da die beiden arbeitsmarktpolitischen
449 Instrumente gem. §§ 16 e u. i SGB II sowohl sanktionsbewehrt sind, als auch für die jeweiligen
450 Arbeitsverhältnisse keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt werden. Nach Beendigung
451 dieser Arbeitsverhältnisse besteht für die aus diesen Beschäftigungsprogrammen ausscheidenden
452 Menschen kein Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG I), sondern sie fallen direkt wieder in Hartz IV.
453 Dieses Sonderrecht lehnt die LINKE entschieden ab.

454 DIE LINKE in den Räten und Kreistagen fordert und unterstützt öffentlich geförderte kommunale
455 Beschäftigung, wenn diese gute Arbeitsbedingungen schafft. Das heißt, wenn die angebotene
456 Beschäftigung

- 457 • freiwillig ohne zwangsweise Zuweisung durch das Jobcenter aufgenommen werden kann
- 458 • grundsätzlich unbefristet ist; sachgrundlose Befristungen sind ausnahmslos abzuschaffen;
- 459 Befristungen mit Sachgrund sind nur in engen Grenzen zulässig
- 460 • einem Tarifvertrag unterfällt und dabei insbesondere tariflich vergütet wird
- 461 • Anspruch auf bezahlte Qualifizierungsmaßnahmen enthält
- 462 • erforderliche Unterstützungsmaßnahmen (z.B. Kinderbetreuung, psychologische Betreuung)

- 463 u.a.) vorsieht
- 464 • Hilfestellung bei Bewerbungen auf andere Stellen beinhaltet und
- 465 • eine Beendigung der geförderten Beschäftigung ermöglicht, ohne Sanktionen gemäß § 31 Abs.
- 466 1 Nr. 3 SGB II befürchten zu müssen

467 In diesem Zusammenhang fordert und unterstützt DIE LINKE

- 468 • die Einrichtung von Stadtteilzentren, insbesondere in sog. Stadtteilen mit besonderem
- 469 Erneuerungsbedarf bzw. in sozialen Brennpunkten, die im Rahmen öffentlicher geförderter
- 470 Beschäftigung soziale, technische und handwerkliche Dienstleistungen anbieten. Diese
- 471 Angebote sollen Erwerbslosen und Geringverdienenden zur Verfügung stehen, die sich
- 472 derartige Angebote am „freien“ Markt nicht leisten können
- 473 • das Angebot zur Begleitung und alltäglichen Hilfe für ältere Menschen und Menschen mit
- 474 Behinderung

475 **Statt Ausgrenzung - Probleme anpacken!**

476 Für Selbstständige, egal in welchem Gewerbe sie tätig sind, gelten andere Bedingungen als für

477 Angestellte. Sexarbeit ist dabei gesondert geregelt. Denn seit dem 1. Juli 2017 ist das Gesetz zur

478 Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen,

479 kurz Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG), in Kraft getreten.

480 **DIE LINKE streitet unabhängig von der Frage, welche gesellschaftliche Akzeptanz die Prostitution**

481 **genießt, für**

- 482 • die Aufhebung der Sondersteuer für Räume wie Bordelle, Schwulen-Clubs und Schwulen-
- 483 Saunen, in denen sexuelle Kontakte möglich sind: mit einer solchen „Sexsteuer“ wird eher das
- 484 Gewerbe an sich reglementiert, als dass notleidende Kommunen einen finanziellen Vorteil
- 485 hätten
- 486 • eine Anpassung der Sperrgebietsverordnung: Sexarbeitende brauchen keine Sperrgebiete,
- 487 sondern geschützte, kommunale Räume mit entsprechenden Standards
- 488 • für den sogenannten „Straßenstrich“ müssen Kommunen geschützte Bereiche schaffen, in
- 489 denen ungestörtes und konfliktfreies Arbeiten möglich ist – unter Einhaltung größtmöglicher
- 490 Sicherheits- und Hygienestandards. Ferner sind „Runde Tische“ einzurichten, in denen die
- 491 Kommunikation zwischen Sexarbeitenden, Verwaltungsangestellten und Bürger*innen
- 492 ermöglicht wird
- 493 • sowie eine Stärkung der personellen und finanziellen Ausstattung von unabhängigen
- 494 Beratungsstätten: Es ist dringend erforderlich, Tätigen in der Sexarbeit Zugang zu
- 495 Weiterbildung (berufliche Qualifikation, Sprachkurse, Selbstverteidigung) zu ermöglichen und
- 496 Menschen, die aus dem Beruf aussteigen oder ihn wechseln möchten, vernünftige Alternativen
- 497 anzubieten – und das über die aktuell übliche Vermittlung in Hartz IV oder in den
- 498 Billiglohnssektor hinaus. Beratungsstätten müssen auch Hilfe bei Gewalterfahrung leisten
- 499 können und dementsprechend geschult/ausgestattet werden

500 **Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz**

501 LINKE Kommunalpolitik im Bereich Klima und Umwelt tritt angesichts der globalen Klimakatastrophe
502 dafür ein, dass alles getan wird, um die bereits jetzt unausweichlichen Folgen für die Menschen in
503 Städten und Gemeinden, mit allen auf kommunaler Ebene möglichen Mitteln zu mildern und einer
504 weiteren Verschlechterung der Lage durch entschlossenen Klimaschutz entgegenzuwirken.

505 **Die Klima- und Umweltpolitik, die wir wollen, ist:**

- 506 • sozial-ökologisch
- 507 • anti-kapitalistisch
- 508 • am Pariser Abkommen und dem 1,5 Grad-Ziel orientiert

509 Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für DIE LINKE, alles zu tun, um
510 Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO₂-Neutralität der
511 Kommunen bis zum Jahr 2035, spätestens aber zum Jahr 2040 zu erreichen.

512 **Worauf wir dabei setzen?**

- 513 • unseren „Aktionsplan 2035“

514 **Was wir dafür brauchen?**

- 515 • Ressourcen-Sparsamkeit
- 516 • Recycling-Konzepte
- 517 • dezentrale Energieversorgung

518 **Was das bringt?**

- 519 • Klimaneutralität
- 520 • Klimaschutz
- 521 • Klimagerechtigkeit

522 **Was muss dafür getan werden?**

- 523 • Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne
- 524 • ein planbarer, für die Bürger*innen jederzeit transparenter Prozess muss auf kommunaler
525 Ebene angestoßen werden

526 Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle
527 Bürger*innen müssen die obersten Prinzipien linker Kommunalpolitik sein – auch und gerade in der
528 Klimapolitik. Das wollen wir mit unserem „Aktionsplan 2035“ erreichen.

529 **Klimaschutz und LINKE Kommunalpolitik – unser „Aktionsplan 2035“**

530 Klimaschutzpolitik ist ohne die aktive Beteiligung der Kommunen nicht möglich. Davon sind nahezu
531 alle kommunalen Politikfelder betroffen. Von der Energieversorgung, über die Wirtschaftsförderung,

532 den öffentlichen Personennahverkehr, das Grün- und Waldflächenmanagement, die
533 Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten und der Einflussnahme auf die regionale
534 Wirtschaftsstruktur. Um auf all diesen Politikfeldern zu agieren, braucht es eine übergreifende
535 Zielsetzung.

536 Für LINKE Kommunalpolitik bedeutet das, dass alle genannten Politikfelder den Zwecken der
537 Kapitalmehrung und des kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entzogen werden
538 müssen. Für die Energieversorgung bedeutet das z.B., dass nur eine Rekommunalisierung den
539 nötigen Umbau auf nichtfossile Energieträger bis 2035 erzielen kann. Dabei ist ein möglichst hoher
540 Anteil vor Ort erzeugter regenerativer Energien anzustreben

541 Wir wollen alle Aspekte eines sozialökologischen Umbaus verbinden, hin zu
542 Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit. Dazu sollen
543 alle Städte und Gemeinden für sich einen auf die konkreten Gegebenheiten zugeschnittenen
544 „Aktionsplan 2035“ als Kernstück der zukünftigen Kommunalpolitik entwickeln. Dieser Plan muss
545 nach den Geboten der Nützlichkeit für das Gemeinwohl, der Ressourcen-Sparsamkeit, der
546 Wiederverwertung und des Klimaschutzes konkrete Maßnahmen mit der Perspektive auf ein
547 Klimaneutralitätsziel 2035 festlegen.

548 **Unser „Aktionsplan 2035“:**

- 549 • erstellt eine Klimabilanz der Kommune und eine Potentialanalyse für die Reduktion der
550 Klimabelastung, die in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben wird
- 551 • enthält alle kommunalpolitischen Handlungsfelder und definiert konkrete Teilziele für jedes
552 Handlungsfeld
- 553 • trägt sozialpolitischen Auswirkungen jeder vorgeschlagenen Maßnahme Rechnung und schlägt
554 einen gerechten Ausgleich vor
- 555 • wird unter intensiver Beteiligung der Einwohner*innen und umweltpolitischen Initiativen,
556 Vereine und Verbände entwickelt
- 557 • enthält eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über bereits erfolgte Maßnahmen und
558 den Stand der Zielerreichung
- 559 • entsteht in Kooperation mit anderen Kommunen, um Erfahrungen zu teilen, voneinander zu
560 lernen und ggf. Synergien zu nutzen

561 **Was die Ziele unseres „Aktionsplans 2035“ sind:**

- 562 • ein planbarer, jederzeit für die Einwohner*innen transparenter Prozess
- 563 • ein Paradigmenwechsel weg von einer ausbeutenden, die Regionen auszehrenden
564 kapitalistischen Globalisierung, hin zu einer partizipatorischen, kooperativen und
565 solidarischen Regionalwirtschaft
- 566 • Artenvielfalt in unserer Kommune
- 567 • CO₂-Neutralität durch den Ausbau regenerativer Energien

568 **Wie wir Kommunen auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten:**

- 569 • Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan
570 erarbeiten. Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klima-
571 Erwärmung angepasst werden. Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der
572 Stadt verbessert, Frischluft-Schneisen erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt
573 werden können, wie mehr Bäume gepflanzt, Fassaden und Dächer begrünt werden können.
574 Dafür wird ein Gründach-Potentialkataster angelegt. Gründächer sorgen für bessere Luft und
575 binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen.
- 576 • Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft,
577 wie z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zu Schutz
578 dieser Einrichtungen werden ergriffen.
- 579 • Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische Sorten bevorzugt, sofern sie auch den
580 veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst sind.
- 581 • LINKE Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie
582 Baumkatastern in allen Kommunen ein.
- 583 • Kommunen erstellen Hitze-Aktionspläne für Hitzewellen.

584 **Agrarpolitik**

585 LINKE Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert
586 ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des
587 menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

588 **Was wir tun, um sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:**

- 589 • Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen sollen
590 künftig feste Wild- und Insekten-Schutzstreifen eingerichtet werden. Kommunales Agrarland
591 soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden.
592 Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten
593 und Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende Pachtverträge sollen in den
594 kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden, wo dies möglich ist.
- 595 • Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch
596 Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der
597 Region.
- 598 • LINKE Kommunalpolitik strebt die Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen
599 Kantinen, Schulen und Kindergärten auf ökologische, saisonal und regional erzeugte
600 Nahrungsmittel an.
- 601 • Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah
602 bewirtschaftet.
- 603 • Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden als Lebensraum für Wildblumen
604 und Insekten gestaltet.
- 605 • Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete
606 Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre
607 Entsiegelung zu erreichen.

608 **Energiepolitik**

609 LINKE Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere,
610 nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel
611 unserer Politik. Die Versorgung der Bürger*innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf
612 nicht profitorientiert sein.

613 **Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:**

- 614 • LINKE Kommunalpolitik fordert die sofortige Beendigung der Atomwirtschaft und den
615 sofortigen Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergie-Nutzung. Wir
616 streiten für ein Verbot von Atommüll- und Uran-Transporten über kommunales Gebiet. Die
617 Atommüll-Konditionierungsanlagen in Duisburg-Wanheim und Jülich, die Castor-Produktion
618 in Krefeld (Siempelkamp), wie auch die Urananreicherungsanlage in Gronau sollen sofort
619 stillgelegt werden. Keine weiteren Einlagerungen im Atommüll-Zwischenlager in Ahaus.
620 Gemeinsam mit der länderübergreifenden Anti-AKW-Bewegung wollen wir, dass die
621 Atomanlagen in Tihange und Doel (grenznah in Belgien) schnell endgültig vom Netz gehen.
- 622 • LINKE Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu
623 ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern
624 LINKE Kommunalpolitiker*innen einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache
625 Bürger*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung
626 entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen
627 Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.
- 628 • Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand
629 und sollen als Eigenbetrieb geführt werden. Stadt oder Kreis sollen über Energie-
630 Genossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke Ökostrom-Projekte entwickeln. Sie sollen
631 einen Plan entwickeln, wie sie innerhalb der bis zum Jahr 2030 ausschließlich hochwertigen
632 Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude von Kreisen und Kommunen sollen schon
633 heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen Energieversorgers versorgt werden.
- 634 • Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die
635 Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger ist (Mineralöl-, Erdgas- und
636 Kohleindustrie) abstoßen.
- 637 • Städte und Kreise erarbeiten im Rahmen unseres „Aktionsplan 2035“ verbindliche
638 Handlungsziele für die CO₂-Reduktion und den Ausbau regenerativer Energien, wie auch
639 einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den
640 Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO₂-Emissionen werden ermittelt und ihre
641 Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene
642 Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller Ausstattung geschaffen.
- 643 • Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens
644 fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben.
- 645 • Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer
646 Photovoltaik-Anlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach
647 gebaut.
- 648 • Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit
649 Photovoltaikanlagen sein. Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein Solardach-

650 Potentialkataster. Sie verfolgen das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern
651 städtischer Gebäude einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden
652 dazu ermutigt, Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es aber die
653 Aufgabe des städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim
654 Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen
655 werden private Bauherr*innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von
656 Photovoltaik-Anlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von
657 Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte angestrebt werden.

658 **Tierschutz-Politik**

659 Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt
660 wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere
661 die sogenannten Nutztiere – werden durch das bestehende Tierschutzgesetz völlig entrechtet und
662 dem Kapitalismus unterworfen und geopfert. Haustiere genießen nur insoweit Rechte, wie sie eine*n
663 fürsorgliche*n Besitzer*in haben.

664 LINKE Kommunalpolitik kann das bestehende Tierschutz-Gesetz nicht ändern, aber wir können mit
665 geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der Schutzauftrag des Staates
666 beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und
667 Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungsweisen beenden und
668 wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass
669 der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender
670 Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche
671 Güter gefördert werden.

672 Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem
673 Nutzwert.

674 Im Einzelnen heißt Tierschutz für LINKE Kommunalpolitik:

- 675 • keine Genehmigung von Zirkus-Gastspielen mit Tieren inkl. Pony-Karussells auf Volksfesten
- 676 • Stärkung von Tierschutz-Organisationen in den Kommunen
- 677 • Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
- 678 • Verbot von betäubungslosem Schächten
- 679 • Soziale Staffelung der Hundesteuer
- 680 • kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen
- 681 • Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten der
682 Tierheimkosten
- 683 • Erstellung eines Stadttauben-Konzeptes
- 684 • keine Erweiterungs-Genehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
- 685 • Förderung und Erstellung von Wildtierkorridoren und -passagen

- 686 • Schutz, Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten fördern, Privatisierungen
687 stoppen
- 688 • konkrete Konzepte zur Erhaltung der Artenvielfalt entwickeln
- 689 • Reptilien-Börsen verbieten
- 690 • Zoos müssen verpflichtet werden, Tiere artgerecht unterzubringen anderenfalls ist die
691 Haltung nicht zu genehmigen
- 692 • Delphinarien sind zu schließen
- 693 • Silvester-Böllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen
- 694 • Lichtverschmutzung vermeiden zum Insekten- und Pflanzenschutz (orangefarbenes Licht
695 schreckt Insekten ab, nach unten strahlende Lampen etc.)

696 **Thema: Wohnen**

697 Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen ist sowohl in Artikel 25 (1) der „Allgemeinen
698 Erklärung der Menschenrechte“ als auch in Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt
699 ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat
700 gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist.

701 **Die Wohnungspolitik, die wir wollen, ist:**

- 702 • gemeinwohlorientiert
- 703 • Bedarfsdeckend
- 704 • sozialgerecht

705 Denn das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf.

706 **Worauf wir dabei setzen?**

- 707 • Mietpreisbremse
- 708 • Warmmieten-Neutralität
- 709 • Modernisierungen
- 710 • Wohnungsgemeinnützigkeit
- 711 • sozialgerechte Bodennutzung

712 **Was wir dafür brauchen sind Stadtentwicklungs-Konzepte, die**

- 713 • die gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft wiederbeleben
- 714 • die Wohnraumversorgung nicht dem Markt überlassen
- 715 • das Grundrecht auf Wohnen laut Sozialpakt einhalten
- 716 • gesundheitsfördernd, ökologisch nachhaltig und barrierefrei sind

717 **Was das bringt?**

- 718 • eine gesunde Wohnumwelt
- 719 • soziale Nachbarschaften und Stadtteile
- 720 • Zugang zu öffentlichen Einrichtungen
- 721 • Teilhabe an der Stadt

722 **Was muss dafür getan werden?**

- 723 • der Bestand an öffentlichem und gemeinwohlorientiertem Boden muss massiv erhöht
724 werden

- 725 • die kommunalen Wohnungsunternehmen müssen ihre Bauleistungen dauerhaft erhöhen
- 726 • die Rechte von Mieter*innen müssen gestärkt werden
- 727 • Kommunen führen eine Zweckentfremdungs-Satzung ein

728 Die Städte und Gemeinden müssen die Wohnungspolitik selbst zu einem Schwerpunkt machen –
 729 mit entsprechenden Konsequenzen für den Einsatz der städtischen Haushaltsmittel und des
 730 städtischen Personals.

731 **Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten**

732 Wohnen in Deutschland wird immer teurer. Das liegt an Bodenspekulation und einer nicht
 733 wirksamen Mietpreisbremse. Beides führt dazu, dass Menschen mit mittlerem und niedrigem
 734 Einkommen oder Menschen ohne eigenes Einkommen aus bestimmten Wohnlagen verdrängt
 735 werden. Das gilt ebenso für soziale oder kulturelle Einrichtungen.

736 Deshalb gehört eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren
 737 Kernaufgaben der Gesellschaft. In den vergangenen Jahrzehnten wurden allerdings wesentliche
 738 Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde
 739 abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche
 740 Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale Wohnungsbau ist in weiten Teilen des Landes zum
 741 Erliegen gekommen. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen und
 742 dieser hat versagt.

743 Große private Wohnungsbaugesellschaften wie VONOVIA, Deutsche Wohnen, TAG Immobilien,
 744 Vivawest und die ehemals landeseigene und 2008 privatisierte LEG besitzen in NRW zusammen ca.
 745 400.000 Wohnungen. Sie setzen auf Profit, nicht auf Bedarfsdeckung. In der Folge steigen vielerorts
 746 die Mieten beständig an. Es herrscht Mangel an mietpreisgünstigen Wohnungen. Viele
 747 Menschen können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und
 748 Heizung nicht mehr leisten. Dadurch werden sie verdrängt.

749 Gleichzeitig verfallen manche Wohngebiete, weil sich hier Instandhaltung und Modernisierung
 750 für die renditeorientierten Eigentümer nicht lohnen. In der Folge entsprechen viele Wohnungen
 751 oft nicht mehr heutigen Anforderungen, etwa an die Barrierefreiheit und Energieeffizienz.

752 **Öffentlich geförderten Wohnraum am realen Bedarf orientieren**

753 Das Land Nordrhein-Westfalen und die NRW.Bank stellen jährlich 800 Millionen Euro für sozialen
 754 Wohnungsbau bereit. Zuletzt gab es pro Jahr eine neue Mietpreisbindung für 8.000 bis 10.000
 755 Wohnungen. Das reicht nicht aus, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zudecken. Denn der
 756 Bestand an Wohnungen mit Mietpreisbindung ist von 1,6 Millionen im Jahr 1979 auf 460.700 im Jahr
 757 2017 zurückgegangen. Bis zum Jahr 2030 wird der Bestand voraussichtlich bei nur noch 290.000
 758 Wohnungen liegen.

759 Im Vordergrund kommunaler Wohnungspolitik muss zum einen der Neubau von dauerhaft
 760 belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen stehen. Hierbei sollen Kommunen solchen
 761 Wohnraum durch eigene Bautätigkeit schaffen. Zum anderen müssen Wohnungsbestände
 762 gesundheitsfördernd und ökologisch nachhaltig modernisiert werden, also Barrieren abgebaut,
 763 schadstofffreie Baumaterialien verwendet und Energieeinspar-Maßnahmen durchgeführt
 764 werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter*innen führen.

765 Durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, dem Ende der werksverbundenen
766 Wohnungsunternehmen und dem Ausverkauf öffentlicher Unternehmen sind viele Bauträger
767 abhandengekommen. Dem wollen wir durch die Wiederbelebung einer gemeinwohlorientierten
768 Wohnungswirtschaft begegnen. Ohne eine deutlich erhöhte öffentliche Wohnungsbauförderung
769 und ohne diese gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft kann der erforderliche
770 Wohnungsbestand weder geschaffen noch erhalten werden.

771 • Wir fordern eine Quote von mindestens 20 Prozent der Fläche bei allen noch nicht
772 rechtsgültigen und zukünftigen Bebauungsplänen für geförderten Wohnraum

773 • wo ein Bedarf an zusätzlichen Wohnungen besteht, müssen die kommunalen
774 Wohnungsunternehmen ihre Bauleistungen dauerhaft erhöhen

775 • Ausweitung der Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose sowie effektive Programme
776 in den Kommunen wie „Housing First“

777 **Mieter*innen stärken**

778 Wir meinen, niemand darf in Folge eines Eigentümerwechsels, oder aufgrund von
779 Umbaumaßnahmen aus seiner Wohnung vertrieben werden. Der Kündigungsschutz muss
780 ausgebaut werden, während das Recht auf Eigenbedarfskündigungen eingeschränkt werden
781 muss. Auf Bundesebene muss eine Reform im Sozialgesetzbuch erfolgen, damit im Rahmen der
782 Kosten der Unterkunft tatsächlich alle Wohnkosten übernommen werden und Zwangsumzüge
783 verhindert werden.

784 Zur Stärkung der Mieter*innen fordern wir in den Kommunen:

785 • eine wirksame Mietpreisbremse. Dazu müssen sich die kommunalen Mietspiegel an
786 allen Bestandsmieten orientieren, und nicht nur – wie bisher – an den Abschlüssen der
787 letzten Jahre. Mieter*innen sollen nach baulichen Eingriffen nicht mehr Miete zahlen,
788 als sie infolge dieser Maßnahmen einsparen (Warmmieten-Neutralität)

789 • die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft müssen von den Kommunen so
790 an die Mietenentwicklung angepasst werden, dass Zwangsumzüge vermieden werden.
791 Wohnungen mit Sozialbindung müssen immer als angemessen gelten

792 **Boden darf keine Ware für Spekulant*innen sein**

793 Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken in
794 guten Lagen an Investor*innen und Spekulant*innen zu legitimieren. Der Verkauf von Sahnestücken
795 an Investor*innen führt zu Luxus-Projekten und Luxus-Stadteilen, sie wirken als Preistreiber in der
796 ganzen Stadt. Boden darf keine Ware sein wie jede andere. Eine soziale Bodenpolitik ist von zentraler
797 Bedeutung.

798 Wer bezahlbaren Wohnraum für die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen schaffen
799 möchte, darf keine weiteren Leuchtturm-Projekte zur „Attraktivierung“ zulassen. Städte, in denen
800 Bauland knapp ist, müssen sämtliche Flächen, derer sie habhaft werden können, erwerben
801 beziehungsweise behalten. Das Grundgesetz sieht vor, dass Grund und Boden zum Schutz der
802 Bevölkerung und des Gemeinwohls in Gemeindeigentum überführt werden kann. In Kommunen, in
803 denen das Mietpreinsniveau sowie der Mangel an günstigem Wohnraum zentrale Probleme sind, ist
804 die Kommunalisierung von bisher profitorientiert bewirtschaftetem Wohnraum ein zentrales Ziel.

805 **Zweckentfremdungssatzungen nutzen**

806 Wir sind dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und
807 Zweckentfremdung vernichtet werden und dass Wohnungen aus spekulativen Gründen leer
808 stehen. Eine sozial gerechte Nutzung des existierenden Wohnungsbestands ist ökologischer und
809 nachhaltiger als zusätzliche Bodenversiegelung durch Neubau.

810 Zur Vermeidung von Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum hat das Land den Kommunen
811 die Möglichkeit gegeben, Satzungen zu erlassen. Durch eine Zweckentfremdungs-Satzung- wird
812 Abbruch, Leerstand und Nutzungsänderung anzeige- und genehmigungspflichtig.

813 • Vermieter*innen müssen gegenüber der Kommune begründen, warum dringend benötigter
814 Wohnraum leer steht

815 • bei unbegründeten Leerstand kann die Genehmigung verweigert werden

816 • wird leerstehender Wohnraum nach bestimmter Zeit in Gemeineigentum überführt, um
817 daraus bezahlbaren und sozialen Wohnraum zu machen

818 **Wohnungsbaugesellschaften müssen gestärkt werden**

819 Wir wollen kommunale Wohnungsgesellschaften stärken. Sie sollen wirksame Instrumente für eine
820 soziale Wohnungspolitik werden.

821 DIE LINKE fordert:

822 • Mietpreisbildung für den Wohnungsbestand auf Basis des Kostendeckungsprinzips unter
823 Einbeziehung des gesamten Bestands; darüber hinausgehende Mieterhöhungen sind
824 ausgeschlossen

825 • Gewinnausschüttungs-Begrenzung

826 • Mittel der Gesellschaft sind dauerhaft zweckgebunden, der Verkauf von Wohnungen an
827 renditeorientierte Träger ist verbindlich ausgeschlossen

828 • die kommunalen Wohnungsgesellschaften führen formalisierte Strukturen ein,
829 Mieter*innen werden beteiligt und sind in der Mitbestimmung – denkbar ist eine
830 Drittelparität (Kommune, Beschäftigte, Mieter*innen)

831 • eigenkapitalschwache kommunale Wohnungsunternehmen müssen von Kommunen und
832 Land durch Kapitalaufstockungen zu den erforderlichen Bauleistungen befähigt werden

833 **Die Kommunen**

834 • müssen ein Baulücken-Kataster einführen, um Baulücken für Sozialwohnungen zu nutzen,
835 anstatt willkürlichen Flächenfraß zu fördern

836 • müssen bei hohem Leerstand ein Leerstandskataster einführen, das notwendige
837 Modernisierungen erfasst. Die notwendige Sanierung erfolgt durch Landesmittel. Der so
838 entstandene soziale Wohnraum unterliegt wiederum der Mietpreisbindung - muss die soziale
839 Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) nach § 172 des Baugesetzbuches (BauGB)
840 konsequent nutzen, um der Verdrängung von Mietern*innen und dem Verlust
841 mietpreisgünstigen Wohnraums entgegenzuwirken

- 842 • sollen private Investoren durch das Konzept „sozialgerechte Bodennutzung“ unter
843 bestimmten Voraussetzungen zum Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen verpflichtet -
844 dürfen keine kommunalen Wohnungsunternehmen, oder einzelne Wohnungen verkaufen-
845 dürfen Bauland nicht mehr privatisieren. Es muss vor allem kommunalen und anderen
846 gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen nach dem Erbbaurecht für den Bau von
847 Wohnungen im Preissegment der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung
848 stehen. Vom Bund fordern wir, kommunale Vorkaufsrechte auszuweiten und die Kaufpreise
849 in diesen Fällen zu begrenzen.

850 **Das Land**

- 851 • muss aufgefordert werden, die kommunale Wohnungsaufsicht – wie von den
852 Sachverständigen der Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags
853 vorgeschlagen – zu einer Pflichtaufgabe nach Weisung zu machen. Die Kommunen müssen
854 bei der Erfüllung dieser Aufgabe finanziell unterstützen werden.
- 855 • wird aufgefordert, das Gesetz zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen abzuschaffen und die
856 Einnahmeverluste der Kommunen finanziell zu ersetzen. Denn Straßen gehören zur
857 allgemeinen Daseinsvorsorge und sind daher aus Steuermitteln zu finanzieren.

858 **Thema: Verkehr**

859 Der Verkehrssektor hat bislang nicht zum Klimaschutz beigetragen, im Gegenteil: Die CO2-
860 Emissionen steigen. Der Bund setzt nicht erst seit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 auf
861 ungehemmtes Wachstum im umwelt- und gesundheitsschädlichen Autoverkehr und vernachlässigt
862 gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr. Statt Wachstum beim
863 motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozialökologische Mobilitätswende, die alle
864 Menschen mitnimmt und unser Klima schützt.

865 **Die Mobilität, die wir wollen, ist:**

- 866 • flexibel
- 867 • ökologisch
- 868 • barrierefrei
- 869 • Fahrschein-frei

870 Denn Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugang zu Gütern für Alle!

871 **Worauf wir dabei setzen?**

- 872 • Verkehrsvermeidung
- 873 • kurze Wege
- 874 • energiesparende Verkehrsmittel

875 **Was wir dafür brauchen sind Mobilitätskonzepte, die**

- 876 • intelligent sind
- 877 • ökologisch sind
- 878 • sozial gerecht sind

879 **Was das bringt?**

- 880 • weniger Lärm
- 881 • weniger Abgasbelastungen
- 882 • weniger Flächenverbrauch durch den motorisierten Individualverkehr

883 Denn ohne die erzwungene Automobilität werden unsere Städte lebenswerter für Alle!

884 **Was muss dafür getan werden?**

- 885 • die Verkehrsinvestitionen müssen zielorientiert an einer sozialökologischen Mobilitätswende
886 ausgerichtet werden
- 887 • Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden und künftig vom
888 Schwächsten zum Stärksten Verkehrsteilnehmer geplant werden:

- 889 1. Fußgänger*innen
890 2. Radfahrende
891 3. Öffentlicher Personennahverkehr
892 4. Motorisierter Individualverkehr

- 893 • der Bund stellt den Kommunen dafür einen Verkehrswendefonds zur Verfügung

894 Wir müssen sicherstellen, dass vor Ort die besten sozial ökologischen Lösungen gefunden werden,
895 damit alle Menschen saubere Luft zum Atmen und eine ruhige Umgebung zum Leben haben.

896 **Fußgänger*innen**

897 Fußgänger*innen sind die Verkehrsteilnehmer*innen, welche am häufigsten bei der
898 Verkehrsplanung vergessen werden – und zugleich die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen sind.
899 In einer Stadt der kurzen Wege, wie wir sie fordern, werden jedoch viele Wege zu Fuß zurückgelegt
900 werden.

901 **Um dem Fußgänger einen höheren Stellenwert einzuräumen wollen wir:**

- 902 • Innenstädte konsequent autofrei gestalten
903 • Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Meter an allen Straßen durchsetzen
904 • straßenbegleitendes Parken von Kfz minimieren, um einerseits diesen Raum für andere
905 Verkehrsteilnehmer*innen zu nutzen und andererseits die Sichtbarkeit von Fußgänger*innen
906 im Straßenraum zu verbessern und deren Sicherheit zu erhöhen

907 **Radverkehr**

908 Das Fahrrad – egal ob mit oder ohne elektrische Verstärkung – als aktiver Faktor ist im Rahmen einer
909 sozialökologischen Mobilitätswende eine zentrale Säule. Das Radfahren ist eine eigenständige
910 Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum
911 Öffentlichen Personennahverkehr. Denn eine optimale Infrastruktur macht das Radfahren attraktiver
912 und sicherer, bringt mehr Menschen aus dem Auto aufs Rad. Radfahren ist gesund für die
913 Radfahrenden, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm bei geringerem Platzbedarf an öffentlichem
914 Raum.

915 Unsere Forderungen lehnen sich an das "Kopenhagener Modell" an. Durch eine konsequente
916 zukunftsfähige Stadtentwicklung ist die dänische Hauptstadt heute die Fahrrad-Welthauptstadt.
917 Durch das "Kopenhagener Modell" sind die Einwohner*innen von Kopenhagen mobiler, gesünder,
918 und es gibt nachweislich positive Effekte in der dänischen Volkswirtschaft.

919 **Was wir tun wollen, um den Radverkehr zu stärken:**

- 920 • Das Fahrrad ist laut Straßenverkehrsordnung gleichberechtigt. Wir fordern die
921 Gleichberechtigung in der Praxis, also im Straßenverkehr.
922 • Genug Verkehrsraum ist vorhanden, er muss aber gerecht verteilt werden. Der benötigte
923 Platz soll dem Auto- und Lkw-Verkehr weggenommen werden. Bei der Verkehrsplanung lag
924 der Fokus bisher eher auf der touristischen Nutzung oder der Freizeitnutzung von Radwegen.

925 Unser Ziel ist es, Fahrradroutes für den Alltag zu schaffen, damit so viele Wege wie möglich
926 zwischen einem und etwa 20 Kilometern Länge problemlos per Rad erledigt werden können.

927 • Wir fordern eindeutig gekennzeichnete und von allen Verkehrsteilnehmer*innen bei allen
928 Sichtverhältnissen eindeutig erkennbare, sichere und gut befahrbare sowie
929 vernetzte Radwege. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für eine Attraktivitätssteigerung
930 der Radnutzung. Durch hoch entwickelte Fahrradtechnik sowie die Nutzung elektrischer
931 Antriebe sind heute wesentlich längere Wege und höhere Lasten möglich. Dadurch sind viel
932 mehr Fahrten für Radfahrende geeignet.

933 • Radwege müssen sauber sowie verkehrssicher gehalten und beleuchtet werden. Im Winter
934 fordern wir einen täglichen Räumdienst.

935 • Radwege dürfen nicht fremdgenutzt werden.

936 • Eine bauliche Abgrenzung vom restlichen Straßenverkehr ist an größeren Straßen nötig.

937 • Für eine sozialökologische Verkehrswende müssen neue Radwege, Fahrradstraßen und
938 Radschnellwege gebaut, entsprechend eingerichtet und miteinander über Knotenpunkte
939 verbunden werden.

940 • Der Fahrradverkehr benötigt eigene Ampeln und eigene Ampelphasen, als Beispiel gilt die
941 „Oberhausener Radwelle“. So genannte "Fußtritte" erleichtern das sichere Stehen mit dem
942 Rad an Haltepunkten wie roten Ampeln oder Stoppschildern und verbessern den
943 Verkehrsfluss. Wir fordern eine zielführende Umsetzung von Fahrrad-Verleihsystemen. Diese
944 sollen durch die Städte gefördert werden, die Lizenzen nur an einen Anbieter vergeben
945 werden und eine Kombination von ÖPNV-Tarifen mit Leihrad-Angeboten möglich gemacht
946 werden. Mit dem Leihrad kann der sogenannte letzte Kilometer, also zum Beispiel der Weg
947 zwischen Bahnhaltestelle und dem Ziel, schneller überwunden werden. Durch eine sinnvolle
948 Kombination von Leihrädern mit Bus und Bahn kann die Reisezeit deutlich verkürzt werden.

949 • Wir fordern mehr Radstationen an den Bahnhaltestellen und mehr Orte (auch am Stadtrand),
950 an denen Räder sowie Leihräder kostenfrei abgestellt werden können.

951 • Die Nutzung eines Leihrades sollte für Jede*n eine halbe Stunde pro Tag kostenlos sein.-
952 Öffentliche Institutionen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und den Radverkehr durch
953 „weiche Faktoren“ unterstützen. Dazu gehören hochwertige Fahrradboxen,
954 Fahrradparkhäuser und Abstellanlagen genauso wie die Möglichkeit bei der Arbeitsstelle
955 nach der Anreise mit dem Fahrrad duschen zu können.

956 **ÖPNV**

957 Mobilität ist ein Recht aller Bürger*innen, welches im öffentlichen Personennahverkehr nicht durch
958 Profitorientierung eingeschränkt werden darf.

959 Eine ökologische Verkehrswende wird durch private Unternehmen behindert. Da, wo immer mehr
960 Linien von privaten Anbietern betrieben werden, sind Arbeitsbedingungen und Bezahlung der
961 Busfahrer*innen, Lokführer*innen und Straßenbahnfahrer*innen häufig deutlich schlechter als bei
962 öffentlichen Verkehrsbetrieben. Die geringe Attraktivität der Berufe führt zu einem Personalmangel,
963 der den Ausbau der Busflotten und des Schienenfuhrparks verhindert.

964 **Warum ist das so?**

965 Arbeitsrechte und Umweltschutz spielen im Kapitalismus keine Rolle.

966 **Was muss passieren?**

- 967
- Öffentlicher Nahverkehr gehört vollständig zurück in die öffentliche Hand.
- 968
- Liegenschaften der Bahn innerhalb der eigenen Kommunen und Kreisgebiete dürfen nicht
- 969
- mehr zweckentfremdet werden und müssen gegebenenfalls durch die Kommunen und Kreise
- 970
- zur weiteren Schienennutzung aufgekauft werden.

971 **Wie wir den ÖPNV attraktiver, leistungs- und aufnahmefähiger machen wollen:**

- 972
- Wir fordern den Auf- und Ausbau des öffentlichen Netzes und eine Verstärkung der
- 973
- Taktfrequenzen (in den Städten mindestens alle 7 Minuten).
- 974
- Der Auf- und Ausbau des Schienennetzes sowie die kurzfristige Reaktivierung von
- 975
- vorhandenen Schienentrassen haben Vorrang. - Wir fordern, wo möglich, den (Wieder-
- 976
-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen, die vielerorts seit 1945 auch auf Druck der
- 977
- Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder gänzlich entfallen sind.
- 978
- Wir wollen einen steuerfinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV. Als Sofortmaßnahmen fordern
- 979
- wir ein Sozialticket für alle Sozialhilfe-Berechtigten für maximal 15 Euro im Monat und die
- 980
- freie Fahrt für Menschen unter 18 Jahren, Schüler*innen und Auszubildende.
- 981
- Damit alle in den Städten mit Bus und Bahn zukünftig schneller und pünktlicher
- 982
- vorankommen, brauchen wir Bus- und Bahnspuren sowie Ampelanlagen, die auf den
- 983
- ÖPNV abgestimmt sind.
- 984
- Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben
- 985
- werden. In Oberleitungs- und Batteriebussen nach dem Solinger Modell mit kleinen Akkus,
- 986
- die sich an den Hauptstrecken an der Oberleitung aufladen und auf den Nebenstrecken ohne
- 987
- Oberleitung im Akkubetrieb fahren, sehen wir den Antrieb der Zukunft. Besonders sinnvoll ist
- 988
- dies für Städte, in denen es bereits Oberleitungen von Straßenbahnen gibt. Zudem setzen wir
- 989
- auf Wasserstoff-/Brennstoffzellentechnologie, wie sie in Bussen in Köln und Wuppertal
- 990
- eingesetzt wird. Diese Alternative ermöglicht hohe Reichweiten und ist vor allem im
- 991
- ländlichen und bergigen Bereich sinnvoll. Hier ist über die kommunalen Spitzenverbände auf
- 992
- eine Verbesserung der Förderrichtlinien für alternative Antriebe hinzuwirken, um die
- 993
- Förderquoten für andere Antriebsarten auf die Höhe der Förderquote für Elektromobilität zu
- 994
- erhöhen.
- 995
- Im ländlichen Raum, in Stadtrandlagen und in Nebenzeiten wollen wir perspektivisch die
- 996
- Einführung von „On-Demand-Angeboten“ als Ergänzung zum Linienverkehr. Insbesondere im
- 997
- Zuge der zunehmenden Digitalisierung können so auch dünn besiedelte Regionen mit
- 998
- öffentlichen Verkehrsmitteln bedient werden.

999 **Was wir für Pendler*innen tun wollen:**

- 1000
- Da ein Großteil der Pendler*innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen wir das
- 1001
- Umland mit Stadtbahnlinien, einem verstärkten Angebot an Schnellbussen sowie mehr
- 1002
- Park&Ride- und Bike&Ride-Plätzen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr
- 1003
- anbinden. Dafür brauchen wir auch Shuttlebusse.
- 1004
- Gleichzeitig muss verhindert werden, dass die P&R-Plätze von anderen Autos zugestellt
- 1005
- werden, sodass die Plätze ihrem eigentlichen Zweck nicht mehr dienen.

1006 **Lieferverkehr**

1007 Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem durch
1008 den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienst-Angebote von lokalen Märkten
1009 sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden. Im Sinne einer
1010 Mobilitätswende muss dieser Lieferverkehr umgedacht werden und Alternativen zum Lkw-Chaos
1011 gefunden werden.

1012 **Wie wir den Lieferverkehr in den Städten umgestalten wollen:**

- 1013 • Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine
1014 Auslieferung zum Kunden per Lastenfahrrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren
1015 Verkehrsmitteln.
- 1016 • Wir fordern, dass unsere Kommunen nach „bayrischem Vorbild“ alle wieder einen
1017 zentrumsnahen lärmarmen Güterbahnhof bekommen. In Bayern haben die ersten Kommunen
1018 die innerstädtischen Güterbahnhöfe der Deutschen Bahn AG abgekauft, um die ökologische
1019 wie stauvermeidende Versorgung ihrer Stadt und ihrer ortsansässigen Betriebe bis ins Zentrum
1020 weiterhin zu gewährleisten. Alle ortsansässigen Logistikunternehmen, Betriebslager sowie die
1021 verarbeitenden wie produzierenden Betrieben sollen bei der Versorgung mit Gleisanschlüssen
1022 zu konkurrenzfähigen Preisen gegenüber dem Transport auf der Straße aktiv unterstützt
1023 werden.

1024 **Autoverkehr**

1025 Die sozialökologische Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn wir den motorisierten
1026 Individualverkehr stark begrenzen. Denn in Zeiten des Klimawandels gerät diese Form der
1027 Fortbewegung an ihre Grenzen. Die autogerechte Stadt ist ein Konzept von gestern. Auch die
1028 Umrüstung auf Elektroautos löst die meisten Probleme nicht. Wir brauchen echte Alternativen zum
1029 Auto, welche die Bedürfnisse der Menschen sowohl in Städten als auch auf dem Land
1030 berücksichtigen, die Umwelt schützen, sozial gerecht sind und die Lebensqualität verbessern.

- 1031 • Wir fordern innerorts 30 Stundenkilometer als Regelgeschwindigkeit. Höhere
1032 Geschwindigkeiten müssten ausdrücklich angeordnet werden (beispielsweise auf großen Ein-
1033 und Ausfallstraßen einer Stadt). Eine Reduktion der erlaubten Geschwindigkeit auf 30km/h
1034 reduziert die Unfallwahrscheinlichkeit und Unfallfolgen drastisch. Dies ist ein vernünftiger
1035 Schritt hin zu mehr Sicherheit für alle am Verkehr beteiligten Personen und ein notwendiger
1036 Bestandteil einer ökologischen Verkehrswende.
- 1037 • Wir wollen eine Auflösung der Vorbehaltsstraßennetze, um den derzeitigen Vorrang des
1038 motorisierten Straßenverkehrs zu überwinden. Um die Städte für einen umweltverträglichen
1039 Verkehr fit zu machen, muss der Vorrang des Autos als bevorzugtes Verkehrsmittel
1040 überwunden werden. - Wir lehnen einen Aus- und Neubau von Straßen für den Autoverkehr
1041 ab. Zudem sollten alle Projekte, welche einen zusätzlichen Autoverkehr durch die Städte zur
1042 Folge haben können, mit Blick auf die sozialökologische Verkehrswende hinterfragt werden.
- 1043 • Kommunale Fahrzeugflotten sollen verkleinert und von Verbrennungsmotoren auf
1044 klimafreundliche Antriebe umgerüstet werden. Pkw sollen durch Dienstfahräder ersetzt
1045 werden, wo dies möglich ist. Kommunale Fahrzeugflotten können auch in ein Car-Sharing-
1046 Angebot eingebracht werden, um auch in kleineren Städten und Gemeinden ohne große
1047 Anschaffungskosten Car-Sharing-Angebote aufzubauen.

- 1048
- 1049
- 1050
- 1051
- 1052
- 1053
- Kommunen sollten von privaten Unternehmen eine zweckgebundene Sonderabgabe für den Ausbau und Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs erheben können. Vorbild hierfür ist der „Versement Transport“ in Frankreich. Zahlungspflichtig sind dabei alle Arbeitgeber mit mehr als neun Beschäftigten, wobei der „Versement Transport“ bezogen auf die Lohnsumme erhoben wird. In Frankreich liegen die Steuersätze je nach Region zwischen 0,55 und 2,6 %. Der Ertrag deckt dabei fast die Hälfte der Kosten des öffentlichen Nahverkehrs.

1054 **Thema: Gesundheit**

1055 Gesundheit ist keine Ware, sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. DIE LINKE will die
1056 Privatisierung des Gesundheitswesens stoppen. Im Kapitalismus haben Privateigentum und
1057 Gewinnstreben Vorrang. Das steht allerdings im Widerspruch zu medizinischen
1058 Versorgungsgesichtspunkten. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören in öffentliche
1059 Hand. Der Nutzen medizinischer Versorgung für die Patient*innen muss dabei wissenschaftlich
1060 bewiesen und für Betroffene transparent sein.

1061 **Das Gesundheitswesen, das wir wollen, ist:**

1062 • bedarfsgerecht

1063 • flächendeckend

1064 • wohnortnah

1065 • präventiv

1066 • solidarisch

1067 Denn ein solidarisches Gesundheitssystem kann nur ohne Profitinteressen überleben.

1068 **Worauf wir dabei setzen?**

1069 • regionale Gesundheitskonferenzen

1070 • Rekommunalisierung von privatisierten Krankenhäusern

1071 • mobile Arztpraxen und vernetzte Filial- und Gemeinschaftspraxen bzw. Polikliniken

1072 • kommunale Pflegedienste

1073 • Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie Behandlung ohne Zuzahlungen, Zahnersatz, Brillen,
1074 Orthesen etc. ohne Zuzahlung

1075 • eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik sowie die Legalisierung von Cannabis

1076 **Was wir dafür brauchen sind Versorgungskonzepte, die**

1077 • sich an den Bedürfnissen der Patient*innen orientieren und nicht an den Profiten der
1078 Gesundheitsversorger oder Krankenkassen

1079 • transparent sind und einen Nachweis über die Qualität von Medizinprodukten aller Art
1080 inklusive ihrer Preisbildung erbringen

1081 • gute Arbeitsbedingungen für alle im Gesundheitssystem Beschäftigten bieten

1082 • auf regionale Vernetzung setzen

1083 **Was das bringt?**

1084 • Versorgung aller Menschen aufgrund ihres Bedarfes

1085 • Verbesserung von Gesundheitsinformation

1086 • mehr Pflegepersonal

1087 **Was muss dafür getan werden?**

1088 • das Gesundheitssystem muss neu ausgerichtet werden

1089 • die Gesundheitsversorgung muss von öffentlicher Hand organisiert werden

1090 • die Krankenhausplanung muss demokratisch legitimiert und wohnortnah organisiert werden

1091 • Pflegeberufe müssen attraktiver werden

1092 Denn den bestmöglichen Gesundheitszustand erlangen zu können, ist ein Menschenrecht. Laut der
1093 Weltgesundheitsorganisation WHO müssen Einrichtungen sowie Leistungen des Gesundheitswesens
1094 einschließlich der pflegerischen Versorgung uneingeschränkt der bedarfsgerechten,
1095 flächendeckenden, wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen
1096 Menschen unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation zur
1097 Verfügung stehen (WHO-Resolution 58.33, 2005). Für die Einhaltung dieses Menschenrechtes muss
1098 das Gesundheitssystem neu ausgerichtet werden.

1099 **Gesundheitspolitik für die Menschen**

1100 Wer kennt das nicht? Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen,
1101 Zahnbehandlung, Zahnspangen und Medikamente kosten sehr viel Geld. Finanziell benachteiligte
1102 Menschen gehen nicht mehr zum Arzt oder zu Vorsorgeuntersuchungen, weil sie sich Krankheit nicht
1103 leisten können. Dazu kommen Belastungen durch die Veränderungen des Wettergeschehens und
1104 andere Aspekte des Klimawandels, die sich auf die Gesundheit auswirken. Steigende Temperaturen,
1105 häufigere Extremwetter-Ereignisse wie Hitzewellen, Starkregen, Stürme, Hochwasser oder erhöhte
1106 UV-Belastung stellen neue Anforderungen an die Gesundheitsprävention und -versorgung der
1107 Menschen in den Kommunen.

1108 Mehrere tausend Menschen sind sogar ohne Krankenversicherung. Drei-Klassen-Medizin ist Realität.
1109 Komfortable Privatversicherungen für die einen, Grundversorgung für Normalverdiener. Die dritte
1110 Klasse wird oft übersehen. Das sind Armutsbetroffene, die nicht mehr zu Ärzten gehen, zum Teil weil
1111 sie keine Krankenversicherung haben. Armut macht krank und Krankheit macht arm.

1112 Fast alle Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre haben zu einer Verlagerung der Kosten auf
1113 Versicherte und Kranke geführt, haben Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen durchgesetzt
1114 mit der Folge von Über-, Unter- und Fehlversorgung sowie Vernichtung der im Konkurrenzkampf
1115 unterlegenen Einrichtungen – unter anderem schließen Krankenhäuser. Das Krankenhausstruktur-
1116 Gesetz verschärft die Lage kleinerer Häuser, auch und vor allem im ländlichen Bereich. Arbeitsplätze
1117 und Ressourcen werden vernichtet. Unumkehrbare gesundheitliche und gesamtgesellschaftliche
1118 Schäden für die Bevölkerung werden dabei von den Regierungsparteien billigend in Kauf genommen.

1119 Für DIE LINKE ist kommunale Gesundheitspolitik entscheidend, um den Gesundheitszustand der
1120 Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern. Wir brauchen einen öffentlichen
1121 Gesundheitsdienst, um das Recht auf Gesundheit für alle hier lebenden Menschen zu realisieren, die
1122 aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind. Das Gesundheitsamt ist für kommunale
1123 Gesundheitspolitik die unabdingbar notwendige Schaltstelle.

1124 **Gesundheitswesen vor Ort - demokratisch legitimiert und transparent**

1125 Das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss vor marktradikalen Eingriffen
1126 geschützt werden. Stationäre, ambulante, rehabilitative und pflegerische Einrichtungen müssen
1127 wohnortnah so organisiert sein, dass sie für die betroffenen Menschen im Rahmen integrierter
1128 Versorgung ohne Barrieren optimal zusammenarbeiten. Ziel einer guten Gesundheitspolitik muss
1129 sowohl die Gesunderhaltung und medizinische Versorgung aller Menschen sein, als auch die
1130 Verringerung sozialer Ungleichheit. Durch Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention muss
1131 alles getan werden, um Krankheit zu verhindern.

1132 Kommunale Gesundheitspolitik ist für DIE LINKE eine Querschnittsaufgabe.

1133 Um möglichst viele Menschen zu aktivieren und allen Einwohner*innen zu ermöglichen, sich für die
1134 eigene Gesundheit und für gesundheitliche Interessen einzubringen, braucht es verbindliche
1135 Gesundheitsziele und die strukturelle Verankerung der Maßnahmen durch ein demokratisch
1136 legitimiertes öffentliches Gesundheitswesen. Deswegen ist es wichtig, den heutigen öffentlichen
1137 Gesundheitsdienst nachhaltig zu stärken. Für die Gesunderhaltung der Bevölkerung und Vorbeugung
1138 von Krankheiten ist für DIE LINKE insbesondere kommunale Gesundheitspolitik entscheidend. Vor Ort
1139 streiten wir in den Räten und in der Öffentlichkeit dafür, dass Leitlinien zur Gesundheit eingehalten
1140 und praktisch umgesetzt werden. Zuständig ist in der Kommune das Gesundheitsamt als vor Ort
1141 tätige Behörde. Zu seinen Aufgaben gehört, das Recht auf Gesundheit für Alle zu realisieren.

1142 **Was tun?**

1143 • die medizinische Versorgung muss auf kommunaler Ebene durch Versorgungszentren und
1144 Krankenhäuser, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, für alle Menschen sichergestellt
1145 werden- kostenfreie Prävention und Rehabilitationsangebote für alle bereitstellen, die sie
1146 benötigen

1147 • regionale Gesundheitsberichterstattung einführen

1148 • die gesundheitlichen Risiken in der Region, in der Arbeitswelt und durch Klimaveränderungen,
1149 Luft- und Wasserverschmutzung, Feinstaubbelastung sowie Einsatz von Breitbandantibiotika
1150 usw. sind zu erfassen, Gegenmaßnahmen festzulegen und einzuleiten. Dazu gehört auch die
1151 Erfassung der Versorgung einzelner Gruppen von Betroffenen in bestimmten Lebenslagen, zum
1152 Beispiel Kinder- und Jugendliche, Hochbetagte, Menschen mit Behinderungen, Betroffene mit
1153 psychischen Erkrankungen, Suchtkranke oder Menschen mit Migrationserfahrungen

1154 • regionale Gesundheitsziele sind im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz auf
1155 Grundlage der Gesundheitsberichterstattung festzulegen und regelmäßig zu überprüfen. DIE
1156 LINKE fordert, die Formulierung von Gesundheitszielen, unter Beteiligung der Öffentlichkeit
1157 und gewissenhafter Ärzt*innen, die sich der Pharmalobby widersetzen. Statt isolierter
1158 Einzelmaßnahmen soll ein abgestimmtes Gesamtkonzept für die Kommune bzw. die Region
1159 erarbeitet werden. Gesundheitsförderung und Prävention müssen im Gesamtkonzept
1160 enthalten sein. Der Zugang und die Ergebnisse der Gesundheitskonferenz müssen öffentlich
1161 sein- Nutzen und Qualität medizinischer Versorgung muss wissenschaftlich bewiesen sein und
1162 für die Betroffenen transparent gemacht werden - qualifizierte infektionshygienische
1163 Überwachung von medizinischen Einrichtungen (Krankenhäusern, ambulant operierenden
1164 Einrichtungen, Arztpraxen, Pflege und Rehabilitationseinrichtungen) durch die
1165 Gesundheitsämter sicherstellen.

1166 **Gute Gesundheitsversorgung auch auf dem Land**

1167 Wer in ländlichen Regionen lebt, erfährt die Unterversorgung mit wohnortnahen Ärzt*innen und
1168 Apotheken oder Krankenhäusern am eigenen Leib. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Ausbildung
1169 und die Weiterbildung von Allgemeinmediziner*innen ausbauen. Das System von Einzelpraxen und
1170 der Aufgabentrennung zwischen niedergelassenen Ärzt*innen und Krankenhausärzt*innen muss
1171 überarbeitet werden. Insbesondere für Kommunen im ländlichen Raum schlagen wir verschiedene
1172 neue und auch bewährte alte Lösungen vor. Beispielsweise das Docmobil, bei dem Ärzt*innen in
1173 Kleinbussen unterwegs sind oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die Hausbesuche machen
1174 und Routineaufgaben übernehmen wie Blutdruck- oder Blutzuckerkontrolle und prüfen, ob ärztliche
1175 Behandlung erforderlich ist (VERAH). Zur Reaktivierung dieses „Gemeindeschwester“-Modells
1176 bestehen erfolgreiche Projekte. Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung verhindern noch die
1177 Übernahme in die Regelversorgung. Ein öffentlich gefördertes Fachkräfte-Programm (AGnES) könnte
1178 aber durch Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Ärzt*innen entlasten. Apotheker*innen können
1179 niedrigschwellige Angebote (z.B. Bildtelefonie-Modelle, die Aufgaben der Gesundheitsberatung,
1180 Prävention und Abgabeterminals) übernehmen. Ein weiterer guter Ansatz ist der Aufbau regionaler
1181 Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) nach dem Vorbild der Polikliniken in der DDR. Es spricht
1182 alles dafür, dieses Konzept der kooperativen Versorgung in dünn besiedelten Regionen zu
1183 reaktivieren. Die Politik muss es nur wollen.

1184 **Was tun?**

- 1185 • mobile Arztpraxen, vernetzte Gemeinschaftspraxen und Medizinische Versorgungszentren
1186 (MVZ) schaffen- Arbeitszeitverkürzung und mehr Möglichkeiten der Teilzeit für Ärzt*inne-
1187 bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern, Arztpraxen und Medizinischen
1188 Versorgungszentren sicherstellen
- 1189 • Hausarztunterstützung durch Hausbesuche von speziell geschulten AGnES-Fachkräften (Arzt
1190 entlastende, Gemeinde-nahe, E-Health gestützte Systemische Intervention)
- 1191 • barrierefreie Shuttle-Services zu Praxen und Medizinischen Versorgungszentren einrichten
- 1192 • wohnortnahe Apothekenversorgung (z.B. Apotheken-Terminals - Kommunikation mit
1193 Apotheker*innen per Monitor) sicherstellen

1194 **Krankenhäuser statt fabrikmäßiger Reparaturbetriebe**

1195 Immer mehr Krankenhäuser stehen vor einem finanziellen Kollaps. Etwa ein Drittel aller
1196 Krankenhäuser macht Verluste.

1197 Bis 1985 war es Krankenhäusern per Gesetz verboten, Gewinne zu machen. In den Jahren danach
1198 wurde dieses Verbot immer mehr aufgeweicht, bis es 2003 durch die Einführung der Fallpauschalen
1199 (DRG) völlig entfiel. Fallpauschalen als Festpreissystem fördern systematisch ein Denken und
1200 Verhalten in Markt- und Wettbewerbskategorien (Gewinn- und Verlustkategorien). Seither sind
1201 private Klinikketten (z.B. Fresenius-Helios, Sana, Medioclin usw.) auf Einkaufstour.

1202 Während viele öffentliche Krankenhäuser rote Zahlen schreiben, sind Krankenhäuser für private
1203 Konzerne lukrativ. Privatkliniken machen auf Kosten der Allgemeinheit mit Versichertenbeiträgen
1204 und Steuermitteln Profit. Sie suchen sich Patienten nach größtmöglichem Gewinn aus (z. B. neue
1205 Kniegelenke oder Hüftarthrosen). Freigemeinnützige und kommunale Krankenhäuser kümmern sich
1206 jedoch auch um Patient*innen mit kostenintensiven Mehrfacherkrankungen. Auch
1207 Entbindungsstationen und Notfallambulanzen dürfen nicht als ein Kostenfaktor betrachtet werden.
1208 Sie sind Sozialstaatsgebot. Dies führt jährlich zu Defiziten von mehreren Millionen Euro bei diesen
1209 Häusern. Das ist schlecht für die Versorgung der Patient*innen und auch für die Arbeitsbedingungen

1210 der Beschäftigten. Seit Jahren werden Beschäftigte etwa der Cafeterien, der Labore, der Hygiene
1211 sowie Reinigungskräfte in Servicegesellschaften ausgegliedert. Dies geschieht oft zu niedrigeren
1212 Löhnen und schlechteren Bedingungen. Inzwischen werden sogar Pflegekräfte über
1213 Servicegesellschaften und Leiharbeitsbetriebe eingestellt.

1214 Hygienemängel, insbesondere krankenhausbedingte Infektionen, enden für geschwächte Menschen
1215 häufig tödlich. Sensible Zuwendung und feinfühlig Kommunikation sind erwiesenermaßen wichtig
1216 für den Heilerfolg. Dafür muss mehr Personal in den Krankenhäusern mit mehr Zeit für die
1217 Patient*innen vorhanden sein. DIE LINKE bleibt dabei, dass Krankenhäuser, als Bereich der
1218 Daseinsvorsorge keine Profite machen dürfen.

1219 **Was tun?**

1220 • statt Krankenhausschließungen eine demokratische wohnortnahe Krankenhausplanung, die
1221 sich am Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientiert. Beschäftigte und Patienten*innen sind
1222 zu beteiligen

1223 • wirksame Kontrolle bei Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch Gesundheitsämter
1224 sicherstellen

1225 • Tarifverträge sind für ALLE im Krankenhausdienst Beschäftigte anzuwenden

1226 • Privatisierung von Krankenhäusern verhindern und bereits privatisierte Krankenhäuser
1227 rekommunalisieren

1228 • ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor u.a.) zurück in Klinikbelegschaft integrieren

1229 • regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern (Krankenhausverbände mit Arbeitsteilung
1230 zwischen Spezialisierung, Grund- und Regelversorgung) fördern

1231 **Pflegerische Versorgung kommunal steuern**

1232 Pflege ist Aufgabe der Gesellschaft und Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Menschen haben
1233 ein Recht auf eine würdevolle und bedarfsgerechte pflegerische Versorgung. Diese muss gerecht
1234 finanziert und solidarisch organisiert sein.

1235 Pflegerische Versorgung ist eine physisch und psychisch äußerst anstrengende und anspruchsvolle
1236 Arbeit, die nicht angemessen anerkannt und vergütet wird. Der Arbeitsalltag von Pflegekräften ist
1237 gekennzeichnet von Arbeitsverdichtung und starren Zeitvorgaben. Aufgrund der Unterfinanzierung
1238 ist die Personalbemessung im stationären und ambulanten Pflegebereich viel zu niedrig. Nicht einmal
1239 der Mindestpflegebedarf, den der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) feststellt, wird
1240 gedeckt. In der ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung muss jeder Handgriff
1241 minutengenau abgerechnet werden. Körperbezogene Pflege findet fast ausschließlich im Akkord
1242 statt. Gespräche und soziale Bedürfnisse bleiben auf der Strecke. Darunter leiden die von Pflege
1243 abhängigen Menschen und das Personal. Dass Menschen, die von Pflege abhängig sind, heute in der
1244 Regel in stationären Einrichtungen dennoch ein menschenwürdiges Leben führen können, liegt an
1245 dem besonderen Einsatz der Pflegekräfte und des übrigen Personals. Mit hoher Motivation,
1246 Mitgefühl und großem Engagement leisten sie oft weit mehr als vertraglich vereinbart und in ihren
1247 Arbeitszeiten zu schaffen ist. Dies kann auf Dauer nicht durchgehalten werden kann, und viele
1248 Fachkräfte verlassen nach einigen Jahren ihren Beruf oder werden selbst krank.

1249 Begutachtungsverfahren erfassen den individuellen Bedarf an Pflege oft nicht. Menschen mit
1250 Pflegebedarf müssen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre Pflege-

1251 oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen möchten. Geänderte Familienstrukturen und
1252 Erwerbsbiografien von Frauen erfordern neue Lösungen für einen Verbleib zu Hause. Im häuslichen
1253 Umfeld muss dem Pflegebedarf ebenfalls mit qualifizierten professionellen Pflegepersonen
1254 entsprochen werden.

1255 Missstände wie Fachkräftemangel und Unterfinanzierung sind Folgen politischer Fehlsteuerung. Für
1256 DIE LINKE ist das Leitbild der Solidarität und das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe Maßstab im
1257 Pflegebereich.

1258 **Was tun?**

- 1259 • Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf
- 1260 • kommunale Hilfestrukturen, die soziale Teilhabe für die Betroffenen in der Mitte der
1261 Gesellschaft gewährleisten
- 1262 • kommunale Pflegedienste und Sozialstationen aufbauen
- 1263 • Erhalt kommunaler Pflegeeinrichtungen und Kommunalisierung privater Einrichtungen
- 1264 • Zusammenarbeit von Pflegeeinrichtungen und Sozialstationen bei der Betreuung von
1265 Menschen mit Pflegebedarf
- 1266 • Weiterentwicklung der kommunalen Pflegekonferenz dahingehend, dass alle Betroffenen und
1267 Beteiligten (Pflegekassen, MDK, Sozialämter, Staatsanwaltschaft, Heimaufsicht,
1268 Angehörigenvertreter, Einrichtungen, Servicestelle Hospizarbeit, Demenznetzwerk, Pflege- und
1269 Wohnberatung, Ombudsleute) Wissen austauschen und gemeinsam Ziele festlegen
- 1270 • Dialog zur Frage: „Was ist uns eine zugewandte, respektvolle individuelle Pflege wert?“ führen
1271 (Veranstaltungen, Flyer, Pressearbeit, Ratsbeschlüsse)
- 1272 • die Aufwertung der Pfl egetätigkeit durch angemessene Bezahlung, mehr Mitbestimmung und
1273 Gestaltungsmöglichkeit am Arbeitsplatz, wirksameres Beschwerdemanagement und
1274 Konsequenzen nach Überlastungs-, Entlastungs- oder Gefährdungsanzeigen durch Pflegekräfte
- 1275 • persönliche Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu Freizeitmaßnahmen

1276 **„Armut macht krank - Krankheit macht arm“**

1277 Benachteiligung, Verelendung und Ausgrenzung sind akute Gesundheitsrisiken und können
1278 nachweislich das Leben von armutsbetroffenen Menschen um zehn und mehr Jahre verkürzen. Wer
1279 einkommensarm ist, der ist häufiger krank: Herzerkrankungen, Schlaganfall, Krebs- und
1280 Lebererkrankungen betreffen Ärmere häufiger als Reiche. Besonders betroffen sind wohnungslose
1281 Menschen. Viele von ihnen werden etwa durch Gebühren, fehlende Krankenversicherung oder
1282 Misstrauen abgeschreckt, zu Ärzt*innen zu gehen, obwohl 90 Prozent von ihnen eine ärztliche
1283 Behandlung brauchen.

1284 Besonders betroffen sind auch Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie sind doppelt so häufig
1285 armutsgefährdet wie der Bevölkerungsdurchschnitt und gehen nicht selten einer die Gesundheit
1286 gefährdenden beruflichen Tätigkeit nach.

1287 Auch Erwerbslosigkeit verkürzt das Leben, macht häufiger krank und geht mit doppelt so häufigen
1288 psychischen Leiden einher wie dies im Bevölkerungsdurchschnitt der Fall ist. Erwerbslose weisen bei

1289 allen seelischen und körperlichen Erkrankungen ein signifikant erhöhtes Risiko auf. Ähnliche Zahlen
1290 gelten für Alleinerziehende.

1291 Krankheiten kosten Geld. Arme Menschen können sich Zuzahlungen und Aufwendungen für
1292 Gesundheitsleistungen oft nicht leisten oder das Geld fehlt an anderer Stelle. Obwohl allen
1293 bisherigen Bundesregierungen bekannt war, dass das individuelle Gesundheitsverhalten mit dem
1294 Sozialstatus verknüpft ist, wurde bisher nichts an diesen ungerechten Verhältnissen geändert,
1295 sondern die Betroffenen sich selbst überlassen.

1296 DIE LINKE will mit dieser täglichen Ungerechtigkeit brechen. Gesundheit darf nicht länger von
1297 persönlichem Reichtum abhängig sein

1298 **Was tun?**

1299 • ein unabhängiges und aufsuchendes Beratungssystem mit unterstützender Begleitung und
1300 Hilfestellung schaffen- Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie Behandlung ohne
1301 Zuzahlungen- Zahnersatz, Brillen und Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlungen, ggf.
1302 Übernahme der Kosten durch die Kommune- kostenlose Abgaben von Verhütungsmitteln
1303 durch Beratungsstellen durch die Kommunen finanzieren

1304 • gesundheitsförderliche Maßnahmen im nahen Lebensumfeld, besonders in Wohnquartieren
1305 mit niedrigem Durchschnittseinkommen anbieten

1306 **Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik in der Kommune**

1307 Trotz der seit Jahrzehnten herrschenden repressiven Verbotspolitik sind auch in den nordrhein-
1308 westfälischen Städten und Gemeinden illegalisierte Substanzen flächendeckend verfügbar. Im
1309 Gegensatz zu den legalen Drogen Alkohol und Tabak sowie frei verkäuflichen Medikamenten sind die
1310 „illegalen“ Drogen nur unter gesundheitlich häufig sehr bedenklichen Risiken für die
1311 Verbraucher*innen auf dem Schwarzmarkt erhältlich. So werden Substanzen für den Verkauf auf
1312 dem Schwarzmarkt gestreckt und verunreinigt. Das Gesundheitsrisiko für die Konsument*innen steigt
1313 durch die verunreinigten Produkte.

1314 Die strafrechtlichen Konsequenzen, die das Betäubungsmittelgesetz für den Besitz und Erwerb von
1315 illegalisierten Substanzen enthält, erhöhen zusätzlich die Gefahren für die Drogen-
1316 Gebraucher*innen. Gefängnis, Führerscheinverlust, soziale Desintegration und Jobverlust sind die
1317 Folgen der Verbotspolitik. Dies ist unverhältnismäßig und stellt einen schweren Eingriff in die
1318 Bürger*innen-Rechte dar.

1319 Eine linke Drogenpolitik verharmlost die Gefahren von Drogen nicht, ganz gleich, ob sie das Etikett
1320 „legal“ oder „illegal“ tragen. Sie nimmt aber zur Kenntnis, dass Drogen allseits verfügbar sind, dass
1321 die Verbotspolitik dies nicht verhindert und nur eine umfassende staatliche Regulierung aller Drogen
1322 dem Gesundheits- und Jugendschutz gerecht werden kann.

1323 Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums – darüber ist sich die Fachwelt
1324 weitestgehend einig –, kann man mit Mitteln des Strafrechts und der Kriminalisierung von
1325 Konsument*innen in keiner Weise effektiv begegnen.

1326 DIE LINKE setzt sich für eine menschenwürdige Drogenpolitik ein, die präventiv, sachlich und
1327 glaubwürdig Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen legalen und „illegalen“
1328 Drogen leistet. Dies ist auch die Bedingung dafür, dass ein selbstverantwortlicher Umgang, also
1329 Drogenmündigkeit, mit Substanzen entwickelt werden kann.

1330 **Ambulante Suchthilfe als kommunale Daseinsvorsorge**

1331 Wenn Drogenkonsum problematische Formen annimmt, muss schnell, unkompliziert und
1332 bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden können. Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik
1333 gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und
1334 niedrigschwellige therapeutische Hilfen. Im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge ist daher die
1335 Finanzierung ambulanter Suchthilfen zu gewährleisten und bei Bedarf auszubauen.

1336 **Legalize it – mit Modellprojekten in der Gemeinde die Legalisierung von Cannabis vorantreiben**

1337 Aus vielerlei Gründen ist die Legalisierung von Cannabis – auch als erster Schritt hin zu einer
1338 allgemeinen vernünftigen, sachorientierten Drogenpolitik –, seit langem überfällig. Auf kommunaler
1339 Ebene besteht die Möglichkeit, einige Schritte in Richtung einer fortschrittlichen Drogenpolitik zu
1340 unternehmen. Dazu gehört die Einrichtung von Modellprojekten zu regulierter, legaler Abgabe von
1341 Cannabis. DIE LINKE wird sich in Gemeinderäten dafür gemeinsam mit Initiativen vor Ort einsetzen.

1342 **Mehr Drogenkonsum-Räume und ein flächendeckendes Substitutionsangebot**

1343 Konsument*innen illegalisierter Substanzen haben häufig keine Möglichkeit, in einem sicheren
1344 Rahmen zu konsumieren. Daher findet der Konsum im öffentlichen Raum statt. Die herrschende
1345 Politik reagiert darauf zumeist repressiv mit Platzverweisen und erhöhtem Polizeieinsatz. Als LINKE
1346 fordern wir, dass flächendeckend in allen Kommunen Drogenkonsum-Räume mitsamt medizinischer
1347 Notfallbetreuung eingerichtet werden. Dort ist ein sicherer Konsum möglich. Drogenkonsum-Räume
1348 können zudem ein niedrigschwelliges Angebot beinhalten, um Therapie-Möglichkeiten zu vermitteln.
1349 Damit Drogen-Gebraucher*innen wissen, was in ihren Drogen enthalten ist, sollten Drogenkonsum-
1350 Räume ein so genanntes Drug-Checking anbieten, also die chemische Prüfung der Inhaltsstoffe der
1351 Drogen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Schadensminimierung.

1352 Ein großes Problem für Drogenkonsument*innen ist der Mangel an substituierenden Ärzt*innen, vor
1353 allem im ländlichen Raum. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Gemeinden das Gespräch mit
1354 lokalen Ärzteschaften suchen, um Therapieangebote auszubauen und wohnortnah zu gestalten.
1355 Neben den bereits erwähnten und hier dargelegten Forderungen für eine menschenwürdige
1356 Drogenpolitik auf kommunaler Ebene fordert DIE LINKE die Ausweitung von heroingestützten
1357 Behandlungsmöglichkeiten, der so genannten Originalvergabe, auch in kleineren Kommunen. Es darf
1358 nicht sein, dass nur Bewohner*innen von Großstädten Zugang zu dieser Behandlungsform erhalten.
1359 Unser Grundziel als LINKE ist es, die kommunale Drogenpolitik so zu gestalten, dass
1360 Drogengebraucher*innen flächendeckend Hilfe erhalten können, Gefahren für ihre Gesundheit
1361 minimiert werden und gesellschaftlicher Ausgrenzung von Drogenkonsument*innen
1362 entgegengewirkt wird.

1363 **Migration und Gesundheitsförderung**

1364 Das Thema Migration prägt unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht und ist deshalb auch ein
1365 wichtiger Aspekt der Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene. Die Menschen mit
1366 Migrationshintergrund gelten in Bezug auf Gesundheitsförderung und Prävention als schwer
1367 erreichbare Gruppe. Um sie aus der "Unsichtbarkeit" herauszuholen, ist es notwendig, andere
1368 Informationsbedarfe und Beratungserfordernisse zu bedienen. Nur so kann der gleichberechtigte
1369 Zugang zu Gesundheits- und Pflegeleistungen für Migrant*innen erreicht werden. Zielgruppen dieser
1370 Angebote sind Ältere, Kinder, Jugendliche und vielfach Frauen.

1371 **Was tun?**

- 1372 • Bereitstellung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes mit speziell geschulten pflegerischen
1373 Mitarbeiter*innen mit entsprechenden Sprachkenntnissen der Zielgruppen (kultursensible
1374 Pflege)

- 1375 • öffentliche Gesundheitsversorgung für alle Menschen gleichwertig mit und ohne
1376 Krankenversicherung

1377 **Thema: Bildung**

1378 Nachdem sich die Schulentwicklungsplanung in den Kommunen jahrelang an den Prognosen von
1379 sinkenden Geburtenzahlen und damit abnehmenden Schüler*innenzahlen orientiert hat, zeigt die
1380 Realität nun, dass diese Prognosen falsch waren. Die Garantie auf eine frühkindliche Betreuung führt,
1381 wie in allen anderen Staaten auch, zu einem Geburtenanstieg, der frühzeitig in der
1382 Schulentwicklungsplanung Konsequenzen haben muss. Auch Migration führt zu einem Anstieg in den
1383 Schüler*innenzahlen.

1384 **Die Bildung, die wir wollen, ist**

- 1385 • Gebührenfrei
- 1386 • Universal
- 1387 • Gerecht

1388 Denn insbesondere in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in
1389 Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern
1390 abhängt.

1391 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1392 • das Bildungssystem muss grundlegend reformiert werden
- 1393 • einen Schulsozialindex

1394 **Was wir dafür brauchen ist ein Bildungssystem, das**

- 1395 • in Personal, Schulbau und Materialien investiert
- 1396 • die Verschiedenheit sowohl der Schüler*innen als auch des Schulumfeldes berücksichtigt
- 1397 • auf Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals setzt

1398 **Was das bringt?**

- 1399 • eine qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen
- 1400 • gesellschaftliche Teilhabe
- 1401 • Bekämpfung sozialer Ungleichheit

1402 **Was muss dafür getan werden?**

- 1403 • neue Schulen müssen durch die öffentliche Hand errichtet werden
- 1404 • bestehende Schulgebäude müssen orientiert an den Erkenntnissen moderner Pädagogik
1405 umgestaltet werden
- 1406 • Kommunen müssen einen Materialfonds für Schüler*innen aus finanzschwachem Umfeld
1407 auflegen
- 1408 • für Grundschulen muss ein hundertprozentiges Ganztagsplatz-Angebot konzipiert werden

1409 Als DIE LINKE erachten wir eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und
1410 Jugendlichen als eine Selbstverständlichkeit. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert
1411 nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis
1412 für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine
1413 gerechte Bildung zu garantieren sind Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie
1414 Materialien dringend notwendig. Auf kommunaler Ebene erschließen sich daher einige
1415 Handlungsschritte.

1416 **Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren**

1417 Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die durch
1418 den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht die
1419 benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.

1420 Daher will DIE LINKE Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch
1421 Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden können
1422 und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der
1423 öffentlichen Hand bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den
1424 gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der
1425 Erwachsenenbildung genutzt werden können.

1426 Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung,
1427 Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume
1428 ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet
1429 werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche,
1430 Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken, sowie für
1431 Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut
1432 ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die
1433 interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

1434 **Was tun?**

- 1435 • Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden
1436 Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden
- 1437 • Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an den Erkenntnissen
1438 moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- 1439 • Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den Erkenntnissen
1440 moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- 1441 • digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen

1442 **Armut als Bildungshemmnis**

1443 Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung
1444 weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler*innen ein
1445 Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen
1446 geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale
1447 Ungleichheit zu bekämpfen, fordert DIE LINKE eine Schule für ALLE als Ganztagschule. Das
1448 dreigliedrige Schulsystem wollen wir abschaffen. Forscher*innen und Studien zeigen regelmäßig auf,
1449 wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet. Es führt zu schlechten Abschlüssen und

1450 verfestigt soziale Ungleichheit und Spaltung. Nur durch längeres gemeinsames Lernen können die
1451 ungleichen Startbedingungen auf Grund des Elternhauses ausgeglichen werden. Die Gesamtschule
1452 bietet gerechte Bedingungen für alle Kinder und Jugendliche und kann auch diejenigen fördern, die
1453 im Elternhaus keine optimalen Bedingungen haben. Aber auch die Kinder und Jugendlichen
1454 untereinander können besser voneinander lernen und andere Lebensverhältnisse erleben.

1455 **Was tun:**

- 1456 • neue weiterführende Schulen nur als Gesamtschulen
- 1457 • die Kommune muss den Schulen für weitere Materialien einen Fonds für Lehr- und Lernmittel
1458 zur Verfügung stellen, damit Schüler*innen die Peinlichkeiten der Offenbarung von Armut nicht
1459 erleiden müssen
- 1460 • die Schulen müssen auf die „zusätzlichen Ausgaben“ während des Schuljahres stärker achten
1461 und sie nicht als sog. Bagatellausgaben ansehen, die man den Eltern aufbürden kann
- 1462 • der Schulische Ganztags bietet Förderungsmöglichkeiten, von denen vor allem Kinder aus
1463 einkommensschwachen Familien profitieren, die zu Hause wenig finanzielle Mittel für Spiel und
1464 Freizeit sowie weitere Bildungs- und Sportangebote haben. Daher setzt sich DIE LINKE vor Ort
1465 dafür ein, die Kriterien für die Aufnahme in die immer noch begrenzten Ganztagsangebote zu
1466 überprüfen und das Ganztagsangebot auszubauen. Denn allein die Frage nach der
1467 Berufstätigkeit beider Eltern darf nicht mehr wiegen als das Bildungsbedürfnis der Kinder
- 1468 • alle Grundschulen müssen – erst einmal in den „armen“ Quartieren - mit einem
1469 hundertprozentigen Ganztagsplatz-Angebot konzipiert und ausgebaut werden
- 1470 • an allen Schulen soll durch kommunale Küchen ein gesundes und vielfältiges Mittagessen
1471 angeboten werden. Das Schulmittagessen muss für alle Kinder sichergestellt werden,
1472 insbesondere für diejenigen, die ein Anrecht nach dem Bildungs- und Teilhabepaket haben

1473 **Verschiedenheit der Schüler*innen in den Blick nehmen**

1474 Heutige Schulen sind auf Grund ihrer Lage, ihres Wohnumfeldes und ihres Einzugsgebiets sehr
1475 unterschiedlich. Ihre Schüler*innen unterscheiden sich kulturell, sprachlich, in ihren Vorerfahrungen,
1476 ihrer familiären Unterstützung und auch im Familieneinkommen.

1477 DIE LINKE will hier Ungleiches ungleich behandeln. Schulen mit sehr heterogener
1478 Schüler*innenschaft und mit vielen Belastungen haben andere und schwierigere Aufgaben als
1479 Schulen mit einer Schüler*innenschaft, die überwiegend einen bildungsbürgerlichen und
1480 einkommensstarken Hintergrund hat. Daher will DIE LINKE vor Ort genau hinsehen und einen
1481 anderen, nämlich einen schulbezogenen Sozialindex („Schulsozialindex“) anwenden, um die Schulen,
1482 etwa bei Gebäuden und mit mehr Schulsozialarbeit besser auszustatten, die solch vielfältige Sozial-
1483 und Bildungsaufgaben gleichzeitig stemmen müssen. In den Kommunen setzen wir uns dafür ein,
1484 einen landesweiten Schulsozialindex und eine Gesetzgebung für mehr Lehrkräfte und kleinere
1485 Klassen dort zu erhalten.

1486 Viele Lehrkräfte sind außerdem immer noch für das einsprachige Unterrichten von Lerngruppen
1487 ausgebildet worden, die dasselbe Leistungsniveau haben. Die Schüler*innen heute haben aber einen
1488 Anspruch darauf, eine ihnen gerecht werdende Bildung zu erhalten und können nicht auf neues,
1489 anders ausgebildetes Fachpersonal warten.

1490 Daher wird sich DIE LINKE vor Ort dafür einsetzen, dass die Ergebnisse z.B. der Modellprojekte der
1491 Mercator-Stiftung zum Umgang mit Unterschiedlichkeit im Klassenzimmer kommunal umgesetzt
1492 werden können. Dazu brauchen Lehrkräfte Fortbildungen zur Erprobung von neuen didaktischen
1493 Methoden, wie etwa das Team Teaching, also Lernen durch gemeinsames Tun.

1494 **Was tun?**

1495 • Schulsozialindex erstellen und Schulen mit besonderen Bedarfen besser unterstützen

1496 • mehr Schulsozialarbeiter*innen einstellen

1497 • mehr Schulverwaltungskräfte und Sekretär*innen einstellen, die auch für die Lehrkräfte
1498 arbeiten

1499 • mehr Mittel für Verbrauchsmaterialien und Lernmittel bereitstellen

1500 • Mittel der Integrationspauschale und der Sprachförderung auch für besonderes pädagogisches
1501 Personal nutzen, um moderne Lehr- und Lernmethoden umzusetzen

1502 **Mehrsprachigkeit in Klassenzimmern – der Normalfall in NRW seit langer Zeit**

1503 In den Großstädten in NRW stellen die Schüler*innen mit natürlicher Mehrsprachigkeit bereits seit
1504 längerer Zeit die Mehrheit in allen Schulformen und Klassen.

1505 Die natürliche Mehrsprachigkeit wird weder als Bildungsfähigkeit beachtet noch für die
1506 Persönlichkeitsentwicklung der Kinder gewürdigt. Wird Unterricht in einigen wenigen Sprachen auf
1507 Grund der Verträge mit den sog. Anwerbeländern der ehemaligen „Gastarbeiter“ angeboten, dann
1508 nur auf Antrag der Eltern. Dabei handelt es sich um eine Fähigkeit der Kinder, die vor allem für die
1509 Entwicklung ihres Selbstwertgefühls und ihres Bildungswillens unabdingbar ist.

1510 Daher setzt sich DIE LINKE vor Ort dafür ein, dass die natürliche Mehrsprachigkeit durch Angebote
1511 des sog. Herkunftssprachlichen Unterrichts gefördert wird. Dabei sollen insbesondere für die sog.
1512 kleinen Sprachen, bei denen es in einer Kommune nur wenige Sprecher*innen gibt, digitale
1513 Lernräume – auch mit anderen Kommunen gemeinsam - entwickelt werden, die die Vereinzelung der
1514 Sprecher*innen überwinden helfen. Kommunen, die bei den mehrsprachigen Familien für den
1515 herkunftssprachlichen Unterricht werben, zeigen sich damit auf der Höhe der Zeit. DIE LINKE will
1516 dadurch kommunale Erklärungen gegen Rassismus, für Offenheit und Gemeinsamkeit unterfüttert
1517 wissen.

1518 **Thema: Kunst und Kultur**

1519 Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist in einem starken Wandel begriffen. Kunst und Kultur
1520 sind für LINKE Kommunalpolitik essenzieller Bestandteil des Lebens aller Menschen. Der
1521 Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen genießt nach Art. 18 der Landesverfassung
1522 NRW Verfassungsrang. Kunst und Kultur dürfen aber nicht Zeitvertreib einiger Weniger sein, sondern
1523 an Kultur müssen alle teilhaben können – unabhängig von Alter, Geschlecht oder ethnischer
1524 Herkunft.

1525 **Die Teilhabe an Kunst und Kultur, die wir wollen, ist:**

- 1526 • integrativ
- 1527 • zugänglich für Alle unabhängig von finanziellen Mitteln Einzelner
- 1528 • vielfältig
- 1529 • bildend

1530 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1531 • institutionelle Förderung
- 1532 • Sozialtarife für einkommensschwache Menschen
- 1533 • ermäßigte Gebühren für Volkshochschulkurse
- 1534 • kostenfreie Nutzung öffentlicher Bibliotheken

1535 **Was wir dafür brauchen ist eine Kulturpolitik, die?**

- 1536 • geschlechtergerecht ist und kulturelle Vielfalt wertschätzt
- 1537 • ihrem Verfassungsauftrag gerecht wird
- 1538 • Erinnerungskultur fördert

1539 **Was das bringt?**

- 1540 • Förderung der Persönlichkeitsentwicklung
- 1541 • individuelle Bildung über den Schulbesuch hinaus
- 1542 • kulturelle Teilhabe für Alle

1543 **Was muss dafür getan werden?**

- 1544 • prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Kultur müssen abgeschafft werden
- 1545 • öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtische Musikschule müssen
1546 erhalten bleiben
- 1547 • Zentren der Off- und Soziokultur müssen gefördert werden

1548 • Hochkultur und freie Kultur müssen gleichgesetzt werden

1549 Denn eine lebendige und multikulturelle Kulturszene ist die Grundlage für gelebte Demokratie und
1550 das soziale Miteinander in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

1551 **Kunst und Kultur**

1552 Die Kommunen erhalten nach einem bestimmten Schlüssel Steuermittel für die kulturellen Aufgaben,
1553 die größeren Städte mehr, weil sie für das Umland größere und kostspieligere Kultureinrichtungen
1554 unterhalten sollen. Diese Schlüsselzuweisungen reichen allerdings nicht aus, um die vielfältigen
1555 kulturellen Aufgaben zu finanzieren. Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur
1556 aufwenden, sind zudem höchst unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten
1557 Stärkungspaktgesetz unterliegen, geben unterdurchschnittlich wenig Geld für Kultur aus, weil die zur
1558 Verfügung stehenden Finanzmittel in den Schuldenabbau geleitet werden. So wird der
1559 Verfassungsauftrag unterlaufen.

1560 NRW war immer ein Einwanderungsland und bleibt es auch. Menschen aus anderen Ländern in der
1561 zweiten oder dritten Generation leben hier und sind Wandler*innen und Mittler*innen zwischen
1562 verschiedenen Kulturen. Das gilt in gleichem Maße für Geflüchtete. In den Großstädten NRWs wird
1563 bald jede*r zweite Einwohner*in einen Migrationshintergrund haben. In der Jugendbevölkerung ist
1564 dieser Anteil bereits erreicht oder wird sogar überschritten. Alle Menschen sind uns willkommen und
1565 mit ihnen auch ihre vielfältige und unterschiedliche Kultur.

1566 Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kulturpolitik, sich dieser wachsenden kulturellen Vielfalt zu
1567 öffnen, sie zu beleuchten, zu fördern und den Kulturschaffenden eine Möglichkeit der Präsentation
1568 zu geben. Eine lebendige Kulturpolitik muss gewährleisten, schaffenden Künstler*innen und
1569 Denker*innen, egal woher sie kommen, eine Plattform des Austauschs zu bieten, die den
1570 freiheitlichen Diskurs und das Beisammensein ermöglicht. Kultur kann ohne integrative Bestandteile
1571 nicht funktionieren.

1572 **Kulturschaffende**

1573 Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich mit Kultur zu tun haben, werden schlecht bezahlt
1574 und arbeiten unter prekären Bedingungen. Frauen und Menschen mit einem anderen kulturellen
1575 Hintergrund sind in den Führungspositionen der Kultureinrichtungen und der Kulturverwaltungen
1576 weit unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt und kulturellen
1577 Entwicklung beitragen könnten. Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei die
1578 leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind.

1579 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

1580 • nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Kunst- und Kulturschaffenden

1581 • geschlechtergerechte Besetzung aller Stellen im Kultursektor, insbesondere bei leitenden
1582 Positionen

1583 • Lohnfairness zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit

1584 • Festanstellung von Künstler*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen

1585 • institutionelle Förderung von Künstler*innen und Kultureinrichtungen, statt ausschließlicher
1586 Projektförderung; kommunale Beratungsangebote zur Projektförderung

1587 • Gleichsetzung der Hochkultur mit der freien Off- und Subkultur bei der Projektförderung

1588 • demokratische Verteilung von Spenden und Sponsorengeldern

1589 **Kulturelle Teilhabe im Sinne einer umfassend inklusiven Kultur für alle Menschen**

1590 Teilhaben an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren für
1591 Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an Kultur
1592 beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken und
1593 entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen. Der Zugang zu Kunst und Kultur ist
1594 individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse sowie soziale und bildungsmäßige Unterschiede
1595 existieren weiterhin.

1596 Kulturelle Bildung beginnt institutionell in den Kinder-Tagesstätten, findet im Schulalltag statt und
1597 begleitet die Bürger*innen in der Erwachsenenbildung und in den Kultureinrichtungen. Sie bietet
1598 einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung. Kulturelle Angebote müssen für
1599 Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein – unabhängig von ihrer sozialen Lage, einer
1600 Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen Herkunft.

1601 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

1602 • kostenfreie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes

1603 • freier Eintritt in Theater und Oper für Leistungsbezieher*innen (SGB II, SGB XII, Rentner*innen)

1604 • kostenfreie musische Förderung von Kindern von Leistungsbezieher*innen über das Bildungs-
1605 und Teilhabepaket und andere Projekte, wie den Kulturrucksack, hinaus

1606 **Kultureinrichtungen und Orte der Erinnerungskultur in Städten und Gemeinden**

1607 Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge in den
1608 Städten und auch in ländlichen Gemeinden zusammengestrichen, obwohl Kultur sich besonders und
1609 unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen, Theater und Museen
1610 müssen mit immer knapper werdenden finanziellen Mitteln auskommen. Daran ändert auch das vom
1611 Land verabschiedete Kulturfördergesetz nichts. Daher ist es eine wichtige Aufgabe linker
1612 Kommunalpolitik, in den Stadt- und Gemeinderäten auf die Bedeutung von Kunst und Kultur für den
1613 Zusammenhalt der Gesellschaft zu verweisen und die erforderlichen finanziellen Mittel zu fordern.

1614 Kultur bestimmt die Art, wie wir leben, unseren privaten Alltag bis zum sozialen Miteinander im
1615 öffentlichen Raum, bestimmt die Gestalt unserer Städte und unsere Vorstellung von menschlichem
1616 Leben, bestimmt, was wir hören, sehen, fühlen und schmecken. Kunst bedeutet Schönheit,
1617 Wahrheit, den Erhalt und die Verwirklichung menschlichen Daseins. Kunst ist frei und darf nicht
1618 politisch instrumentalisiert werden.

1619 Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die
1620 Stadtplanungs- und Integrationspolitik, Bildungs- und Jugendpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik
1621 gleichermaßen betrifft. Sie ist dem Erhalt der schöpferischen Leistungen, aber auch dem Erhalt des
1622 Gedächtnisses der Menschheit, den Archiven, Zentren der Erinnerungskultur und Gedenkstätten
1623 verpflichtet, und sie muss darauf ausgerichtet sein, die Menschen von heute zu ermächtigen, ihre
1624 Leben, ihre Gewohnheiten und ihre Zukunft selbst zu gestalten. Der Förderung von Soziokultur,
1625 selbstverwalteten Bürger*innen- und Jugendzentren, der eigenen kulturellen Betätigung von Laien,

1626 von der Herstellung von Kleidung über Malen und Singen sowie Erzählen der eigenen Geschichte bis
1627 zur Theaterarbeit muss ein breiter Raum und eine große finanzielle Unterstützung gewährt werden.

1628 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

1629 • Erhalt Öffentlicher Bibliotheken, Theatern, Archiven, Museen und städtischer Musikschulen

1630 • Erhalt und institutionelle Förderung von Zentren der Off- und der Soziokultur

1631 • Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von
1632 Leerständen)

1633 • Schaffung von Präsentationsmöglichkeiten für Künstler*innen

1634 • Verhinderung der Streichung von Zuschüssen für örtliche Kunst- und Kulturvereine

1635 • Pflege der Orte der Erinnerungskultur

1636 • Stärkung von Initiativen, die sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen

1637 • Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti

1638 **Thema: Sport**

1639 Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller
1640 Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport über sportliche Betätigung
1641 während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Die Sportvereine sind in den
1642 meisten Kommunen Nordrhein-Westfalens die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Fast 30%
1643 der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne
1644 Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der
1645 Bevölkerung hat. Zudem sind die Förderung von Toleranz und Akzeptanz statt Rassismus und
1646 Ausgrenzung sowie Gewaltprävention für viele Sportvereine wichtige Ziele.

1647 **Die Teilhabe an Sport die wir wollen, ist:**

- 1648 • inklusiv
- 1649 • barrierefrei
- 1650 • demokratisch

1651 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1652 • kommunale Hilfestellungen
- 1653 • eine „Initiative Vereinssport“
- 1654 • transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne
- 1655 • bezahlbare Nutzungsentgelte für Alle

1656 **Was wir dafür brauchen ist eine Kultur- und Sportpolitik, die?**

- 1657 • neben dem Leistungssport auch den Breitensport und besonders die sportliche Bestätigung
1658 von Menschen mit Beeinträchtigungen fördert
- 1659 • die sportliche Betätigung aller Geschlechter fördert und niemanden ausgrenzt
- 1660 • Konzepte für Menschen jeden Alters fördert
- 1661 • Schwimmen als Überlebenstechnik anerkennt

1662 **Was das bringt?**

- 1663 • Förderung der Persönlichkeitsentwicklung
- 1664 • Stärkung des Gemeinschaftssinns
- 1665 • Prävention
- 1666 • Erhalt der Gesundheit

1667 **Was muss dafür getan werden?**

- 1668 • das Ehrenamt muss gestärkt und als gesellschaftlicher Beitrag anerkannt werden

- 1669 • Förderrichtlinien für die Sportvereine müssen gemeinsam mit den Vereinen bzw.
1670 Sportbünden erarbeitet werden
- 1671 • kommunale Sport- sowie Schwimmstätten müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf
1672 aus- oder neu gebaut werden
- 1673 • Kommunen fördern und finanzieren gemeinnützige Gesundheitszentren, die allen zur
1674 Verfügung stehen

1675 **Sport ist Lebensqualität**

1676 Die Kommunen, Landkreise, Städte und Gemeinden haben eine wichtige Aufgabe beim Erhalt der
1677 kommunalen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und
1678 Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden in Privatliga- oder Betriebssport-Teams in
1679 ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem
1680 Menschen möglich sein. Denn Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Gesundheit, Erholung
1681 und Entspannung.

1682 Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport auch
1683 eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und
1684 unterschiedlicher Kulturen. Sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport zeigt sich das deutlich.

1685 Besondere Angebote für Mädchen und Frauen, wie z.B. Mädchenfußball-Teams oder
1686 Selbstverteidigungskurse, sind ein wichtiger Beitrag zu Förderung der Selbstbestimmung. Auch
1687 beteiligen sich Sportvereine an Konzepten und Maßnahmen zur Gewaltprävention.

1688 Es ist deshalb falsch, wenn Kommunen unter dem Druck der Nothaushalte als erstes im
1689 Sporthaushalt zu kürzen versuchen. Darüber hinaus dürfen nicht noch mehr Schwimmbäder
1690 geschlossen werden. Denn Schwimmen zählt nicht nur zu den besonders gesunden Sportarten,
1691 sondern ist auch gleichzeitig Überlebenstechnik.

1692 Insbesondere für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben
1693 sind intakte und moderne Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für LINKE
1694 Kommunalpolitik: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch
1695 einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen.

1696 **LINKE Kommunalpolitik tritt ein für**

- 1697 • bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich
1698 ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten
- 1699 • den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für Alle barrierefrei zugänglich sind
- 1700 • die Förderung der Teilnahme Aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen
1701 Beitrag zur Inklusion leisten
- 1702 • die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport
- 1703 • die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine mit
1704 besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migranten und Menschen mit
1705 Behinderungen

- 1706 • transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne sowie Förderrichtlinien für
1707 die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden
- 1708 • besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern,
1709 Jugendlichen, Migranten und einkommensschwachen Menschen
- 1710 • den Ausbau von Kunstrasenfußballplätzen, wo es noch nicht genügend gibt
- 1711 • kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von
1712 Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund
- 1713 • eine „Initiative Vereinssport“ nach dem Vorbild der Stadt Iserlohn, wo die Stadt für jedes Kind,
1714 das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sportverein übernimmt
- 1715 • die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial
1716 wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche
1717 Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u.a. der Kilometerpauschale)
- 1718 • die Förderung der Einrichtung und des Erhalts von Anlagen und Flächen für Trendsportarten
1719 wie Skaten oder Parcours
- 1720 • Erhalt, Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten, die sowohl präventiv als auch die
1721 gewaltbereite aktive Fanszene begleitend arbeiten, in Kooperation mit den entsprechenden
1722 Sportvereinen

1723 **Kinder- und Jugendpolitik**

1724 Die Armut von Kindern und Jugendlichen verharrt seit Jahren auf einem hohen Niveau. In NRW leben
1725 fast 570.000 Kinder und Jugendliche von Hartz IV, 800.000 leben unter der Armutsgrenze. In kaum
1726 einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbst
1727 bestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen. Deswegen ist
1728 eine gute soziale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit zu
1729 ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen. Aber daran mangelt es.

1730 **Die Kinder- und Jugendpolitik, die wir brauchen, ist:**

- 1731 • am Kindeswohl orientiert
- 1732 • dem Kampf gegen Kinderarmut verpflichtet
- 1733 • eine Politik für die gesamte Familie

1734 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1735 • genügend Kitas, möglichst gebührenfrei
- 1736 • Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen
- 1737 • gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten

1738 **Was wir dafür brauchen sind Konzepte, die**

- 1739 • den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Familien garantieren
- 1740 • Familien mit geringem oder keinem Einkommen unterstützen
- 1741 • Kindern und Jugendlichen Zukunftsperspektiven bieten
- 1742 • eine gute Lebensgrundlage für Familien an ihrem Wohnort schaffen

1743 **Was das bringt?**

- 1744 • bessere Chancen, Teilhabe und Gesundheit für alle Kinder und Jugendliche
- 1745 • Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile sowie Alleinerziehende

1746 **Was muss dafür getan werden?**

- 1747 • es müssen ausreichend öffentlich-geförderte Kita- und U3-Betreuungsplätze geschaffen
1748 werden
- 1749 • Tagespflege-Personen müssen besser qualifiziert werden
- 1750 • die Erzieher*innen-Ausbildung in städtischen Berufskollegs muss ausgebaut werden
- 1751 • Praktikumsplätze im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des Anerkennungsjahres
1752 müssen eingerichtet werden
- 1753 • ein Sozialpass für einkommensschwache Familien muss eingeführt werden

1754 • mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit müssen aufgelegt
1755 werden

1756 • kostenlose und ganztägige Freizeit- und Ferienangebote der Städte und Gemeinden für
1757 Kinder in den Schulferien und darüber hinaus müssen vorgehalten werden

1758 • Beratungsangebote müssen erhalten bleiben

1759 **LINKE Kitapolitik bedeutet: „Gute, gebührenfreie Kitas für alle“**

1760 In den Kommunen entscheiden die Jugendhilfe-Ausschüsse und Gemeinderäte über die kurz-, mittel-
1761 und langfristige Ausbauplanung der Kindertages-Betreuung, über neue Kitas, neue Kita-
1762 Trägerschaften, die Ausgestaltung von Tagespflege u.v.m. Außerdem sind sie Träger von
1763 Berufskollegs, welche die händierend gesuchten Erzieher*innen ausbilden, die in ihren
1764 gemeindeeigenen Kitas auch Praktikumsplätze im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung
1765 anbieten können.

1766 Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem
1767 Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Steigende
1768 Geburtenraten haben vielerorts dazu geführt, dass die Betreuungsquoten trotz des U3-Platzausbaus
1769 stagnieren oder sogar rückläufig sind. Gerade für Unter-Dreijährige gibt es zu wenige Kita-Plätze, der
1770 Ausbau stockt, besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen abgespeist. Viele
1771 Eltern wünschen sich anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe
1772 sind die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung.

1773 **Die LINKE tritt ein für**

1774 • öffentlich geförderte, wohnortnahe und gut ausgestattete Kita-Plätze für alle Kinder, deren
1775 Eltern das wünschen, von Anfang an

1776 • den Ausbau von U3-Plätzen vor allem in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die
1777 Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen

1778 • Kita-Neubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine
1779 Grundstücksvergabe stattfinden sollte. Kitagebäude sollten der Kommune gehören. Teure
1780 Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand

1781 • ausreichend öffentlich-geförderte Kitaplatze insbesondere in kommunaler Trägerschaft. Zwar
1782 ist auch eine Trägervielfalt wünschenswert, Kriterien der U3-Platzvergabe müssen aber
1783 transparenter gemacht werden.

1784 • den Ausbau der Erzieher*innen-Ausbildung in städtischen Berufskollegs und die Einrichtung
1785 von Praktikumsplätzen im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des
1786 Anerkennungsjahres

1787 • der Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung gilt unabhängig vom Erwerbstatus der
1788 Eltern, dem Elternwunsch ist möglichst zu entsprechen. Erwerbslose Familien systematisch auf
1789 25-Std.-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist keine
1790 Lösung

1791 • für inklusive Kitas muss die Versorgung mit multiprofessionellen Teams mit Therapeut*innen
1792 langfristig gesichert sein

- 1793 • eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien
1794 öffentlichen Kindertagesbetreuung
- 1795 • die Abschaffung von Kita-Beiträgen landesweit. Solange dies nicht realisiert ist, wollen wir eine
1796 landesweite Beitragssatzung, die Kinder Erwerbsloser, Alleinerziehender, Geflüchteter und
1797 Geringverdiener beitragsfrei stellen und erst bei mittleren Einkommen einsetzen. Solange auch
1798 dies nicht verwirklicht ist, sollten die kommunalen Beitragssatzungen erst bei mittleren
1799 Einkommen einsetzen.

1800 Die Tagespflege verkommt vielerorts zu einer „Billiglösung“, auf die Kommunen im Zuge des U3-
1801 Ausbaus setzen, wenn neue Kitas zu teuer oder wegen fehlender Grundstücke nicht realisierbar sind.
1802 Sie ist für Eltern mancherorts teurer und weniger verlässlich (wenn Tagespflegepersonen krank
1803 werden), nicht immer der Entwicklung von Kindern förderlich und kann Kindeswohlgefährdung
1804 begünstigen, wenn Überforderungssituationen entstehen. Für die Tagesmütter und -väter stellt
1805 Tagespflege eine häufig unterbezahlte, selbstständige und wenig zukunftsplanbare Arbeit dar.
1806 Besonders Großtagespflegen werden als Dumping-Kitas ohne Qualitätsstandards vielerorts
1807 ausgebaut, zumal Außenflächen und Fachkräftegebote dort nicht nötig sind. Besonders
1808 problematisch sind die Qualifikationsvoraussetzungen: Nötig für eine Tagespflegeerlaubnis ist nur
1809 eine 160-stündige Ausbildung, Fortbildungen sind nicht verpflichtend. Die insgesamt schlechten
1810 Rahmenbedingungen schlagen sich häufig auf die Betreuungsqualität nieder zu Lasten der Förderung
1811 der U3-Kinder. Die meisten Eltern wünschen sich aus diesen Gründen einen Kita- und keinen
1812 Tagespflegeplatz.

1813 **Die LINKE setzt sich vor Ort ein für**

- 1814 • den Ausbau von wohnortnahen Kita-Plätzen und ggf. den Rückbau von Tagespflegeplätzen
1815 entsprechend der Elternwünsche
- 1816 • die Anhebung von Qualifikationsstandards in der Tagespflege sowie den verbindlichen Einsatz
1817 von Fachkräften in Großtagespflegen
- 1818 • die Qualifikation von Tageseltern ist erheblich auszubauen und die fachliche Begleitung der
1819 Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger ist zu verbessern
- 1820 • private Zuzahlungen der Eltern müssen von den Kommunen unterbunden und Tageseltern
1821 existenzsichernd entlohnt werden

1822 **Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und Familien**

1823 Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert.
1824 Neben der traditionellen Familiendefinition leben Kinder und Jugendliche in Patchwork-Familien,
1825 eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden,
1826 die mit Kindern in gleichem Haushalt leben, ist stark gestiegen. In Großstädten NRWs lebt jedes
1827 dritte Kind in einer Familie mit Migrationshintergrund – in einzelnen Stadtteilen jedes zweite. Wir
1828 sehen in diesen vielfältigen Formen von Familien eine Bereicherung für das Zusammenleben.

1829 Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen
1830 Lebenssituationen gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung,
1831 Freizeit- und Sportmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven.

1832 Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz IV-Leistungen leben, ist mit rund 20%
1833 landesweit und bis zu 33% in einzelnen Ruhrgebietskommunen skandalös hoch – hinzu kommen jene
1834 Kinder aus Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug oder von sogenannten Aufstocker*innen.

1835 Kinder aus armen Verhältnissen sind vom frühen Kindesalter an benachteiligt und haben vielfach
1836 höhere Risiken, so dass man auch von Kinderarmut als struktureller Kindeswohlgefährdung sprechen
1837 kann. Ein Hauptziel der Kinder- und Jugendpolitik muss daher die präventive Bekämpfung der
1838 Kinderarmut vor Ort werden. Dabei zählen Taten und nicht Lippenbekenntnisse.

1839 Statt einer Familienpolitik vor allem für Gutverdienende stehen für uns die Familien im Mittelpunkt,
1840 die kein oder nur ein geringes Einkommen haben. Wir wollen diese Familien schützen vor Armut
1841 jeglicher Art. Dies bedeutet für uns auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Jede Familie muss
1842 die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern Ausflüge zu machen. Nur so können Kinder, unabhängig
1843 vom Geldbeutel der Eltern, gleichberechtigt mit anderen aufwachsen.

1844 Wir LINKE setzen uns daher ein für eine verbesserte Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung
1845 durch den Ausbau der Krippen, Kitas und Ganztageschulen. DIE LINKE vor Ort kämpft für einen
1846 Sozialpass, damit künftig mehr Familien und Alleinerziehende mit ihren Kindern günstigere
1847 Eintrittspreise in vielerlei Einrichtungen in Anspruch nehmen können.

1848 **Um für Familien mit Kindern eine gute Lebensgrundlage an ihrem Wohnort zu schaffen, setzt sich**
1849 **DIE LINKE ein für:**

- 1850 • einen Sozialpass, der Familien die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in ihrer Stadt
1851 ermöglicht
- 1852 • kostenlose und ganztägige Freizeitangebote der Städte und Gemeinden für Kinder in den
1853 Schulferien und darüber hinaus, damit Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
1854 erleichtert wird
- 1855 • mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder, die unter
1856 den schwierigen Lebensbedingungen einer Familie oder eines alleinerziehenden Elternteils in
1857 der Grundsicherung aufwachsen
- 1858 • ein ausreichendes Angebot an gutem und bezahlbarem Wohnraum für Familien
- 1859 • eine Wohnumfeld-Gestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen
1860 und bedarfsgerechten Spielplätzen. Mittel für Stadtentwicklung, Spielplatzausbau und Grün-
1861 und Freiflächen müssen v.a. in benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen
- 1862 • den Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten für Familien;
- 1863 • den Erhalt und den Ausbau von Familienberatungsstellen und der Erziehungshilfe
- 1864 • Hilfen zur Erziehung unabhängig von Haushaltssperren und -deckeln, insbesondere präventive
1865 Angebote wie Beratung für Kinder und Jugendliche ausbauen statt kürzen
- 1866 • zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und
1867 Beratungsangeboten
- 1868 • die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den
1869 steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle
- 1870 • den Erhalt oder Ausbau der Beratungsstellen der „frühen Hilfen“ um Prävention leisten zu
1871 können und horrenden Folgekosten im Sozialbereich nachhaltig zu sparen

1872 **Teilhabe und Gesundheit für alle Kinder und Jugendlichen**

1873 Kinder- und Jugendgesundheit für alle zu fördern, ist eine öffentliche Aufgabe. Kinder mit
1874 chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung,
1875 um ihr Recht auf Persönlichkeitsentfaltung, Bildung, Freizeit und Kultur wahrnehmen zu können.
1876 Zudem ist Armut mit vielen schwerwiegenden gesundheitlichen Risiken verbunden, wovon in
1877 besonderer Weise Kinder betroffen sind. In Nordrhein-Westfalen lebt fast jedes vierte Kind unterhalb
1878 der Armutsgrenze. DIE LINKE tritt dafür ein, dass diese Kinder auch gesundheitlich nicht
1879 zurückbleiben müssen, denn sie tragen erhöhte Gesundheitsrisiken.

1880 Die Hartz IV-Regelsätze reichen bei weitem nicht aus, um Kindern und Jugendlichen die
1881 gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft (Kino, Sportveranstaltungen und vieles mehr) zu
1882 ermöglichen. Krankheitskosten sind nicht vorgesehen, gesunde Ernährung ist faktisch nicht
1883 finanzierbar. Folgen der Armut sind häufig gesundheitliche Probleme, hürdenreiche Bildungszugänge
1884 und gesellschaftliche Isolation. Die Entwicklungschancen armer Kinder werden damit massiv
1885 eingeschränkt. Gesundheitsdienste sollten in Schulen und Kitas generell zur Verfügung stehen. Das
1886 Ziel sollte sein, auf diese Weise präventiv über mögliche Erkrankungen zu informieren und
1887 sensibilisieren.

1888 **Was tun?**

- 1889 • breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung
- 1890 • öffentlich finanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen
- 1891 • Angebot von Lebensmitteln aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalem
1892 Anbau in Kitas und Schulen sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung
1893 anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVA's)
- 1894 • Angebot von täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü in allen öffentlichen
1895 Einrichtungen
- 1896 • mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention und therapeutische Maßnahmen für
1897 suchtmittelkonsumierende Kinder und Jugendliche
- 1898 • strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe
- 1899 • Aufbau eines Schul- und Kita-Gesundheitsdiensts, in dem Fachkräfte Kinder mit
1900 gesundheitlichen Problemen unterstützen, bei Entwicklungshindernissen präventive
1901 Maßnahmen nach Beratung und Hilfestellung für die Eltern Präventionsangebote einleiten

1902 **Für die Rechte der Jugend!**

1903 Kinder und Jugendliche besitzen wie junge Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf
1904 Teilhabe. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen vernachlässigt,
1905 Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders
1906 präventive Angebote wie dringend benötigte Jugendzentren sind von kommunaler Kürzungspolitik
1907 bedroht. DIE LINKE tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in den Kommunalgremien entgegen, um
1908 gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten für alle Kinder und Jugendliche zu
1909 erhalten.

1910 Kinder und Jugendliche brauchen partizipativ gestaltbare Freiräume und nicht-kommerzielle Spiel-,
1911 Sport- und Freizeitgelegenheiten. Dennoch fallen solche lebensweltlich orientierten und präventiv
1912 wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten häufig dem Sparzwang zum Opfer. Gerade Kinder
1913 und Jugendliche aus armen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung massiv benachteiligt. Die

1914 Politik vor Ort berücksichtigt immer weniger ihre Bedürfnisse und entscheidet an ihnen vorbei. Dabei
1915 sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich wohnortnahe
1916 kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendliche unverzichtbar.

1917 **Die LINKE tritt ein für:**

1918 • die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen.
1919 Selbstverwaltete Räume (Alternative- und Jugendzentren) wollen wir stärken. Entsprechende
1920 Angebote sollen ausreichende Sach- und Personalausstattung mit mehr Struktur- und weniger
1921 Projektförderung erhalten. Jede Stadt und größere Gemeinde sollte ein entsprechendes
1922 Angebot vorhalten

1923 • die besondere Förderung von (barrierefreien) Spielplätzen in sozial belasteten Gebieten, die
1924 von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden. Dies schließt auch Freiflächen
1925 als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche, außerschulische Lernorte und die Öffnung aller
1926 Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume ein

1927 • Erhalt und Ausbau von Streetwork und Angeboten der mobilen Jugendarbeit

1928 • die Nutzung von Sportplätzen und -hallen sowie Schwimmbädern unabhängig von einer
1929 Vereinszugehörigkeit. Kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei
1930 nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben

1931 • einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen
1932 Parlamenten und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen
1933 Entscheidungen

1934 • das Herabsenken des Wahlalters bei Bürgerbegehren und -entscheiden sowie
1935 Kommunalwahlen auf 14 Jahre

1936 • ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen wie
1937 kostenlose Probe- und Versammlungsräume sowie gebührenfreier Zugang zu technischem
1938 Equipment und Musikinstrumenten

1939 • bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im
1940 Kinder- und Jugendförderplan

1941 • kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Angeboten

1942 • kostenlose Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der Entfernung
1943 zwischen Schule und Wohnort

1944 • eine zehnprozentige Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltungen einschließlich
1945 Übernahmegarantie, Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen

1946 • die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der
1947 örtlichen Stellen wie Berufsschulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und
1948 Stadtverwaltung. Jobcenter sollen sich verpflichten, den Auszug von Jugendlichen unter 25
1949 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft generell zu genehmigen.

1950 **Thema: Senior*innenpolitik**

1951 Hohe Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Um den Chancen
1952 der gewonnenen Jahre gerecht zu werden, kommt es auch darauf an, die räumlichen
1953 Rahmenbedingungen für eine älter werdende Bevölkerung bedarfsgerecht auszugestalten und die
1954 Alten zu motivieren, sich aktiv an der Gestaltung ihres räumlichen Umfeldes zu beteiligen. Dies
1955 betrifft alle Ebenen: Die Region, die Gemeinde, das Viertel, das Wohnumfeld und die Wohnung.
1956 Dabei geht es nicht nur darum, ältere Menschen in die Gestaltung ihres Lebensraumes
1957 einzubeziehen, sondern auch darum, ihre Kenntnisse zum Nutzen des Gemeinwesens zu aktivieren.
1958 Die kommunale Ebene bietet dazu eine Fülle von Ansätzen und Erfahrungen.

1959 **Die Senior*innenpolitik, die wir wollen, ist:**

- 1960 • bedarfsgerecht
- 1961 • ent-diskriminierend
- 1962 • solidarisch

1963 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1964 • die Gemeinde für alle Generationen
- 1965 • die Stadt der kurzen Wege
- 1966 • Wahlfreiheit

1967 **Was wir dafür brauchen sind demografische Konzepte, die**

- 1968 • der Trennung der Generationen entgegenwirken
- 1969 • den Senior*innen die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben weiter ermöglichen
- 1970 • eine eigenständige Lebensgestaltung bis ins hohe Alter gewährleisten

1971 **Was das bringt?**

- 1972 • mehr inter-generationeller Austausch
- 1973 • mehr Lebensqualität im Alter
- 1974 • Alternssensibilität in allen Bevölkerungsgruppen

1975 **Was muss dafür getan werden?**

- 1976 • Nahversorgungsangebote müssen flächendeckende niedrigschwellig und bedarfsgerecht sein
- 1977 • Mobilität muss fahrscheinlos und barrierefrei nutzbar gemacht werden
- 1978 • Servicebrücken zwischen Jugend und Alter müssen auf kommunaler Ebene institutionalisiert
1979 werden
- 1980 • das Lebensumfeld muss bedarfsgerecht gestaltet werden

1981 • Wohnprojekte für Senior*innen-Wohngemeinschaften müssen gefördert werden

1982 • Mehrgenerationen-Häuser müssen gefördert werden

1983 Die Kommunen benötigen insgesamt mehr Sensibilität für die Anforderungen, die das Altern mit sich
1984 bringt. Eine solche Alternssensibilität wird zunehmend zu einem Faktor, der Attraktivität und
1985 Zukunftschancen von Kommunen mitbestimmt.

1986 **Gutes Leben und Gesundheit im Alter für alle Senior*innen**

1987 Die Altersarmut nimmt auch in NRW in einem erschreckenden Ausmaß zu. Jede zweite Rente in
1988 Deutschland liegt unter 900 € vor Steuern nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung, wie eine
1989 kleine Anfrage von DIE LINKE ergab. Nach wie vor fehlt bei der Mütterrente noch ein halber
1990 Rentenpunkt pro Kind für Kinder, die vor 1992 geboren wurden. Der durchschnittliche Zahlbetrag
1991 der Altersrenten nach mindestens 35 Versicherungsjahren beträgt in NRW 1.467 € für Männer und
1992 1.009 € für Frauen abzüglich der Kranken- und Pflegeversicherung. Damit hat NRW die größte
1993 Differenz aller Bundesländer bei den Bruttorenten zwischen Männern und Frauen. Die Unterschiede
1994 sind durch zahlreiche Gründe erklärbar wie z.B. Kindererziehungszeiten, fehlende Kitaplätze, Pflege
1995 von Angehörigen, Teilzeit, geringere Löhne u.v.m. Offenbar ist das Bild vom Mann als Haupternährer
1996 der Familie noch immer wirksam.

1997 Deutschland ist weltweit Schlusslicht in der Alterssicherung von Geringverdienenden. Umso
1998 wichtiger ist es, für einen politischen Kurswechsel zu streiten und vor Ort Alternativen aufzuzeigen
1999 und umzusetzen. Die Lebenserwartung vieler Menschen steigt zwar, wird aber nach wie vor von
2000 sozialen Unterschieden geprägt. Menschen mit geringem Einkommen oder in prekären
2001 Beschäftigungsverhältnissen haben in Deutschland eine geringere Lebenserwartung als sozial besser
2002 gestellte Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommt, dass die Armutsgefährdung von Menschen über 65
2003 Jahren zunimmt und aktuell bei 17,7 % liegt. Die wachsende Zahl der von Armut betroffenen
2004 Menschen, insbesondere in den Ballungszentren, kann von den überwiegend unterfinanzierten
2005 Kommunen nicht bewältigt werden. Statt Service-Leistungen auszubauen, bleiben Stellen unbesetzt.
2006 Ehrenamtliches Engagement kann diese Lücke nur sehr unzureichend schließen, um so ein "gutes
2007 Leben" im Alter sicherzustellen. Wer eine gute städtische Infrastruktur für alle Menschen haben will,
2008 der muss sie auch finanzieren können und wollen. Die Städte und Gemeinden für diese Zwecke mit
2009 ausreichenden finanziellen Mitteln auszurüsten, sollte zu den vordringlichsten sozialen Aufgaben des
2010 Bundes gehören.

2011 **In der alternden Bevölkerung die gesellschaftlich-demografische Dynamik nutzen**

2012 „Steigende Lebenserwartung bedeutet mehr Krankheit und Pflege?“ Falsch! Die Gesundheit der
2013 Bevölkerung kann nicht nur anhand der Lebenserwartung beurteilt werden. Gesundheitliche
2014 Einschränkungen und chronische Behinderungen im Alter haben im Vergleich zu früheren Jahren
2015 abgenommen. Ein Schlaganfall oder Herzinfarkt werden dank des medizinischen Fortschritts heute
2016 häufiger überlebt. Beeinträchtigungen durch diese Erkrankungen werden seltener, und sie können
2017 mit modernen technischen und medizinischen Hilfsmitteln besser ertragen werden. Insgesamt hat
2018 das Risiko, pflegebedürftig zu werden, in Deutschland abgenommen und wird in den kommenden
2019 Jahren und Jahrzehnten weiter abnehmen, entgegen anderslautender Behauptungen.

2020 Das Ziel muss sein, das Verhältnis der Generationen produktiv, gerecht und solidarisch zu gestalten,
2021 der Trennung der Generationen entgegenzuwirken und eine Situation herbeizuführen, in der die
2022 Angehörigen unterschiedlicher Altersgruppen den unterschiedlichen Stärken der Lebensphasen
2023 entsprechende Beiträge zum gesellschaftlichen Leben einbringen und ihr Leben dementsprechend
2024 gestalten können. Dazu bedarf es einer entsprechend ausgerichteten Arbeits-, Beschäftigungs- und

- 2025 Gesundheitspolitik. So kann die demografische Alterung zur gesellschaftlichen Dynamik, der
 2026 notwendigen Erneuerung beitragen. Das gelingt, wenn die Betroffenen für sich selbst sprechen
 2027 können.
- 2028 Grundsätze der nachhaltigen Regional- und Stadtentwicklung sollen nicht die spezifisch
 2029 „altersgerechte“, sondern die „alternssensible“ Stadt und Region als Leitziel der Stadtentwicklung
 2030 sein: Die Gemeinde für alle Generationen. Dazu zählen die „Stadt der kurzen Wege“
 2031 (Multifunktionalität), ein dichtes Netz des öffentlichen Personennahverkehrs, Bürgerbus (Mobilität)
 2032 und Barrierefreiheit (Zugänglichkeit).
- 2033 Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung älterer Menschen in Arbeit, Politik und
 2034 Gesellschaft sind dringend erforderlich. Sie müssen dafür sorgen, dass die Einladung an die
 2035 wachsende Zahl älterer Bürger*innen sich weiterhin am wirtschaftlichen und sozialen Leben zu
 2036 beteiligen, glaubwürdig wird.
- 2037 Die Chancen der einzelnen Person bis ins hohe Alter zur Selbstverwirklichung und zur eigenständigen
 2038 Lebensgestaltung müssen verbessert werden.
- 2039 **Was tun?**
- 2040 • Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben in vollem Umfang gerecht werden
 2041 können
- 2042 • Leitbild für Stadt- und Gemeindeentwicklung „Ort der kurzen Wege“: Förderung der Mobilität
 2043 durch gut ausgebauten fahrscheinlosen ÖPNV, Bürgerbusse
- 2044 • Lebensumfeld bedarfsgerecht gestalten, Barrierefreiheit auf allen Fußwegen
- 2045 • Ausleuchtung von Wegen zur Vermeidung von Angst, angepasste Mobilitätshilfen (technische
 2046 Assistenzsysteme)
- 2047 • flächendeckend niedrigschwellige und bedarfsgerechte Nahversorgungsangebote, die eine
 2048 selbständige Lebensführung im Alter unterstützen.
- 2049 • Wahlfreiheit beispielsweise zum Verbleib im gewohnten Wohnumfeld
- 2050 • bedarfsgerechter (barrierefreier) Bau und Ausbau von Wohnformen, die selbständiges Wohnen
 2051 bei körperlichen Einschränkungen ermöglichen
- 2052 • Förderung von bezahlbaren Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften und von
 2053 Mehrgenerationenhäusern
- 2054 • passgenaue Bewegungs- und Rehabilitationsangebote
- 2055 • Unterstützung der zentralen Funktion des Hausarztes zur Verbesserung der Gesundheit
 2056 (regelmäßige Kontrolle von Blutdruck, -fettwerten, -zucker, Risikofaktoren und pathologische
 2057 Veränderung frühzeitig erkennen und behandeln
- 2058 • strukturell verankerte Förderung nachbarschaftlichen Engagements, Selbsthilfe-
 2059 Organisationen, des ehrenamtlichen Bereichs (Politik, Sport, Kultur u.v.a.)

- 2060 • institutionalisierte Ansprech- und Koordinationspersonen vor Ort wie z.B. durch
2061 Ombudspersonen in Wohnquartieren, was ein Schutz vor kriminellen Übergriffen und
2062 betrügerischen Machenschaften sein kann
- 2063 • Schaffung, Erhalt und Ausbau von inter-generationalen Projekten wie der „Taschengeld-Börse“
- 2064 Erforderlich ist, die immer noch in unseren Köpfen und in der Öffentlichkeit lebendigen Bilder von
2065 herkömmlichen Lebenswegen und von einem einseitig negativ geprägten Altern zu verändern. Denn
2066 solche Bilder sind enorm einflussreich, wenn es um unsere Lebensplanung und um unsere
2067 Lebensentscheidungen geht. Sie prägen das, was sich Menschen zutrauen, und haben sehr starken
2068 Einfluss auf tatsächliche Leistungsfähigkeit und Lebenszufriedenheit, ja sogar auf die Lebensdauer
2069 selbst.

2070 **Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter**

2071 Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen
2072 gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der
2073 öffentlichen Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.
2074 Benachteiligungen wie der nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der
2075 geringe Anteil von Frauen in Positionen mit Entscheidungsmacht, sexistische Behandlung und
2076 Menschenrechtsverletzungen sind kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher
2077 Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden müssen. Deshalb reicht Gleichstellung allein uns
2078 nicht aus.

2079 **Die Geschlechtergerechtigkeit, die wir wollen:**

- 2080
- geht die ganze Gesellschaft etwas an
- 2081
- betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transmenschen und Intersexuellen
- 2082 gleichermaßen

2083 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2084
- ein gleichberechtigtes Gesellschaftsmodell
- 2085
- Aufklärungsarbeit in Bildungseinrichtungen

2086 **Was wir dafür brauchen ist ein Gesellschaftsmodell, das**

- 2087
- kein Geschlecht und keine sexuelle Orientierung als Norm betrachtet
- 2088
- die bisherigen patriarchalischen Herrschaftsstrukturen überwindet
- 2089
- die Sozialsysteme solidarisch anpasst
- 2090
- professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen aufwertet

2091 **Was das bringt?**

- 2092
- eine offene und tolerante Gesellschaft
- 2093
- eine gerechte Aufteilung bezahlter und unbezahlter Tätigkeiten
- 2094
- eine gesicherte Existenz außerhalb einer Partnerschaft sowie im Alter
- 2095
- eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Pflege

2096 **Was muss dafür getan werden?**

- 2097
- die Kommune muss mit gutem Beispiel vorangehen
- 2098
- Frauen- und Mädchenprojekte sowie Frauenhäuser müssen erhalten werden
- 2099
- sichere Treffpunkte für Mädchen und junge Frauen sowie für Lesben, Schwule, Trans- und
- 2100 Interpersonen müssen gefördert werden

2101 • Gleichstellungsbeauftragte müssen gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt werden

2102 • Diskriminierung von Frauen und der LGBTIQ-Gemeinde muss durch Weiterbildung und
2103 Aufklärung entgegengewirkt werden

2104 Unsere Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen
2105 allein bequeme Chefsessel erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen
2106 unbearbeitet bleiben. Genau so wenig wollen wir, dass alle Menschen aller Geschlechter
2107 Niedriglohnjobs mit gleicher, mieser Bezahlung übernehmen „dürfen“.

2108 **Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben**

2109 Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eigenständiges Bestimmen über vorhandene Zeit: für
2110 Erwerbsarbeit, Familie, Bildung und kulturellen Austausch – aber auch für politisches Engagement,
2111 ausreichende Erholung und Zeit für sich selbst. Das setzt einen der Tätigkeit angemessenen,
2112 existenzsichernden Lohn oder ein Einkommen voraus, das ein würdevolles Leben sichert und darüber
2113 hinaus ein anderes Gesellschaftsmodell.

2114 Der sofortige und nachhaltige Einstieg in eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen
2115 Tätigkeiten ist durch konkrete politische Maßnahmen zu gewährleisten. Wir dürfen nicht länger
2116 hinnehmen, dass die geringe Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der
2117 Rentenberechnung weiterhin zu Armutsrenten für Frauen beiträgt. In unseren Sozialsystemen ist
2118 eine veraltete und auf den Klischee-Mann bezogene Erwerbsbiografie von 45 Jahren Vollzeitarbeit
2119 der Maßstab. Damit werden die realen Lebenswege von Frauen und Männern in der heutigen Welt
2120 ignoriert und weggelogen – und damit Solidarität und Emanzipation verhindert. Eine Neubewertung
2121 kann nachhaltig angeschoben werden, indem alle bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten gerecht
2122 zwischen den Geschlechtern und zwischen Erwerbslosen und Vollzeiterwerbstätigen aufgeteilt
2123 werden.

2124 Der erste mögliche Schritt in diese Richtung ist eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf
2125 zunächst 30 Wochenstunden, hin zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht
2126 nur der volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern, und es
2127 müssen vielfältige familien- und bildungsfreundliche Arbeitszeitmodelle etabliert werden.

2128 • Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Ungerechtigkeit, dass in
2129 NRW Frauen um 23 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu beseitigen.

2130 • Der Gesetzgeber muss Tarifpartner gesetzlich verpflichten, Tarifverträge nach
2131 geschlechtergerechten Kriterien zu überarbeiten.

2132 • Die Einführung der 50-Prozent-Quote für den öffentlichen Dienst muss vom Gesetzgeber
2133 umgehend auf allen Ebenen und in allen Gehaltsgruppen (auch in Aufsichtsräten,
2134 Führungspositionen) eingeführt und in den Kommunen real umgesetzt werden.

2135 • DIE LINKE fordert ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen, in denen
2136 Frauen, Männer oder andere Geschlechter in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung
2137 benachteiligt sind, müssen verbindliche Gleichstellungsmaßnahmen einführen.

2138 • Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege)
2139 müssen durch eine würdige Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

2140 • Für alle von Mehrfachdiskriminierung Betroffenen sind verbindliche Maßnahmen erforderlich,
2141 um diese Diskriminierungen aufzuheben.

2142 • Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Lebenssituation ist zu garantieren.

2143 **Sicherheit vor Gewalt und Gewaltprävention**

2144 Der Schutz von Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss auf
2145 kommunaler Ebene garantiert sein. Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und
2146 Gefährdungssituationen durch Stellen wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie
2147 Beratungsstellen muss sichergestellt sowie unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.
2148 Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Stellen unabhängig vom körperlichen Zustand,
2149 Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation von Betroffenen zugänglich sind. Eine bundeseinheitliche
2150 Finanzierung ist dafür unerlässlich, und diese Finanzierung muss auf kommunaler Ebene zuverlässig
2151 verteilt werden. Kommunen müssen entsprechende Zuschüsse gewährleisten. Opfer von
2152 Zwangsheiraten bedürfen besonderer Hilfe.

2153 • Schutz- und Hilfseinrichtungen sind einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich zu
2154 finanzieren. Das weit verbreitete und unzulängliche Finanzierungsmodell von Hilfsangeboten
2155 über Tagessätze muss endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist
2156 Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese
2157 Forderungen sind längst Bestandteil internationaler Abkommen, welche die Bundesrepublik
2158 Deutschland ratifiziert hat, und für die sie in der Pflicht steht.

2159 • Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und
2160 Ämter für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz
2161 einheitlich umgesetzt wird. Besondere Aufmerksamkeit muss dem Umgangs- und Sorgerecht
2162 gelten, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von Gewalt betroffen sind.

2163 • Alle Formen von Gewalt sind öffentlich zu verurteilen, und hinsichtlich der gesellschaftlichen
2164 Ursachen muss Aufklärung geleistet werden. Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen in
2165 unterschiedlichsten Medien muss konsequent angeprangert und gesellschaftlich bekämpft
2166 werden

2167 **DIE LINKE fordert:**

2168 • die ausdrückliche Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten

2169 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Mädchen und junge Frauen

2170 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen

2171 • ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen
2172 Fragen

2173 • besondere Maßnahmen zur gerechten Unterstützung Alleinerziehender aller Geschlechter vor
2174 Ort, unter anderem bei Wohnungsbeschaffung

2175 • Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall

2176 • die Weiterentwicklung des von rechts diffamierten Prinzips Gender-Mainstreaming mit
2177 entsprechenden Zielvorgaben

- 2178 • die Einführung des Gender-Budgets nach den Kriterien sozialer Gerechtigkeit, der
2179 Geschlechtergerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit
- 2180 • die Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung
- 2181 • die Einrichtung eines Frauenausschusses mit Beteiligungs- und Kompetenzrechten gegenüber
2182 Rat, Bezirksvertretung und Verwaltung
- 2183 • den Ersatz von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den kommunalen
2184 Verwaltungen
- 2185 • die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in den
2186 Verwaltungen
- 2187 • die systematische Förderung von Frauen und eine Selbstverpflichtung der Räte, Frauen in
2188 kommunalen Verwaltungen tatsächlich zu befördern
- 2189 • die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen nach Ausfällen
- 2190 • flächendeckende Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen,
2191 unabhängig von ihrer finanziellen Situation
- 2192 • Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlung, ggf. Kostenübernahme durch die Kommune
- 2193 • Begleitpersonal im öffentlichen Nahverkehr, das Sicherheit und Hilfe bietet, insbesondere in
2194 den dunklen Stunden
- 2195 • eine sichere Stadt (Beleuchtung, Wege, sichere Parkplätze, Notrufeinrichtungen...)
- 2196 **Homophobie und Ausgrenzung von LGBTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transpersonen,**
2197 **Intersex-Personen, andere queere Identitäten) bekämpfen**
- 2198 Geschlechtergerechtigkeit betrifft und hilft nicht nur Frauen, sondern allen Menschen, die aufgrund
2199 ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam
2200 angegriffen werden. Wissenschaftliche und statistisch belastbare Studien belegen, dass Offenheit
2201 und Aufklärungsstand an Schulen, was homosexuelle Partnerschaften und geschlechtliche
2202 Identitäten betrifft, rückläufig sind.
- 2203 Noch immer haben Menschen des LGBTIQ*-Spektrums gesetzlich nicht die gleichen Rechte und
2204 Möglichkeiten wie heterosexuelle Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen
2205 bei der Geburt von Eltern und Medizin zugewiesen wurde.
- 2206 Wir, DIE LINKE, kämpfen für eine echte Gleichstellung aller Menschen. Niemand darf aufgrund der
2207 eigenen Sexualität oder des eigenen Geschlechts diskriminiert werden. Damit das aber klappt, bedarf
2208 es dringender Aufklärung, Beratung und Hilfe in der Bevölkerung. Wir wollen, dass Aufklärungsarbeit
2209 schon in der Schule stattfindet – dort, wo die Vorurteile ihren Nährboden finden und sich für das
2210 ganze Leben verfestigen. Wir wollen, dass queere Jugendliche Hilfe in der Schule oder Kommune
2211 finden. Und dass diese Hilfe auch den Eltern oder Sorgeberechtigten zur Verfügung stehen muss.
- 2212 **DIE LINKE will:**
- 2213 • eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in Schulen und
2214 Berufsschule

- 2215 • Coming-Out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung in Sachen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
2216 und Selbstbestimmung
- 2217 • Jugendlichen durch qualifizierten Unterricht die Möglichkeit geben, sich ein authentisches und
2218 eigenes Bild zu machen, Stereotype auszuräumen und somit den Abbau von Diskriminierung
2219 sowie Mobbing fördern. Dies gilt für Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren und andere
2220 Bildungseinrichtungen im kommunalen Bereich
- 2221 • finanzielle und personelle Absicherung kommunaler Beratungsstellen
- 2222 • besonders im ländlichen Bereich den Ausbau von regelmäßigen sowie sicheren Treffpunkten
2223 und Beratungsstellen (auch telefonisch und anonym) herbeiführen. Lösungen für Probleme im
2224 Bereich Coming-out, Gewaltübergriffe, Mobbing und Diskriminierung müssen verfügbar und
2225 zugänglich sein
- 2226 • obdachlosen jungen Menschen, die käuflichen Sex praktizieren, Unterkünfte mit einer
2227 qualifizierten Betreuung bieten

2228 **Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft**

2229 Seit zehn Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Rechte von
2230 Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt
2231 steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und
2232 Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu
2233 gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zwei Millionen
2234 schwerbehinderte Menschen leben in NRW, das sind zehn Prozent. Das Institut für Menschenrechte
2235 geht davon aus, dass rund 25 Prozent insgesamt längerfristige Beeinträchtigungen haben, die sie
2236 behindern. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind
2237 für diese Menschen so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit
2238 Behinderungen gewährleistet ist.

2239 **Die Teilhabe an der Gesellschaft, die wir wollen, ist:**

- 2240 • barrierefrei
- 2241 • inklusiv
- 2242 • gleichberechtigt
- 2243 • selbstbestimmt

2244 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2245 • die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention

2246 Denn Teilhabe und gleichberechtigte Gestaltung an der Gesellschaft sind ein Menschenrecht.

2247 **Was wir dafür brauchen ist ein Teilhabekonzept, das**

- 2248 • bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet
- 2249 • gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft

2250 **Was das bringt?**

- 2251 • ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung
- 2252 • eine vielfältige Gesellschaft

2253 **Was muss dafür getan werden?**

- 2254 • ein Inklusionsplan muss erarbeitet werden
- 2255 • Gründung von Behinderten-Beiräte
- 2256 • jede Kommune hat eine*n Gleichstellungsbeauftragte*n
- 2257 • Menschen mit Behinderung werden befähigt, über ein „Persönliches Budget“ zu verfügen
- 2258 • Barrierefreiheit in Sprache, Verwaltung, Verkehr, Institutionen, Wahlen analog und digital
2259 muss etabliert werden

2260 • Sondereinrichtungen werden abgeschafft oder umgewandelt

2261 • die kommunalen Jobcenter müssen einen inklusiven Arbeitsmarkt fördern

2262 **Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln**

2263 Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische
2264 Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern. Nur wenn auch diese
2265 Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Die LINKE kämpft für das Recht aller
2266 Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und
2267 selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten,
2268 Reisen und Sport.

2269 Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen nach
2270 und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie
2271 Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem 1.
2272 Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld
2273 geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört
2274 auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche
2275 Leistung.

2276 Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle
2277 Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen
2278 zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senioren*innen,
2279 Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z.B. können alle
2280 Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z.B. ihre Rente
2281 beantragen.

2282 **Wir fordern deshalb für unsere Kreise, Städte und Gemeinden in NRW:**

2283 • Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der
2284 Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen ohne
2285 Behinderungen gleichermaßen

2286 • Schulung von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der
2287 Verwaltung zum Persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt
2288 wohnen, leben, lernen und arbeiten können

2289 • die Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen,
2290 um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen
2291 mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern

2292 • umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien,
2293 Wahleinrichtungen)

2294 • Bildung von Behinderten-Beiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen
2295 demokratisch gewählt werden.

2296 • Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragte(n) in jeder Kommune, diese(r) soll u.a.
2297 Ansprechpartner*in für alle Bezugsgruppen sein

2298 **Bauen, Wohnen und Verkehr**

- 2299 • flächendeckende Förderung der aufsuchenden Wohnraumberatung für Senior*innen und
- 2300 Menschen mit Behinderungen, damit sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu
- 2301 Hause wohnen können

- 2302 • systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung
- 2303 der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen

- 2304 • der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme
- 2305 barrierefrei geschehen

- 2306 • Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen

- 2307 • flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im
- 2308 ganzen öffentlichen Raum

- 2309 • Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe

- 2310 • verbindlicher Ausbau der Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs in Richtung
- 2311 Barrierefreiheit bis 2022

- 2312 • Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit

- 2313 • Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen

- 2314 **Bildung, Kultur und Arbeit**

- 2315 • Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung

- 2316 • Stadtbibliotheken barrierefrei ausbauen und erhalten sowie bedarfsgerecht mit barrierefreien
- 2317 Medien ausstatten, z.B. Bücher in Groß-Schrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher
- 2318 Sprache, Brailleschrift

- 2319 • Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen

- 2320 • Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen in der
- 2321 Stadtverwaltung

- 2322 • Vergabe von städtischen Aufträgen an anerkannte Inklusionsbetriebe

- 2323 • Schaffung von Inklusionsabteilungen in kommunalen Unternehmen

- 2324 • Vergabe des Caterings von Schulen und öffentlichen Einrichtungen an anerkannte
- 2325 Inklusionsbetriebe

- 2326 • Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter

- 2327 **Gesundheit und Pflege**

- 2328 • „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des
- 2329 barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei der kommunalen
- 2330 Wohnungsbaugesellschaft

- 2331 • Aufstockung des Personals der Heimaufsicht

- 2332 • Auflistung von barrierefreien Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen; Erstellen einer
2333 kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z.B. Arzt- und Physiopraxen,
2334 Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser)

2335 **Beratung, Kommunikation und Information**

- 2336 • Schaffung einer barrierefreien und transparenten Verwaltung – vom Formular über die
2337 Webseite bis zum Gebäude
- 2338 • sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein
- 2339 • Herausgabe aller Schriftstücke der Verwaltung auch in leichter und einfacher Sprache, damit
2340 alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können
- 2341 • Herausgabe von allen Dokumenten auch als Audiodatei
- 2342 • alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein,
2343 einschließlich Gebärdensprach-Dolmetschen

2344 **Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

2345 Seit mehr 100 Jahren beherbergen das Rheinland und Westfalen Europas größte Industrieregion.
2346 Noch länger ist das Gebiet bereits ein Einwanderungsland. Sowohl nach dem Zweiten Weltkrieg ab
2347 1945 als auch nach der Wiedervereinigung seit 1990 sind hunderttausende Menschen zu uns
2348 gekommen. In den 1960er Jahren schloss die BRD im Namen der Industrie Anwerbeabkommen mit
2349 Ländern Südeuropas. Allein aus der Türkei kamen mehrere hunderttausend Arbeitsmigrant*innen,
2350 die mit ihren Familien hier heimisch wurden. Anfang der 1990er Jahre erreichten uns viele
2351 Menschen, die vor den Kriegen in Jugoslawien geflohen waren. 2015 und 2016 gab es einen Zustrom
2352 an Menschen vor allem über die Westbalkanroute in die EU. Seit der Schließung dieses Fluchtwegs
2353 durch ein Abkommen mit dem türkischen Staat wagen Menschen immer wieder die gefährliche
2354 Flucht über das Mittelmeer. Sie alle sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer
2355 Hafen für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

2356 **Die Integration, die wir wollen, ist:**

- 2357 • menschenrechtskonform
- 2358 • solidarisch
- 2359 • anti-diskriminierend

2360 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2361 • Integration durch Bildung
- 2362 • Integration durch Arbeit
- 2363 • NRW-Kommunen als sichere Häfen
- 2364 • das Grundrecht auf Asyl

2365 Denn kein Mensch ist illegal!

2366 **Was wir dafür brauchen, ist ein Integrations-System, das**

- 2367 • eine menschenwürdige Unterbringung garantiert
- 2368 • Mehrsprachigkeit als Chance versteht
- 2369 • Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen stellt
- 2370 • Hilfestellung und Unterstützung gewährt
- 2371 • Migranten*innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in politische
2372 Entscheidungen auf kommunaler Ebene miteinbezieht

2373 **Was das bringt?**

- 2374 • die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrant*innen
- 2375 • Integration, die keine Einbahnstraße ist

2376 **Was dafür getan werden muss?**

- 2377 • Kommunen müssen dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beitreten
- 2378 • Kommunen müssen Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen
- 2379 • kommunal angebundene Anti-Diskriminierungsstellen müssen geschaffen werden
- 2380 • Geflüchteten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht werden, Sprach- und
2381 Integrationskurse zu absolvieren
- 2382 • Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden
- 2383 • ausländische Bildungs- und Berufs-Abschlüsse müssen schneller anerkannt werden

2384 **Kein Mensch ist illegal!**

2385 Flucht hat mehrere Gründe, einer davon ist Krieg. Menschen verlassen ihre Heimat zudem aus
2386 wirtschaftlicher Not. Darüber hinaus tragen auch die zunehmenden Auswirkungen des
2387 menschengemachten Klimawandels zu Wanderungsbewegungen bei. Menschen, die vor
2388 bewaffneten Konflikten und Kriegen fliehen, haben eine Chance auf Asyl. Das gilt aber nicht für
2389 Menschen, die aus wirtschaftlicher Not und vor Klimakatastrophen fliehen. Sie haben keine Chance
2390 auf Asyl und werden deshalb wieder abgeschoben.

2391 Doch nicht nur Kriege werden von den westlichen Staaten, der EU und Deutschland
2392 heraufbeschworen, auch wirtschaftliche Einflussnahme – unter anderem durch subventionierte
2393 Lebensmittel-Lieferungen und unfaire Freihandelsabkommen – ist an der Tagesordnung. Dadurch
2394 können in den betroffenen Ländern und Gebieten z.B. Lebensmittel für einen Bruchteil der
2395 einheimischen Preise angeboten werden. In der Folge verlieren Landwirt*innen ihre
2396 Existenzgrundlage. Im schlimmsten Fall kann dies auch zum wirtschaftlichen Zusammenbruch eines
2397 Landes führen. Auch der Klimawandel wurde und wird im Wesentlichen durch die Industrienationen
2398 verursacht. Jede Kommune, jedes Land, jeder Staat muss daher die Verantwortung tragen und den in
2399 anderen Ländern betroffenen Menschen ein sicheres und zukunftsfähiges Leben ermöglichen – egal
2400 ob in ihren Herkunftsländern oder bei uns in Deutschland und NRW.

2401 **Gleiche soziale und politische Rechte für Alle**

2402 Die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des Investitionsstaus in den Kommunen
2403 ebenso versagt wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen
2404 und Bildungschancen. Überproportional betroffen sind dabei Migrant*innen. Die jahrzehntelange
2405 Verweigerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber der ersten und zweiten
2406 Generation der Einwander*innen hat zu fortdauernden und kumulierten Benachteiligungen auch von
2407 jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt, die häufig aus Haushalten mit geringem oder
2408 keinem Erwerbseinkommen stammen. Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

2409 Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW verfügen nicht über einen deutschen Pass. Um für
2410 langjährig hier lebende Migrant*innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu schaffen, bedarf
2411 es deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Es ist undemokratisch, eine große Zahl von
2412 Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in unseren Kommunen haben, rechtlich zu Menschen
2413 zweiter Klasse zu machen. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die
2414 volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle Menschen,
2415 die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau
2416 des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Wir wollen daher auf allen Ebenen diskriminierende
2417 und ausgrenzende Gesetze abschaffen. Auf Ebene des Bundes wollen wir die Kettenduldung

2418 abschaffen, damit alle Menschen in unserer Kommune einen sicheren Aufenthaltsstatus haben.
2419 Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen, die dauerhaft in unserer Kommune leben
2420 dort auch das Wahlrecht haben. Wir warten jedoch nicht nur auf Gesetzesänderungen im Bund. Auch
2421 vor Ort ist einiges möglich.

2422 **Was tun?**

- 2423 • kommunale Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und Mehrfach-
2424 Staatsangehörigkeiten erleichtern
- 2425 • Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen
- 2426 • Schaffung von kommunal angebotenen Anti-Diskriminierungsstellen
- 2427 • Förderung der Selbstorganisationen von Migrant*innen
- 2428 • Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- 2429 • kommunale Finanzierung von Dolmetscher*innen für alle Behördengänge
- 2430 • Einbeziehung von Migranten*innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidung und die
2431 Politik der Kommunen

2432 **Für menschenwürdige Unterbringung**

2433 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten auf kommunaler Ebene liegt in
2434 der Zuständigkeit der Kommunen. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur
2435 menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in Sammelunterkünften, sieht das
2436 Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht
2437 werden sollen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit
2438 Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Von Geflüchteten mit eigenem Einkommen
2439 verlangen die Kommunen trotz dieser schlechten Verhältnisse teilweise Nutzungsgebühren, die
2440 höher sind als die Kosten für eine reguläre Wohnung mit ortsüblicher Miete. Das erzwungene
2441 Zusammenleben mit vielen fremden Menschen auf engstem Raum ohne Privatsphäre stellt für die
2442 Betroffenen eine hohe Belastung dar. Solche Wohnverhältnisse erschweren die gesellschaftliche
2443 Teilhabe und Integration und widersprechen auch den Empfehlungen des Sachverständigenrates der
2444 Bundesregierung. Daher tritt DIE LINKE für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ein. Wo
2445 kommunale Sammelunterkünfte existieren, müssen sie möglichst menschenwürdig gestaltet sein.
2446 Insbesondere ist wichtig, dass sie aus abschließbaren Wohneinheiten mit eigener Küche und
2447 sanitären Einrichtungen bestehen.

2448 **Was tun?**

- 2449 • verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten
2450 Missständen entgegenzuwirken und Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die
2451 Standards gemeldet werden können
- 2452 • Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten
2453 Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken
- 2454 • menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf Unverletzlichkeit
2455 der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern

- 2456 • Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur bei
2457 traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten

- 2458 • Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner*innen der
2459 Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben

- 2460 • Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte

2461 **Integration durch Bildung**

2462 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte
2463 Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen
2464 Entscheidungsprozessen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen – wie alle Kinder –
2465 höchstmöglich qualifiziert werden. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit
2466 entsprechendem Bedarf stattfinden.

2467 Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und
2468 gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine
2469 Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende
2470 personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen
2471 uns dafür ein, die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene
2472 Angebote für alle Schüler*innen anzubieten.

2473 Das bestehende Integrationskurs-System ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen
2474 mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe
2475 Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen Geflüchtete mit Duldung, Asylsuchende und
2476 Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

2477 **Wir wollen**

- 2478 • ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als
2479 Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können;
2480 in allen Lehramtsstudiengängen mit dem Unterrichtsfach Deutsch und allen Germanistik-
2481 Studiengängen muss Deutsch als Zweitsprache als verpflichtendes Modul aufgenommen
2482 werden, Module der interkulturellen Pädagogik muss es in allen Lehramtsstudiengängen geben

- 2483 • eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulbedarf für alle Kinder; Willkommens- bzw.
2484 Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung zusätzlicher
2485 Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie von
2486 Schulsozialarbeiter*innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; geflüchtete
2487 Schüler*innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert werden

- 2488 • die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom
2489 Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die
2490 bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die Versorgung
2491 quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann

- 2492 • vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule
2493 auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen

- 2494 • Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn müssen erleichtert werden

2495 • allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur
2496 Verfügung stellen

2497 • Integrationslehrer*innen fest anstellen und fair bezahlen

2498 • Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten

2499 • die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern

2500 **Bleiberecht**

2501 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen Spielräume nutzt, um
2502 Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen sollen ein von den Ausländerbehörden unabhängiges
2503 Beratungsangebot für von Abschiebung bedrohten Einwohner*innen vorhalten. Insbesondere
2504 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar
2505 und müssen unbedingt unterlassen werden.

2506 **Integration durch Arbeitsplätze**

2507 Zu vielen Menschen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen, obwohl es in den vergangenen Jahren eine
2508 Beschäftigungszunahme gegeben hat. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen,
2509 Alleinerziehende sowie Migrant*innen werden dabei ausgegrenzt. Viele Unternehmen geben ihnen
2510 keine Chance. Gleichzeitig wird ein vermeintlicher Fachkräftemangel beklagt. Die Langzeit-
2511 Erwerbslosigkeit hat sich bei über einer Million verfestigt.

2512 Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies
2513 gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und
2514 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu
2515 kämpfen. Diese sind abzubauen. Er kämpfte Mindeststandards wie der gesetzliche Mindestlohn
2516 dürfen nicht infrage gestellt werden. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende Integration.
2517 Prekäre Arbeit dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

2518 **Wir wollen**

2519 • anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern

2520 • Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren
2521 durchführen

2522 • Asylsuchenden sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch zu lernen und an einem
2523 Integrationskurs teilzunehmen. Diesen Teilnahmeanspruch müssen auch Geduldete,
2524 unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten

2525 • das Arbeitsverbot für Asylbewerber*innen in den ersten drei Monaten abschaffen. Die
2526 Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss abgeschafft
2527 werden

2528 • Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer
2529 der Berufsausbildung gewähren

2530 • interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden

- 2531
- die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung

2532 **Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik**

2533 In den 1980er- und 1990er-Jahren ist eine Reihe von Maßnahmen zur Abschreckung von
2534 schutzsuchenden Menschen geschaffen worden. Dazu zählen

- 2535
- die Zwangsunterbringung in entpersönlichenden Lagern

- 2536
- massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen)

- 2537
- sozialrechtliche Diskriminierungen (Arbeitsverbote, Versorgung unterhalb des
2538 menschenwürdigen Existenzminimums, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, die
2539 diskriminierende und zudem kostenintensive Praxis, Sachleistungen statt Bargeld und vieles
2540 mehr)

2541 Eine Politik der Ausgrenzung und Entrechtung ganzer Geflüchteten-Gruppen verstärkt bestehende
2542 Vorurteile, indem suggeriert wird, dass gegen einen angeblich verbreiteten Asylmissbrauch harte
2543 Maßnahmen erforderlich seien. Das ist nicht zuletzt angesichts der dramatisch gestiegenen,
2544 rassistisch motivierten Angriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsheime unverantwortlich. Die
2545 Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft beginnen.

2546 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in
2547 Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten
2548 Jobs, oder müssen Aufstocker-Leistungen beantragen, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Sie
2549 hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für
2550 Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den
2551 Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten,
2552 dass es ALLEN besser geht.

2553 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische
2554 Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene, mit einer angeblich „guten
2555 Bleibeperspektive“ und solche, mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen.

2556 Seitdem der Begriff der „Bleibeperspektive“ mit dem Asylpaket I im Oktober 2015 eingeführt worden
2557 ist, dient er als praktisches Instrument, um Menschen aus bestimmten Ländern Leistungen, Angebote
2558 und Teilhabemöglichkeiten zu verwehren. Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“
2559 wird vielen Geflüchteten zum Beispiel der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert.
2560 Auch wird ihnen nicht erlaubt, sich selbst eine Wohnung zu suchen.

2561 Die Menschenrechtssituation, zum Beispiel in den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien,
2562 Tunesien oder gar Libyen, hat sich nicht maßgeblich geändert. Der politische Vorstoß, sie dennoch zu
2563 angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ zu machen, ist daher lediglich ein weiterer Baustein der
2564 unmenschlichen Abwehr von Menschen auf der Flucht. Wir lehnen das Konstrukt der angeblich
2565 „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem als Individualrecht konzipierten Grundrecht auf
2566 Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine
2567 fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen
2568 schneller abschieben zu können.

2569 Fluchtgründe von Menschen, die in ihren Herkunftsländern als vermeintliche oder tatsächliche Roma
2570 diskriminiert und verfolgt worden sind, werden strukturell nicht anerkannt. Menschen, die aus den

2571 Balkan-Ländern geflohen sind, sammelt die NRW-Landesregierung immer in speziellen,
2572 „Ausreisezentren“ genannten, Sonderlagern, anstatt sie auf die Kommunen zu verteilen. Ihre Asyl-
2573 Anhörungen dauern häufig nur wenige Minuten, Geflüchteten-Räte und Initiativen der Geflüchteten-
2574 Arbeit zweifeln an der Rechtsstaatlichkeit dieser Verfahren.

2575 **Wir wollen**

- 2576 • eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass
2577 schaffen
- 2578 • geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten
- 2579 • jegliche Abschiebep Praxis beenden
- 2580 • verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung
2581 schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen
- 2582 • perspektivisch Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in Massenunterkünften
- 2583 • Vorrangigkeitsprüfung in der Kommune aussetzen
- 2584 • Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und
2585 finanzieren
- 2586 • Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die
2587 Ausländerbehörden verbindlich sein
- 2588 • die Strukturen der Geflüchteten-Arbeit ausbauen und verstetigen. Dafür mehr Personal sowohl
2589 in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen
- 2590 • eine*n vom Landtag bestellte*n Geflüchteten-Beauftragte*n ernennen
- 2591 • den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern
- 2592 • Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden
- 2593 • vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen
- 2594 • Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften
- 2595 • keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen –
2596 Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen
- 2597 • Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende

2598 **Kommunal Verantwortung übernehmen: Sichere Häfen jetzt!**

2599 DIE LINKE steht ein für solidarische Städte, die angesichts der humanitären Krise an den EU-
2600 Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Seit der
2601 Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben sich bereits zahlreiche Städte
2602 und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie stellen sich damit gegen die
2603 menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU, die tausende Tote fordert. DIE LINKE unterstützt
2604 diese kommunalen Initiativen, die angesichts der humanitären Krise von der Bundes- und

2605 Landesregierung die Möglichkeit einfordern, Nothilfe leisten zu dürfen – also aus Seenot Gerettete
2606 zusätzlich zu den Verteilquoten aufnehmen zu können. Weiter setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass
2607 den Worten auch Taten folgen, und dass die Kommunen ein sicheres Ankommen organisieren.

2608 **Was tun?**

- 2609 • Kommunale Beschlüsse für sichere Häfen, mit denen die Städte und Gemeinden ihre
2610 Unterstützung für die zivile Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot
2611 geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten.
- 2612 • Beitritt der Kommune zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“, in dem sich die Städte und
2613 Gemeinden für die Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen
2614 Migrationspolitik einsetzen.

2615 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

2616 Außerhalb der großen Städte gestaltet sich das Leben in Nordrhein-Westfalen zunehmend schwierig.
2617 Viele Kleinstädte und Dorfgemeinden verkommen zu öden Orten. Es fehlt eine gute Verbindung an
2618 das öffentliche Verkehrsnetz, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kitas, Kultur- und Sportstätten.

2619 Mit der Vernachlässigung der Infrastruktur fehlen auch lokale Arbeitsplätze. Kleinstädte und Dörfer
2620 werden so zu reinen Schlafstätten, die man verlässt, um zur Arbeit, zur Schule, zur Ärzt*in, zum
2621 Einkaufen, Kino, Theater oder zum Sport zu fahren. Selbst ein flächendeckendes Mobilfunknetz oder
2622 ein schneller Internetanschluss sind vielerorts nicht vorhanden.

2623 **Die Entwicklung für den ländlichen Raum, die wir wollen, ist:**

- 2624 • gleichberechtigt
- 2625 • an den Bedürfnissen der Menschen orientiert
- 2626 • nachhaltig

2627 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2628 • eine wohnortnahe öffentliche Infrastruktur
- 2629 • Kultur- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit- und gastronomische Angebote
- 2630 • Schutz der Natur

2631 **Was wir dafür brauchen ist ein Konzept für den ländlichen Raum, das?**

- 2632 • individuell ist und dennoch
- 2633 • gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land schafft

2634 **Was das bringt?**

- 2635 • ein lebenswerter ländlicher Raum
- 2636 • ausreichende Versorgung der Menschen
- 2637 • eine gesunde Natur

2638 **Was muss dafür getan werden?**

- 2639 • der Internet-Breitbandausbau muss schneller vorangetrieben werden
- 2640 • die Gesundheitsversorgung muss durch die öffentliche Hand sichergestellt sein
- 2641 • Freizeit-, Kultur-, Sport- und gastronomische Angebote müssen erhalten, ausgebaut und
2642 gefördert werden
- 2643 • der Einzelhandel muss wieder angesiedelt werden
- 2644 • die Forstwirtschaft muss mehr Personal erhalten

- 2645 • die Ansiedelung ökologisch nachhaltigen Handwerks sowie die ökologisch nachhaltige
2646 Landwirtschaft müssen unterstützt werden

2647 Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentliche Hand in die Infrastruktur der Kommunen massiv und
2648 nachhaltig investiert.

2649 **Der ländliche Raum als lebenswerter Raum**

2650 Wir wollen einen flächendeckend gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, der den ländlichen Raum
2651 nicht mehr abschneidet, sondern aktiv einbezieht. Dazu gehört auch der Ausbau sicherer Radwege
2652 und Abstellplätze. Wir wollen den ÖPNV schrittweise flächendeckend kostenlos machen. Ab sofort
2653 sollen alle Personen bis 18 Jahre, Schüler*innen und Schüler, Azubis und Hartz IV-Empfänger
2654 fahrscheinfrei fahren dürfen.

2655 Wir wollen, dass Menschen in jeder Gemeinde gut und bezahlbar wohnen können. Dazu gehören
2656 lebendige Ortsteile, in denen Menschen sich begegnen können: im Jugendzentrum, im
2657 Senior*innentreff oder der Familienbegegnungsstätte.

2658 Heute flüchten mehr und mehr Menschen in die Städte, die immer teurer und lauter werden, in
2659 denen die Straßen überfüllt sind und Abgase und Feinstaub die Gesundheit belasten.

2660 Auf dem Land lebt es sich zwar gesünder. Die gesundheitliche Versorgung lässt in der Fläche jedoch
2661 zu wünschen übrig. Im Notfall dauert es dreimal so lange wie in der Stadt, bis der Rettungsdienst an
2662 Ort und Stelle ist. Die Versorgung mit Hausärzt*innen wird immer dünner und die Wege zu
2663 Fachärzt*innen und ins Krankenhaus immer weiter.

2664 Auch die Natur, wegen der es viele aufs Land zieht, braucht dringend mehr Schutz. Zur Pflege und
2665 Aufforstung der strapazierten Wälder etwa benötigen wir doppelt so viel Personal in den
2666 Forstämtern. Ebenso setzen wir uns in den landwirtschaftlichen Regionen für kreiseigene
2667 Mitarbeiter*innen zur Kontrolle der anfallenden Gülle ein, damit eine Grundwasserverseuchung mit
2668 Nitrat verhindert wird.

2669 DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land ein. Dazu
2670 gehört eine gute wohnortnahe öffentliche Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Wohnen,
2671 Gesundheit und Bildung. Auch wichtig sind Kultur- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten,
2672 Freizeit- und gastronomische Angebote.

2673 **Wir wollen:**

- 2674 • öffentliche Grundschulen, Kitas und Jugendzentren in jedem Ort schaffen
- 2675 • von den Landkreisen betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt*innen
- 2676 • Notärzt*innen, Feuerwehr und Polizei müssen im Notfall schnell vor Ort sein
- 2677 • Schaffung von Begegnungsstätten mit Räumen für Veranstaltungen
- 2678 • Anbindung aller Dörfer und Ortsteile an gut getaktete Buslinien
- 2679 • Reaktivierung stillgelegter Zug- und S-Bahn-Verbindungen, Ausbau des Schienenverkehrs
- 2680 • flächendeckender Internet-Breitbandausbau für alle Orte und Haushalte

- 2681 • Förderung von Kultur- und Breitensportangeboten, öffentliche Unterstützung kleiner Kinos und
2682 Theater
- 2683 • Erhalt und Ausbau vielfältiger gastronomischer Angebote
- 2684 • Förderung der Ansiedelung von ökologisch nachhaltigem Handwerk und Gewerbe
- 2685 • Erhalt und Ausbau des Einzelhandels für den täglichen Bedarf
- 2686 • Unterstützung der regionalen ökologisch nachhaltigen Erzeuger*innen
- 2687 • Verdopplung der Mitarbeiter*innen in den Forstämtern zur Aufforstung der Wälder
- 2688 • kreiseigene Mitarbeiter*innen zur Kontrolle der anfallenden Gülle, um das Grundwasser zu
2689 schützen

2690 **Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient**

2691 DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wechsel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik,
2692 weil wir davon überzeugt sind, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.

2693 Die wesentlichen Ursachen dafür liegen in einer kapitaldominierten Wirtschafts- und Standortpolitik,
2694 die in vielen Kommunen und Regionen mit wachsender Massenarbeitslosigkeit verbunden war und ist.
2695 Nicht nur die Schließung des Bergbaus oder der Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie, sondern auch
2696 die Schließung von Unternehmen wie BenQ in Kamp-Lintfort, Nokia und Opel in Bochum oder groß
2697 dimensionierte Massenentlassungen in jüngster Zeit bei ThyssenKrupp und Siemens haben ihre tiefen
2698 Spuren hinterlassen. Sie sind insbesondere damit verbunden, dass die sozialen Kosten bei den
2699 Kommunen verbleiben. Die Ausrichtung auf Markt, Wachstum und Wettbewerb hat zur Verödung
2700 ganzer Regionen und zum Klimawandel beigetragen. Industrielle Altlasten prägen deshalb ganze
2701 Regionen.

2702 **Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die wir wollen, ist**

- 2703 • sozial
- 2704 • demokratisch
- 2705 • antikapitalistisch

2706 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2707 • eine alternative und ökologische Ökonomie
- 2708 • am Gemeinwohl orientierte öffentliche Betriebe
- 2709 • eine deutliche Ausweitung und Förderung von genossenschaftlichen Betrieben
- 2710 • eine Entschuldung der Kommunen
- 2711 • eine Gemeindefinanzsteuer

2712 **Was das bringt?**

- 2713 • soziale Verhältnisse, die niemanden ausgrenzen
- 2714 • eine Infrastruktur, die allen gleichermaßen zur Verfügung steht
- 2715

2716 **Was muss dafür getan werden?**

- 2717 • der Druck auf die Landes- und Bundespolitik muss deutlich erhöht werden
- 2718 • privatisierte Stadtwerke und ausgegliederte Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge
2719 müssen rekommunalisiert werden
- 2720 • die Einführung hoher arbeitsrechtlicher Standards in allen kommunalen Unternehmen
- 2721 • Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Betriebe

2722 Viele Städte und Gemeinden sind nach jahrzehntelanger neoliberaler Politik in einer Abwärtsspirale
2723 aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. In den meisten Kommunen

2724 verfällt seit Jahren auf dramatische Weise die Infrastruktur. Dutzende ehemals wohnortnahe
2725 öffentliche Schwimmbäder, Büchereien oder Jugend-, Alten- und Stadtteilzentren wurden
2726 geschlossen, der dringend notwendige Neubau von Schulen bleibt aus oder der seit langer Zeit
2727 geforderte Ausbau eines attraktiven Radwegenetzes wird regelmäßig auf den St. Nimmerleinstag
2728 verschoben. In den meisten Innenstädten dominieren Einzelhandelskonzerne und Banken das
2729 Stadtbild, während man öffentliche Einrichtungen zunehmend mit der Lupe suchen muss.

2730 Dass eine derart unverantwortliche Entwicklung überhaupt eintreten konnte, hat seine wesentliche
2731 Ursache in einer neoliberalen Politik, die seit vielen Jahren die wirtschaftlichen und politischen
2732 Verhältnisse in den Kommunen dem Diktat des Marktes geopfert hat. Privatisierung, Deregulierung
2733 und insbesondere die den öffentlichen Haushalten verordnete "Schuldenbremse" haben zur
2734 Austrocknung der öffentlichen Finanzen geführt und den Kommunen jeglichen Spielraum für neue und
2735 notwendige Investitionen in allen öffentlichen Bereichen genommen.

2736 **Investitionen**

2737 Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen brauchen dringend Geld für Investitionen. Denn von den
2738 Regierungsparteien sowie Bund und Land wird ignoriert, dass die kommunalen Finanzmittel
2739 insgesamt unzureichend sind. Darüber hinaus stehen mit der Energiewende, dem Ausbau des
2740 öffentlichen Nahverkehrs, mit der Verbesserung des Bildungswesens und der Schaffung von mehr
2741 Wohnraum enorme Investitionen und Anforderungen für die Kommunen und deren städtische
2742 Unternehmen an. Die Herausforderungen des sozialökologischen Umbaus sind gleichzeitig eine
2743 Chance, Strukturen vor Ort zu verbessern.

2744 Doch bislang werden die Landkreise und Städte mit ihren Problemen allein gelassen. Es gibt nur
2745 wenige kommunale Kooperationen, die das Land NRW unterstützen. Oft wird einseitig gefördert,
2746 wie etwa bei den Krankenhäusern. Die landeseigenen Unikliniken werden gefördert, nicht aber die
2747 kommunalen Krankenhäuser, obwohl das Land dazu gesetzlich verpflichtet ist.

2748 Große private Konzerne wie Siemens, Google, Uber, Huawei und andere nutzen die fehlende
2749 Investitionskraft der Kommunen und Stadtwerke aus. Sie versuchen mit privaten Projekten im
2750 Rahmen von „Smart City“ sich den Zugriff auf Teile der kommunalen Infrastruktur anzueignen und
2751 langfristig für ihre Profitinteressen zu nutzen.

2752 Die Finanzmittel der Kommunen müssen erheblich größer werden, damit sie in den Städten, aber
2753 auch im ländlichen Raum, den vielen Anforderungen gerecht werden können. Zusätzlich müssen im
2754 rheinischen Braunkohlerevier die gewachsenen Strukturen komplett umgebaut werden. Nur wenn
2755 die Kommunen dort eng zusammenarbeiten und Bund und Land in die Verantwortung nehmen, kann
2756 dieser gigantische Umbau einer ganzen Region in NRW gelingen.

2757 **Wer soll das alles bezahlen?**

2758 Die Kommunen sind für viele politische Entscheidungen zuständig, die unser Leben ganz direkt
2759 betreffen und die oftmals Geld kosten. Ob der Bau einer neuen Kita, die Sanierung der Schule, der
2760 Zustand des lokalen Krankenhauses, der Betrieb von Parks und Sportplätzen oder ein pünktlicher
2761 Bus: Eine lebenswerte Stadt und ein gutes Leben für Alle müssen auch finanziert werden. Gleichzeitig
2762 sind besonders in Nordrhein-Westfalen Städte und Gemeinden systematisch unterfinanziert. Vor Ort
2763 wird viel zu oft der Mangel verwaltet, so dass die Städte nicht sinnvoll und nach dem Bedarf der
2764 Menschen gestaltet werden können. Die kommunale Infrastruktur wird auf Verschleiß gefahren,
2765 Schwimmbäder, Bibliotheken oder Jugendzentren werden geschlossen. Der zentrale Grund für die
2766 schlechte Finanzsituation unserer Städte ist die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene. Den

2767 Superreichen, ihren Banken und Konzernen wurden Steuergeschenke von rund 70 Milliarden Euro
2768 gemacht – pro Jahr.

2769 Zusätzlich hilft ein Netzwerk von spezialisierten Banken und Anwaltskanzleien Vermögenden beim
2770 Diebstahl von Milliarden Euro an Steuergeldern, wie beispielsweise die so genannten Panama- oder
2771 Paradise-Papers aufgezeigt haben. Das Problem der geleerten öffentlichen Kassen wurde dann von
2772 der Bundes- und Landesebene auf die Ebene verschoben, die sich am schlechtesten dagegen wehren
2773 kann, nämlich in die Kommunen – und damit in unser aller Alltag.

2774 Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit.
2775 DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte sowie die Mittelschicht
2776 entlastet und das Geld von den extrem Reichen holt. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die
2777 Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen
2778 Kampf gegen Steuerdiebstahl können bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro mehr eingenommen
2779 werden. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer
2780 Gemeindefinanzsteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst
2781 und direkt besteuert werden – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese
2782 Steuer brächte den Kommunen 25 Milliarden Euro im Jahr ein.

2783 Wenn es gerechter zugeht, ist in einem der reichsten Länder der Welt selbstverständlich genug Geld
2784 für unsere Kommunen da. Deswegen beteiligt sich DIE LINKE auch nicht an Sparhaushalten, die durch
2785 angebliche Sachzwänge diktiert werden – auch dann nicht, wenn dadurch ein Abrutschen in den
2786 Nothaushalt verhindert werden könnte. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen wird nur der
2787 Druck auf Land und Bund verringert, endlich zu einer durchgreifenden Reform der
2788 Kommunal Finanzen zu kommen.

2789 **Wer bestellt, muss auch zahlen: Konnexität für NRW**

2790 DIE LINKE setzt sich für die konsequente Umsetzung und Einhaltung des Konnexitätsprinzips gemäß §
2791 78 Abs. 3 der Landesverfassung NRW ein. Die bestehende Praxis von Bund und Land, den Gemeinden
2792 und Gemeindeverbänden Aufgaben, insbesondere Aufgaben in sozialen Angelegenheiten, zu
2793 übertragen, ohne gleichzeitig sicherzustellen, dass den Gemeinden und Gemeindeverbänden die
2794 erforderlichen Finanzmittel zur ordnungsgemäßen Erfüllung der übertragenen Aufgaben zur
2795 Verfügung gestellt werden, ist verfassungswidrig und muss beendet werden. Die Möglichkeiten der
2796 Gemeinden und Gemeindeverbände, die Einhaltung des Konnexitätsprinzips klageweise gegen das
2797 Land durchzusetzen, müssen verbessert werden. Soweit in der Vergangenheit dieses Prinzip verletzt
2798 wurde, z.B. hinsichtlich der Kosten der Unterkunft (KdU) bei Hartz IV, hat eine nachträgliche
2799 Entschuldung der Kommunen durch das Land zu erfolgen.

2800 **Konkret fordern wir:**

- 2801 • die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 Prozent auf 28 Prozent
- 2802 • Rücknahme des sog. Stärkungspakts
- 2803 • keine Anhebung der Grundsteuer B, solange diese über die Betriebskosten auf die
2804 Mieter*innen abgewälzt werden kann
- 2805 • Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die
2806 Kommunen übertragen, müssen sie auch für die Finanzierung sorgen

2807 **Weg mit den kommunalen Altschulden!**

2808 Mit 26 Milliarden Euro befinden sich mehr als die Hälfte der bundesweiten Kassenkredite von rund
2809 46 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen. Davon betroffen sind vor allem Regionen, die von
2810 wirtschaftlichen Umbrüchen betroffen sind und in denen trotz Strukturwandel die Arbeitslosigkeit
2811 hoch ist. Mit fast 15 Milliarden Euro liegt ein Drittel der bundesweiten Kassenkredite in den Städten
2812 und Kreisen des Ruhrgebiets.

2813 Schuld an der kommunalen Verschuldung ist die strukturelle Unterfinanzierung durch Bund und
2814 Land. Damit ist eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt worden. Denn die finanziellen Altlasten
2815 verhindern wichtige Investitionen für die Zukunft und erschweren die Instandhaltung der
2816 Infrastruktur. Das verschlechtert unmittelbar die Lebensverhältnisse für die Bürger*innen.
2817 Finanzstarke und finanzschwache Kommunen driften immer weiter auseinander.

2818 Die überschuldeten Kommunen brauchen dringend Unterstützung. DIE LINKE fordert deshalb einen
2819 Altschuldenfonds. Gemeint ist ein gemeinsamer Finanztopf von Bund, Land und Kommunen. Dieser
2820 Fonds soll die Schulden aus den Liquiditätskrediten der Kommunen übernehmen. Als Ausgleich für
2821 die bisherige Unterfinanzierung der Kommunen soll die Bundesebene mit 50 Prozent, das Land und
2822 die Kommunen mit jeweils 25 Prozent beteiligt werden. Die Beteiligung von Bund und Land wäre kein
2823 Geschenk, sondern ein Ausgleich für die mangelnde Finanzierung der Vergangenheit und damit
2824 nachholende Konnexität. Die betroffenen Kommunen wären dann wieder in der Lage,
2825 Haushaltsüberschüsse für notwendige Investitionen und wichtige Aufgaben bei Bildung, Verkehr,
2826 Sport und Kultur zu nutzen, statt sie im Haushaltsloch zur Schuldentilgung zu versenken.

2827 **Daseinsvorsorge für Alle**

2828 Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer
2829 Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens.

2830 Statt weiter zu kürzen, wollen wir die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen. Privatisierungen der
2831 Vergangenheit sind rückgängig zu machen. Gut funktionierende öffentliche Betriebe wie kommunale
2832 Stadtwerke und Wohnungsbaugesellschaften leisten einerseits einen finanziellen Beitrag für die
2833 städtischen Haushalte. Andererseits sind sie geeignet, politische Forderungen vor Ort umzusetzen,
2834 beispielsweise das Recht auf bezahlbaren Wohnraum.

2835 Grundlegende Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Bau von Straßen sind durch
2836 allgemeine Steuern zu finanzieren. Straßenbaubeiträge, die von den Anliegern bezahlt werden
2837 müssen, lehnen wir ab. Es ist Niemandem zu vermitteln, warum jemand, dem ein kleines Häuschen
2838 an einer vielbefahrenen Straße gehört, alle paar Jahre für die Instandsetzung einer Straße zur Kasse
2839 gebeten wird.

2840 Die öffentlichen Unternehmen sollen Vorreiter sein bei demokratischer Mitwirkung der relevanten
2841 gesellschaftlichen Gruppen. Ihre Gremien sollen transparent sein. Die Rechtsform öffentlicher
2842 Unternehmen bleibt zweitrangig gegenüber den Möglichkeiten effektiver demokratischer
2843 Mitbestimmung. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung, auch durch
2844 Minderheitsbeteiligungen, aus und gemeinsames Eigentum verschiedener öffentlicher Träger ein.
2845 DIE LINKE setzt sich heute bereits für jeden Schritt in diese Richtung ein. Dazu gehören
2846 Rekommunalisierungen, Gestaltung fakultativer Aufsichtsräte, Weisungsbefugnisse der Räte und
2847 vieles mehr.

2848 Grund und Boden ist ein nicht vermehrbares Gut und gehört in öffentliche Hand. Ohne eine
2849 konsequente kommunale Bodenpolitik ist auch keine nachhaltige Planungspolitik zu gewährleisten.
2850 Bei wichtigen Infrastruktur-Projekten, wie dem Ausbau von Radwegen, sind oft die
2851 Eigentumsverhältnisse ein Hindernis bei der Umsetzung einer nachhaltigen Politik.

2852 **Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem stärken**

2853 Da kommunale Wirtschaftspolitik überwiegend auf kapitalorientierte Unternehmen und
2854 Standortentscheidungen nach deren Interessen ausgerichtet ist, halten wir es für erforderlich,
2855 Alternativen zu dieser Wirtschaftsform zu entwickeln. Denn die entscheidende Frage
2856 gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln.
2857 Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Eine an sozialen und menschenwürdigen
2858 Kriterien orientierte Wirtschaftspolitik erfordert auch in den Kommunen, dass die ökonomische
2859 Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen,
2860 zurückgedrängt und überwunden wird. Der globale Kapitalismus, der auf Ausbeutung, Ungleichheit,
2861 ständiger Expansion und Monopolbildung beruht, ist mit diesen Zielen unvereinbar.

2862 **DIE LINKE fordert deshalb:**

- 2863 • ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen
2864 Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu
2865 verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohner*innen durch soziale Dienstleistungen und
2866 soziale Tarifstrukturen einzulösen
- 2867 • Rekommunalisierung: Privatisierte Stadtwerke müssen zurück in öffentliche Hand. Die
2868 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden und die Verbraucher*innen
2869 sowie die Betroffenen-Organisationen in Entscheidungen der Unternehmensführung und
2870 Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden
- 2871 • Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihrem regionalen Markt wirksam Einfluss
2872 nehmen können. Die Energieversorgung hat im öffentlichen Eigentum zu erfolgen
- 2873 • die kommunale Wirtschaftsförderung orientiert vorrangig auf die Schaffung kommunaler
2874 Eigenbetriebe, die einer konsequenten Tarifbindung unterliegen und sich einer ökologisch
2875 nachhaltigen Produktion verpflichtet fühlen
- 2876 • die Kommunen die Gründung von genossenschaftlichen Betrieben durch die Gewährung
2877 preisgünstiger Kredite und die Bereitstellung von preiswerten Gebäuden bzw. Gewerberäumen
2878 fördern
- 2879 • kommunale Wohnungsunternehmen sollen nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen
2880 Wohnungen besitzen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher
2881 Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen
- 2882 • kommunale Krankenhäuser als notwendigen Bestandteil öffentlicher Gesundheitsversorgung
- 2883 • eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute
2884 Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung,
2885 Mitbestimmung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten
- 2886 • Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung bei Sicherheit,
2887 Wachdiensten, Fahrdiensten, Friedhöfen, Reinigung, Wäschereien, Schul- und
2888 Hausverwaltungen
- 2889 • den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen. Privatisierung oder Teilprivatisierung von
2890 Sparkassen lehnen wir ab. Gewinne der Sparkassen sind für die Finanzierung des
2891 Gemeinwesens zu nutzen

- 2892 • kommunale und regionale Zusammenschlüsse als Alternative zu drohenden Privatisierungen,
2893 insbesondere im ländlichen Raum
- 2894 • die Gewährleistung der Kontrolle und Überprüfung der Zwecke der städtischen Unternehmen
2895 durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt
- 2896 • Grund und Boden gehören Allen und dürfen nicht veräußert werden. Städte und Gemeinden
2897 müssen eine aktive Bodenpolitik betreiben und verfügbare Flächen in kommunalen Besitz
2898 bringen. Nutzungsrechte beispielsweise für Gewerbeflächen sind in Erbpacht zu vergeben

2899 **Für eine individuelle Kommunale Planung für ganz NRW**

2900 Nordrhein-Westfalen ist von Städten geprägt. Das Land hat 396 politisch selbständige Gemeinden,
2901 davon sind 272 Städte. Allein in den 30 Großstädten leben 8,312 Millionen Menschen. Das sind mehr
2902 als 46 % der Einwohner*innen des Bundeslandes. Darüber hinaus beziehen sich viele der Gemeinden
2903 rund um Städte wie Köln, Aachen, Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Münster und Siegen oder in den
2904 ländlicheren Kreisen des Ruhrgebietes stark auf den Kern der Ballungsräume. Gleichzeitig gibt es in
2905 Ostwestfalen, dem Münsterland, dem Sauerland, am Niederrhein und in der Eifel nach wie vor aber
2906 auch ländlich geprägte Gebiete. Städte wie Herne mit 3.041 Menschen pro Quadratkilometer oder
2907 Essen mit 2.772 gehören zu den am dichtest besiedelten Städten im ganzen Bundesgebiet. Auf der
2908 anderen Seite leben im gesamten Hochsauerlandkreis nur 134 Menschen pro Quadratkilometer. Bei
2909 der kommunalen Planung sind diese Unterschiede zu berücksichtigen.

2910 **Die kommunale Planung, die wir wollen, ist:**

- 2911 • ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Einwohner*innen
- 2912 • sozial-ökologisch
- 2913 • an null Flächenverbrauch orientiert

2914 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2915 • solidarische Entwicklung der Kommunen
- 2916 • nachhaltige Raumentwicklung
- 2917 • international aufgestellte regionale Wirtschaftsstrukturen

2918 **Was wir dafür brauchen?**

- 2919 • kommunale Kooperation
- 2920 • mehr Bürgerbeteiligung
- 2921 • Quartiersmanagement

2922 **Was das bringt?**

- 2923 • gleichwertige Lebensbedingungen
- 2924 • soziale Vielfalt und Sicherheit
- 2925 • quartiersnahe Versorgung

2926 **Was muss dafür getan werden?**

- 2927 • Bürger*innen müssen an der Erarbeitung von Flächen- und Bebauungsplänen beteiligt
2928 werden
- 2929 • die städtische Bauleitplanung muss umgesteuert werden
- 2930 • Verwaltungen müssen regional organisiert werden

- 2931
- kommunale Zweckverbände müssen gegründet werden

2932 **Für lebenswerte, soziale Städte und Regionen und gleichwertige Lebensbedingungen**

2933 Die Entwicklung von Stadt und Land selbst ist sehr unterschiedlich. Die Großstädte im Rheinland,
2934 Münster und Bielefeld wachsen stark, während der ländliche Raum massiv Einwohner*innen verliert.
2935 Im Raum Köln und Düsseldorf steigen die Mieten rasant, preiswerter Wohnraum fehlt immer mehr,
2936 der Bestand an Sozialwohnungen ist durch die völlig verfehlte Förderpolitik und unzureichenden
2937 Richtlinien des Landes massiv gesunken. Im Raum Höxter und am Niederrhein stehen dagegen immer
2938 mehr Häuser leer. Die „Flucht aufs Land“ der 1970er und -80er Jahre hat sich längst umgedreht.

2939 Doch auch zwischen den Ballungszentren gibt es große Unterschiede. Die vom Niedergang der Kohle
2940 und der Rationalisierung der Stahlindustrie gezeichneten Großstädte im Ruhrgebiet und im ebenfalls
2941 altindustriell geprägten Bergischen Land sind fast 50 Jahre lang geschrumpft. Erst in den
2942 vergangenen Jahren gibt es wieder leichtes Wachstum, nicht zuletzt durch die Zuwanderung von
2943 Geflüchteten und den Ausbau der Universitäten.

2944 LINKE Kommunal-Entwicklungspolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und entsprechend
2945 unterschiedliche Antworten und Lösungsansätze finden. Die Anforderungen an den Wohnungsbau
2946 und damit an die Stadtentwicklung sind in Köln oder Düsseldorf mit großer Wohnungsknappheit
2947 andere als im ländlichen Raum.

2948 So unterschiedlich die Bedingungen sind: DIE LINKE tritt für eine solidarische Stadtentwicklung, für
2949 lebenswerte und lebendige Städte und Regionen für Alle ein. Die Ansiedlung von Unternehmen,
2950 Wohnungsbau, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und
2951 Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller Einwohner*innen ausgerichtet werden und
2952 dürfen sich nicht an den Profitinteressen von Konzernen, Banken und Investoren orientieren.

2953 DIE LINKE hält fest an dem auch im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger
2954 Lebensbedingungen. Daran müssen sich Bundes- und Landespolitik messen lassen, darauf muss der
2955 Landesentwicklungsplan abgestellt werden.

2956 **Neue Herausforderungen der Stadtplanung angehen**

2957 Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung
2958 vor neue Aufgaben.

2959 Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Armut
2960 hat sich verfestigt und trotz guter Konjunktur weiter zugenommen, oft eng verbunden mit
2961 Langzeitarbeitslosigkeit und unsteter Beschäftigung. Sie betrifft längst mehrere Generationen
2962 hintereinander. Das sieht man vor allem an der gestiegenen Kinderarmut deutlich. Gleichzeitig
2963 nimmt der Reichtum zu. Diese Gegensätze spiegeln sich auch in der Entwicklung der Stadtteile wider.
2964 In Großstädten wie Essen gibt es inzwischen Stadtteile, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder als
2965 arm gelten, während der Bezug von Hartz IV in anderen kaum eine Rolle spielt.

2966 DIE LINKE lehnt diese zunehmende Ghettoisierung ab und spricht sich deutlich für eine soziale
2967 Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen mit Hilfe
2968 eines Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, soziale Netzwerke aufzubauen. Diese
2969 Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert sein, und nicht nach Auslaufen eines Förderprogramms
2970 wieder aus dem Stadtbild verschwinden.

2971 Auch die Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung hat sich vor allem in den Städten in
2972 den letzten Jahrzehnten stark verändert. Gut 28 Prozent der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat
2973 einen Migrationshintergrund, in Köln sind es 38 Prozent. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer

2974 älter. Gerade im Ruhrgebiet ist das Durchschnittsalter deutlich höher als im Landesschnitt, eine Folge
2975 des Fortzuges ganzer Generationen. Auch daraus ergeben sich Aufgaben für die kommunale Planung.
2976 Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund müssen stärker berücksichtigt
2977 werden - sowohl in kulturellen und sozialen Einrichtungen als auch auf den Friedhöfen. Ebenso sind
2978 barrierefreies Wohnen sowie eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen
2979 notwendige Antworten auf eine älter werdende Gesellschaft.

2980 Auch unter den Bedingungen der Klimakatastrophe und der zunehmenden Erderhitzung müssen die
2981 Großstädte lebenswert bleiben. Es müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden, die für
2982 die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich sind. Wir brauchen mehr Grün. Der
2983 Flächenverbrauch, die Versiegelung neuer Flächen, muss gestoppt werden. Null Flächenverbrauch ist
2984 das Ziel. Das erfordert ein Umsteuern der städtischen Bauleitplanung. Der Umbau im Bestand hat für
2985 DIE LINKE Vorrang, ebenso die Verdichtung schon bebauter Flächen, unter Beachtung des lokalen
2986 Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen.

2987 Alle Städte sind auf einer wirtschaftlichen Basis gewachsen. Sie haben bestimmte Industriebranchen
2988 beheimatet, waren Markt-, Handels- oder heute Bankplätze. In den vergangenen Jahrzehnten ist der
2989 Anteil des produzierenden Gewerbes an der wirtschaftlichen Tätigkeit deutlich zurückgegangen. Die
2990 zeitweise modernen Vorstellungen von der Entwicklung zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ sind
2991 ebenfalls längst an der Realität gescheitert. DIE LINKE ist der Auffassung, dass vorrangig alte,
2992 ungenutzte Industrieflächen aufzuarbeiten und einer neuen Nutzung zuzuführen sind. Das
2993 Profitinteresse vieler Eigentümer*innen, solche Flächen brach liegen zu lassen, um keine Altlasten
2994 entsorgen zu müssen, ist nicht akzeptabel.

2995 Beim Einzelhandel muss es gerade angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr
2996 um eine quartiersnahe Versorgung gehen. Auch deshalb lehnt DIE LINKE Einkaufszentren auf der
2997 „Grünen Wiese“ ab. Gleichzeitig kann das leidige Thema der abends „toten“ Innenstädte nur durch
2998 eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und
2999 Bürogebäude mehr Rendite bringen.

3000 Immer mehr Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele Bebauungspläne in den
3001 Großstädten werden beklagt. DIE LINKE spricht sich vor diesem Hintergrund nicht für weniger,
3002 sondern für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen
3003 – insbesondere für größere Vorhaben – aus.

3004 Einsprüche gegen Bebauungspläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen
3005 stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der
3006 Interessen von Investoren.

3007 **Was tun?**

3008 • Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und
3009 Bebauungsplanverfahren. Einschränkung beschleunigter Verfahren, die die Bürgerbeteiligung
3010 verschlechtern. Baupläne müssen auf ihre Umwelt-Verträglichkeit geprüft werden

3011 • - Einschränkung des Flächenverbrauchs mit dem Ziel des „Nullverbrauchs“ durch Vorrang für
3012 Innenverdichtung. Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch)

3013 • das Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten – vor allem in den Wachstumsregionen und
3014 unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen. Wo
3015 möglich und vertretbar sind Gebäude aufzustocken, Dachgeschosse auszubauen und
3016 leerstehende Gebäude zu Wohngebäude um zu nutzen. Zudem sind Baulücken zu schließen
3017 und Industrie- und Gewerbebrachen sowie Konversionsflächen zu bebauen. Den Luxus, knappe
3018 Wohnbauflächen für neue Ein- und Zweifamilienhäuser zu verschwenden, werden wir uns vor

- 3019 allem in den Wachstumsregionen nicht länger leisten können. Baugebiete sollten dabei
3020 vorrangig als „Urbanes Gebiet“ nach §6a BauNVO ausgewiesen werden, um eine bessere
3021 Flächenausnutzung zu gewährleisten
- 3022 • wenn dennoch neue Wohnbauflächen erforderlich sind, müssen sie sich konsequent an den
3023 Achsen des öffentlichen Personennahverkehrs ausrichten und im Bebauungsplan festgelegte
3024 Quoten für Sozialwohnungen vorsehen
- 3025 • Unterstützung bei energetischer Sanierung durch kommunale Beratungsstellen und Schaffung
3026 von Grünflächen
- 3027 • die Verhinderung von Ghettoisierungen von Teilen der Bevölkerung in den Stadtquartieren und
3028 bewusstes planerisches Gegensteuern gegen die Herausbildung von armen und reichen
3029 Stadtteilen. Das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen muss auch innerhalb der Kommunen
3030 gelten
- 3031 • Erhalt und Ausweitung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“, die
3032 unerlässlich sind, für die Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen „auf
3033 der Kippe“ und den Umbau bis hin zum Abriss ganzer Wohnblöcke in dichtbesiedelten,
3034 heruntergekommenen Wohnungsbeständen.
- 3035 • Ausweitung des Quartiersmanagements in Innenstädten und Stadtteilen mit sozialen
3036 Nachteilen
- 3037 • Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert*innen, die bei größeren
3038 Bauungs- oder Stadtumbauprojekten beraten, um die Bauqualität zu verbessern
- 3039 • die Berücksichtigung der vielfältigen Interessen, kulturellen und religiösen Hintergründe der
3040 Bevölkerung bei Aufgaben der Stadtentwicklung. Das gilt bei Kindertagesstätten, Schulen,
3041 Sport- und Freizeiteinrichtungen ebenso wie bei kommunalen Friedhöfen, die Menschen
3042 jedweder Weltanschauung Ruhestätten bieten
- 3043 • die Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten und -
3044 gemeinschaften für ältere Menschen, die ein möglichst langes selbstbestimmtes,
3045 eigenständiges Leben ermöglichen
- 3046 • die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung,
3047 die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt. Dabei müssen die bestehenden
3048 Abstands- und Immissionsschutzregelungen strikt eingehalten werden
- 3049 • keine Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“. Größere „Shopping Malls“ müssen in
3050 Stadtentwicklungskonzepte eingebunden werden
- 3051 • vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und
3052 Industrie. Konsequente Verpflichtung der früheren Besitzer*innen beziehungsweise
3053 Nutzer*innen zur Altlastenbeseitigung
- 3054 • die Wiederbelegung der Innenstädte durch Wohnprojekte. Der systematische Leerzug der
3055 1960er und -70er Jahre, bei dem massenhaft Wohnungen in Büros und Geschäfte
3056 umgewandelt wurden, muss „umgedreht“ werden. Dabei muss Wohnraum bezahlbar bleiben

- 3057 • die Möglichkeiten zur Nutzung kommunaler Flächen durch Erbpacht statt Verkauf sollen
3058 ausgeweitet werden, um den kommunalen Einfluss zu erhalten
- 3059 • die Förderung des Denkmalschutzes durch die Kommunen, da Kommunen erst durch ihre
3060 Geschichte ein Gesicht erhalten. Aufstockung der Mittel für den Denkmalschutz durch das Land
3061 NRW auf mindestens 30 Mio. Euro jährlich
- 3062 • die Entwicklung von Mindeststandards und Ansprüchen an die Infrastruktur im kleinstädtischen
3063 und ländlichen Raum. Hierzu gehören Angebote an Kindertagesstätten, Schulen, Ärzten,
3064 Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten sowie gute öffentliche Verkehrsverbindungen
- 3065 • die konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit. Hierzu sollen bei allen Bauvorhaben der
3066 Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderung beteiligt werden

3067 **Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung**

3068 Vor dem Hintergrund der in verschiedener Hinsicht ungleichen Entwicklungen zwischen Stadt und
3069 Land sowie arm und reich erhält die regionale Entwicklung immer größere Bedeutung. Die Aufgaben
3070 der Kommunen lassen sich immer weniger in den Grenzen einer Stadt oder eines Landkreises
3071 bewältigen. Bei der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser oder der Abfallbeseitigung ist oft
3072 regionale Kooperation zwingend erforderlich. Auch laut Gemeindeordnung sind die Landkreise und
3073 kreisfreien Städte für solche Aufgaben der Daseinsvorsorge zuständig. Darüber hinaus ergibt eine
3074 kreis- und städteübergreifende Zusammenarbeit in vielen Fragen immer mehr Sinn, auch weil viele
3075 Themen immer komplexer werden. Bei der Müllentsorgung haben sich deshalb kommunale
3076 Zweckverbände wie ECO City gebildet. Für den Nahverkehr wurden durch Landesregelungen die
3077 großen Verkehrsverbände gebildet.

3078 Auch bei Freizeit und Kultur nutzen die Menschen in Städten und Gemeinden nicht nur die Angebote
3079 ihres Wohnortes.

3080 DIE LINKE sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur Überwindung
3081 der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und der unterschiedlichen Entwicklung in den
3082 Städten zugunsten gleichwertiger Lebensbedingungen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung
3083 regionaler, demokratisch organisierter Zusammenarbeit „von unten“ muss vom Land gestärkt
3084 werden.

3085 Hinzu kommt, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten auch regionale Wirtschaftsräume
3086 herausgebildet haben, die sich gerne mit dem Etikett der „Metropole“ schmücken. Das Ruhrgebiet
3087 entstand als Region bereits im 19. Jahrhundert auf der Grundlage der Kohleförderung und der
3088 Stahlindustrie. Seit einigen Jahren nennt sich der Ballungsraum „Metropole Ruhr.“ Die
3089 wirtschaftlichen Verflechtungen im Rheinland haben sich ebenfalls weiterentwickelt. International
3090 wird es längst als ein Raum betrachtet. Die Industrie- und Handelskammern und andere
3091 Wirtschaftsverbände fordern bereits länger eine Zusammenarbeit als „Metropole Rheinland“, die
3092 zunächst im Rahmen eines Vereins auch angestrebt wird.

3093 Die Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen spiegeln diese Entwicklungen bisher nur
3094 unzureichend wider. Wichtige Änderungen waren seit langem lediglich die Stärkung des
3095 Regionalverbandes Ruhr (RVR) und die Bildung der Städteregion Aachen.

3096 Während die Stärkung des RVR jedoch auf halbem Wege stecken blieb und sich der RVR die
3097 Aufgaben einer Mittelinstanz in der Region weiter mit den drei Bezirksregierungen teilen muss, hat
3098 die kreisfreie Stadt Aachen mit dem Umland die Städteregion Aachen gebildet und die Verwaltung
3099 regional organisiert. Die Städteregion ist Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen und nimmt wichtige

- 3100 kommunale Aufgaben u.a. im Bereich der Schulträgerschaft, der Sozialverwaltung sowie der
 3101 Straßenverkehrs- und Ausländerbehörden wahr. Die Städtereion Aachen pflegt – wie andere
 3102 Grenzstädte in Nordrhein-Westfalen – enge, grenzüberschreitende Verbindungen mit den
 3103 Niederlanden und Belgien, die sich als Grenzregion und gemeinsame Entwicklungsregion begreifen.
- 3104 Das Denken und Handeln vieler politischer „Handlungsträger*innen“ in den Kommunen und im Land
 3105 sowie die politische Struktur entsprechen weder der zunehmenden Notwendigkeit kommunaler
 3106 Kooperation und kommunaler Zweckverbände noch der Herausbildung eng verflochtener,
 3107 international aufgestellter regionaler Wirtschaftsstrukturen. Die kommunale Politik ist häufig von
 3108 Konkurrenz und „Kirchtürmen“ geprägt, die Gewinner produzieren, aber auch Verlierer. Die
 3109 politischen Strukturen wie die staatlichen Mittelinstanzen, die Regierungsbezirke, beruhen auf der
 3110 alten preußischen Einteilung in die Provinzen Rheinland und Westfalen mit der „Enklave“ Lippe.
- 3111 DIE LINKE stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und des „Kirchturmdenkens“.
 3112 Wirtschaftliche Fortschritte und soziale Sicherheit in einer Kommune dürfen nicht durch Nachteile,
 3113 wie Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in anderen erkaufte werden. Wie dringend eine engere
 3114 Zusammenarbeit der Kommunen nötig ist, macht im Ruhrgebiet z.B. die vergleichsweise
 3115 katastrophale Situation des Öffentlichen Nahverkehrs deutlich. Fehlende Verbindungen zwischen
 3116 den Städten, vor allem in Nord-Süd-Richtung, sowie unterschiedliche Spurbreiten sind ebenso wenig
 3117 zeitgemäß wie die selbständige, teure Beschaffungspolitik der 26 Verkehrsgesellschaften im
 3118 Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR).
- 3119 DIE LINKE will Konkurrenz abbauen und tritt für die Stärkung der Kooperation von Kommunen z.B.
 3120 durch kommunale Zweckverbände oder andere politische Zusammenschlüsse ein. Die Rolle der
 3121 politischen Mittelinstanzen und ihr regionaler Zuschnitt müssen überprüft und der Entwicklung des
 3122 Zusammenwachsens von Regionen angepasst werden. Dabei ist DIE LINKE der Auffassung, dass die
 3123 Herausbildung politischer Kooperationen auch in den Metropol-Regionen von unten getragen
 3124 werden muss. Landesgesetzliche Regelungen sind an bestimmten Punkten allerdings unumgänglich.
 3125 Das war z.B. bei der Bildung der Verkehrsverbände der Fall und wird auch bei der Bildung einer
 3126 kommunalen Verkehrsgesellschaft für das Ruhrgebiet notwendig sein.
- 3127 Das im Raumordnungsgesetz festgeschriebene Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen
 3128 darf nicht nur im Verhältnis der Bundesländer zueinander, sondern muss auch innerhalb des Landes
 3129 Nordrhein-Westfalen gelten. Es muss ein landespolitisches Ziel bleiben und durch entsprechende
 3130 Ausgleichs- und Fördermaßnahmen umgesetzt werden.
- 3131 DIE LINKE setzt auf eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, die auf ökonomischen, ökologischen
 3132 und sozialen Zielsetzungen zur Wirtschaftsentwicklung, zur Schaffung neuer, sozial abgesicherter
 3133 Arbeitsplätze sowie zur Erhöhung der Ressourcenproduktivität basiert. Dazu gehört für uns auch die
 3134 Wiederbelebung und der Umbau der regionalisierten Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in NRW.
- 3135 **DIE LINKE tritt ein für:**
- 3136 • eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den
 3137 Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt sowie für die Herstellung
 3138 gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes
 - 3139 • eine Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Kernstädten und ihrem
 3140 Umland wie in der Städtereion Aachen
 - 3141 • die Stärkung der Landschaftsverbände, die für die Städte wichtige Funktionen bei der Erfüllung
 3142 überörtlicher kommunaler Aufgaben wahrnehmen und für ihre Aufgaben eine gerechte
 3143 Lastenverteilung unter Städten und Gemeinden ermöglichen

- 3144 • eine weitere Stärkung des RVR als regionalem, kommunalem Verband, der auf entsprechend
3145 vereinbarter Grundlage auch Aufgaben der Kommunen übernehmen darf

- 3146 • die Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Erarbeitung von Flächennutzungs- und
3147 Bebauungsplänen, die kommunale Grenzen überschreiten, um z.B. gemeinsame
3148 Gewerbegebiete entwickeln zu können

3149 **Thema: Digitalisierung**

3150 In den vergangenen zehn Jahren hat die digitale Entwicklung enorme Fortschritte gemacht. Die
3151 Technologien werden immer raffinierter und die Gesellschaft wird-zunehmend offener für den
3152 Gebrauch von digitalen Hilfsmitteln in ihrem Leben. Deutschland verharrt in dieser Hinsicht jedoch
3153 im europäischen Mittelfeld und die notwendige Digitalisierung kommt nur schleppend voran.
3154 Schlechter bis kaum vorhandener Breitbandausbau, halbherzig durchgeführte Projekte und
3155 Datenschutz-Verletzungen sind der aktuelle Stand der Dinge. Die Städte und Kommunen haben
3156 wenig Handhabe, um gegen diese von Ländern und Bund versäumten Missstände anzukommen.
3157 Aber sie können trotzdem etwas tun, um mit gutem Beispiel voran zu gehen, und das Leben der
3158 Bürger*innen in NRW zu verbessern.

3159 **Die Digitalisierung, die wir wollen, ist:**

- 3160 • sozial-ökologisch
- 3161 • sicher
- 3162 • transparent
- 3163 • nicht-kommerziell

3164 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3165 • Smart City-Projekte
- 3166 • schnelle Internet-Verbindungen
- 3167 • Open Source-Software in der Verwaltung
- 3168 • Open Data-Portale

3169 **Was wir dafür brauchen ist ein Digitalisierungsprozess, der**

- 3170 • den Interessen aller Bürger*innen und nicht denen von privaten Unternehmen oder
3171 Konzernen verpflichtet ist

3172 Denn auch die digitale Stadt ist keine Geldanlage, sondern ein Ort für die Menschen.

3173 **Was das bringt?**

- 3174 • vernetzte und emissionsarme Verkehrsangebote und eine Reduzierung des Lieferverkehrs
- 3175 • in der Verwaltung digital erhobene Daten von Bürger*innen werden geschützt
- 3176 • Ressourcen werden geschont
- 3177 • niedrigschwellige Behördengänge, die ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen werden
3178 können

3179 **Was muss dafür getan werden?**

- 3180 • Digitalisierungsbeauftragte müssen eingestellt werden

- 3181 • Einsetzen eines Digitalisierungsausschusses im Rat oder Kreistag, der die Politik begleitet
- 3182 • bei Straßenerneuerungen und Neubauten werden in den Kommunen Glasfaserkabel verlegt
- 3183 • Verwaltungen und kommunale Betriebe werden mit Open Source-Programmen und -
3184 Betriebssystemen ausgestattet
- 3185 • Schulen werden an Breitbandnetze angeschlossen
- 3186 • allen Bürger*innen müssen der digitale Einstieg sowie die Weiterbildung erleichtert werden

3187 **Digitalisierung der Verwaltung und Smart City**

3188 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Einwohner*innen und Unternehmen eine
3189 große Entlastung bedeuten, weil weite Anfahrten in Flächenkreisen oder lange Wartezeiten
3190 entfallen. Breite, niedrighschwellige Angebote unter hohen Datenschutzstandards müssen daher
3191 deutlich ausgebaut werden. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Menschen ohne Zugang zu
3192 digitalen Technologien nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommune ausgeschlossen
3193 werden.

3194 Wir sprechen uns daher für die Schaffung von Digitalisierungsbeauftragten aus, die für die
3195 Einwohner*innen ansprechbar sind und die Bemühungen der Kommune zur Digitalisierung
3196 koordinieren. Ein entsprechender Ausschuss für Digitalisierung im jeweiligen Rat oder Kreistag soll
3197 diesen Prozess politisch Begleiten.

3198 Smart City ist eines der Schlagwörter, wenn es um die Digitalisierung der Kommunen geht. Mit Smart
3199 City ist ein Entwicklungskonzept gemeint, das darauf abzielt, Städte und Gemeinden effizienter,
3200 ökologischer und sozial inklusiver zu gestalten. Sie ermöglichen zum Beispiel vernetzte und
3201 emissionsarme Verkehrsangebote von Tür zu Tür, eine Reduzierung des Lieferverkehrs von
3202 Paketdiensten oder die effiziente Speicherung von erneuerbaren Energien. Aber nicht alles, was
3203 smart ist, ist deswegen automatisch gut. Es kann auch ein Einfallstor für Großkonzerne und
3204 Datenräuber sein. Deswegen müssen die Kommunen dafür sorgen, dass die Interessen der
3205 Bürger*innen immer im Fokus stehen. Planung und Umsetzung von Smart City-Projekten müssen
3206 kritisch auf Sinnhaftigkeit geprüft werden. Außerdem dürfen sie keine Menschen aus finanziellen
3207 Gründen oder wegen mangelnder Kenntnisse ausschließen. Werden externe Unternehmen
3208 beauftragt, muss außerdem genau festgelegt werden, wo und unter welchen Umständen erhobene
3209 Daten verarbeitet werden und wer auf sie Zugriff hat. Keinesfalls dürfen erhobene Daten zum
3210 Eigentum der Unternehmen werden.

3211 Wir wollen eine Ausweitung von sozialökologischen Smart City-Projekten, die für die Menschen eine
3212 Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten. Senioren,
3213 Menschen mit Behinderung oder Einkommensschwache müssen alle von solchen Projekten
3214 profitieren können. Dafür müssen alle Bürger*innen konsequent in einen demokratisch organisierten
3215 Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

3216 **Auf- und Ausbau von digitaler Infrastruktur**

3217 Der Ausbau von digitaler Infrastruktur in Deutschland geht zu langsam voran. Menschen, die im
3218 Homeoffice arbeiten, Unternehmen und Privatnutzer*innen brauchen schnelle Internet-
3219 Verbindungen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen werden stark ausgebremst;
3220 Standorte und Arbeitsplätze gefährdet. Das gilt ebenso für die schlechte Netzabdeckung im
3221 Mobilfunk. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass bei Straßenerneuerungen und Neubauten
3222 Glasfaserkabel verlegt werden. Bund und Land sind aufgefordert, den Ausbau durch die Kommune

3223 selbst finanziell und fachlich zu unterstützen. Breitbandnetze müssen im öffentlichen Eigentum
3224 verbleiben oder dorthin übergehen. Auch der Ausbau des aktuellen Mobilfunkstandards 5G muss
3225 vorangetrieben werden. Da schnelle Leitungen auch die Voraussetzung für den 5G-Ausbau in der
3226 Fläche sind, kann die Anbindung abgelegener Regionen über kabelloses Internet nur eine kurzfristige
3227 Zwischenlösung sein. Die Anbindung aller Haushalte und Unternehmen, ob in der Stadt oder auf dem
3228 Land, ist notwendig, um die Gleichheit der Lebensverhältnisse gewährleisten zu können.

3229 **Datenschutz, Datenhoheit und Open Data**

3230 Immer mehr smarte Haushalts- und Mobilgeräte, Verkehrsmittel sowie die Interaktion mit Apps,
3231 Social Media-Netzwerken und anderen Plattformen führen unweigerlich zu einer Unmenge an Daten.
3232 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Großunternehmen diese Daten schonungslos kommerziell
3233 vermarkten, unzureichend schützen und oft sogar missbrauchen. Daher müssen die Kommunen
3234 sicherstellen, dass Smart City-Projekte und andere digitale Angebote so wenig persönliche Daten wie
3235 möglich generieren. Wo doch personenbezogene Daten gesammelt werden, ist ein transparenter
3236 und nachhaltiger Umgang mit den Daten der Nutzer*innen aus unserer Sicht unabdingbar. Alle
3237 Daten, die durch die Kommune oder von ihr beauftragte Unternehmen erhoben werden, dürfen
3238 nicht an Dritte weitergegeben werden. Die Kommune muss entscheiden können, was mit ihren
3239 Daten passiert. Wo anonymisierte Daten von öffentlichem Interesse sind, sollten diese der
3240 Allgemeinheit über Open Data-Portale zugänglich gemacht werden.

3241 **Transparente Verwaltung**

3242 Um für größtmögliche Transparenz für die Bürger*innen zu sorgen, kann ein Transparenz-Gesetz für
3243 Städte behilflich sein. Die Einführung eines solchen Gesetzes stärkt das Recht der Bürger*innen auf
3244 Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen und verpflichtet diese, zentrale
3245 Informationen wie Verträge der öffentlichen Hand, Treffen von Interessensvertreter*innen mit dem
3246 Stadtrat oder interne Gutachten aktiv online zu veröffentlichen.

3247 **Open Source**

3248 Die Kommunen nutzen zumeist Betriebssysteme und Programme großer Digitalkonzerne. Ein
3249 Problem dabei ist, dass nicht genau nachvollzogen werden kann, wie diese Systeme arbeiten. Zumal
3250 stets eine Abhängigkeit von diesen Konzernen besteht, was Lizenzkosten, Updateversorgung und den
3251 Schutz der Daten der Einwohner*innen angeht. Gerade Behörden sollten nicht den Regeln und
3252 Machenschaften dieser Unternehmen ausgesetzt sein. Eine Alternative wäre es, Programme und
3253 Betriebssysteme einzusetzen, die einen offenen Programmcode zur Verfügung stellen. Bei diesen
3254 sogenannten Open Source-Betriebssystemen und -Programmen sind Strukturen einsehbar und
3255 transparent. So wissen alle Beteiligten, woran sie sind. Die Stadtverwaltungen sollten daher darauf
3256 hinarbeiten, flächendeckend auf Open Source-Software umzusteigen.

3257 **Digitalisierung der Schulen**

3258 Auch Schulen müssen schnellstmöglich an Breitbandnetze angeschlossen und mit digitalen
3259 Lehrmitteln ausgestattet werden. Das Land muss eine gründliche Aus- und Weiterbildung im
3260 Themenbereich Digitalisierung bei seinen Lehrkräften sicherstellen. Alle Schüler*innen müssen,
3261 sofern entsprechende Pläne an der Schule existieren, unabhängig von ihren finanziellen
3262 Hintergründen mit den nötigen Endgeräten versorgt sein. Dabei ist auf eine nachhaltige Ressourcen-
3263 Nutzung zu achten. Datenschutz-Interessen wiegen an Schulen besonders schwer, daher ist auch hier
3264 besonders auf den Einsatz von Open Source-Software und einen allgemein hohen
3265 Datenschutzstandard zu achten. Die Wartung und Administration von Geräten und Software darf
3266 Lehrende und Schüler*innen nicht zusätzlich belasten. Aus diesem Grund muss an jeder Schule
3267 ausreichend qualifiziertes Personal für diese Aufgaben zur Verfügung stehen.

3268 **Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen**

3269 Es muss ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass die technischen Aspekte der
3270 Digitalisierung der Stadt sich auch an Menschen orientiert, deren digitalen Fähigkeiten nicht weit
3271 entwickelt sind. Sie dürfen nicht abgehängt und zurückgelassen werden. Die Stadt sollte dafür
3272 sorgen, dass solche Menschen lokal günstige oder kostenlose Weiterbildungsangebote finden. Auch
3273 in den Schulen muss gewährleistet werden, dass Schüler*innen bereits früh den sicheren Umgang
3274 mit Computern und Software erlernen.

3275 **DIE LINKE tritt ein für:**

- 3276 • schnelles Internet für Alle. Dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle Haushalte und
3277 Unternehmen, der Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Punkten und der
3278 flächendeckende Ausbau mit schnellem Mobilfunk
- 3279 • den Verbleib beziehungsweise die Zuführung der digitalen Infrastruktur in öffentlicher Hand.
3280 Der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund und Land
3281 unmittelbar durch die Kommune erfolgen
- 3282 • demokratische Smart City-Projekte in Städten und Gemeinden, welche die Lebensumstände
3283 der Menschen verbessern und niemanden zurücklassen
- 3284 • umfassender Datenschutz für alle Einwohner*innen und die Hoheit der Kommune über ihre
3285 Daten
- 3286 • die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge
3287 möglichst niedrigschwellig und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können
- 3288 • eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung
3289 durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch entsprechende Ausschüsse in
3290 den Kommunen
- 3291 • kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen, damit Alle etwas von der
3292 digitalen Kommune haben können
- 3293 • die Einführung von Open Source-Software in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von
3294 digitalen Großkonzernen zu gewährleisten
- 3295 • eine nicht-kommerzielle Nutzung der Stadt als digitalen Raum

3296 **Kommunal für Frieden – gegen Aufrüstung und Militarisierung**

3297 Frieden beginnt vor Ort. Und: Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte und Kommunen, sondern
3298 bereits die ungeheure Aufrüstung. Die Militär- und Rüstungsausgaben sollen im Bundeshaushalt bis
3299 2024 auf 60 bis 70 Milliarden Euro steigen und wären damit höher als die Russlands. Dieses Geld
3300 fehlt vor Ort etwa bei Investitionen in Bildung, Arbeit und Infrastruktur. Statt für Rüstung und Krieg
3301 werden die Mittel für den Nahverkehr, für Sozialleistungen und für den sozialökologischen Umbau
3302 der Wirtschaft, wie z.B. den Strukturwandel beim Ausstieg aus der Braunkohle, dringend benötigt.
3303 Das kann nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden, aber dennoch gibt es vor Ort
3304 Maßnahmen, um für Frieden zu werben.

3305 **Die Friedenspolitik, die wir wollen, ist:**

- 3306 • anti-militaristisch
- 3307 • konsequent kommunal

3308 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3309 • Aufklärung
- 3310 • Friedens-Bildung
- 3311 • Völkerverständigung
- 3312 • Menschlichkeit

3313 **Was wir dafür brauchen?**

- 3314 • kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und
3315 Klimafolgen betroffen sind
- 3316 • Städte- und Projektpartnerschaften
- 3317 • Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und -organisationen

3318 **Was das bringt?**

- 3319 • das Militärische verschwindet aus dem Alltag
- 3320 • der Wunsch nach Frieden in der Bevölkerung wird größer

3321 **Was muss dafür getan werden?**

- 3322 • Kommunen treten internationalen Städte-Bündnissen für Frieden bei
- 3323 • der ICAN-Städteappell muss unterstützt werden
- 3324 • kriegsverherrlichende Denkmäler müssen verschwinden
- 3325 • Straßen, die an Militaristen erinnern, müssen umbenannt werden
- 3326 • Jugendliche müssen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an
3327 die Bundeswehr aufgeklärt werden

3328 **Militärausgaben und Kriegsfolgen als Probleme für die Kommunen**

3329 Das Militär trägt durch den immensen Energie- und Materialverbrauch erheblich zur Klimakrise bei.
3330 Die Bundeswehr und ihre Manöver verursachen auch lokale Umweltschäden, was bei dem
3331 Moorbrand im Emsland sowie dem Waldbrand in Mecklenburg-Vorpommern besonders deutlich
3332 geworden ist. Der in Augustdorf stationierte Schützenpanzer PUMA verbraucht 500 Liter Diesel auf
3333 100 Kilometern. Ein in Nörvenich/Kerpen stationierter Eurofighter benötigt pro Flugstunde 3.500
3334 Kilogramm Treibstoff, umgerechnet sind das etwa 11.000 Kilogramm ausgestoßenes Kohlendioxid.
3335 Das ist eine enorme Ressourcenverschwendung und schadet der Umwelt. Hinzu kommen die
3336 Belastungen durch Fluglärm, Manöverschäden, die Verseuchung von Truppenübungsplätzen mit Öl
3337 und Benzin.

3338 Aufrüstung und eine Politik, die Kriege und Kampfeinsätze im Ausland unterstützt, erfordert
3339 Militarisierung im Innern. Die Bundeswehr wirbt deshalb aktiv in der Öffentlichkeit. Sie führt auf
3340 Straßen und Plätzen Veranstaltungen und Tage der offenen Tür in ihren Kasernen für Familien durch.
3341 Bei der Nachwuchswerbung macht sie auch keinen Halt vor Bildungseinrichtungen und Schulen. Für
3342 Werbezwecke hat das Verteidigungsministerium Zugriff auf die kommunalen Meldedaten aller
3343 Jugendlichen.

3344 Die Rathäuser und Landratsämter sind Teil der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Patenschaften mit
3345 Einrichtungen der Bundeswehr oder mit Kriegsschiffen sollen die Verbundenheit von Kommunen mit
3346 der Bundeswehr stärken. Das Militärische soll ganz normaler Alltag werden. Dabei wird an alte
3347 militärische Traditionen und teilweise sogar an das kolonialistische Erbe Deutschlands angeknüpft. So
3348 werden in Städten und Gemeinden Kriegerdenkmale gepflegt, Straßen und Plätze tragen immer noch
3349 Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern aus dem 1. und 2. Weltkrieg.

3350 Eine Folge der Kriege in der Welt trifft ebenfalls unsere Kommunen direkt: die
3351 Migrationsbewegungen. Menschen aus Kriegsgebieten verlieren ihre Heimat und suchen Schutz und
3352 die Möglichkeit, bei uns zu wohnen und zu leben. Die geflüchteten Menschen und ihre Familien in
3353 unseren Städten aufzunehmen und sie kommunal zu unterstützen, ist ein Gebot der Menschlichkeit.

3354 DIE LINKE stellt sich vor Ort und in den kommunalen Vertretungen der Militarisierung der
3355 Gesellschaft entgegen. Sie tritt ein für eine konsequente kommunale Friedenspolitik:

- 3356 • Beitritt zu internationalen Städte-Bündnissen für Frieden wie den „Cities for Peace“ und den
3357 „Mayors for Peace“, soweit dies noch nicht geschehen ist. Aktivierung dieser Bündnisse
- 3358 • Unterstützung des ICAN-Städteappells mit der Forderung, dass die Bundesregierung dem
3359 Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten soll
- 3360 • Förderung von Friedensbildung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der
3361 Erwachsenenbildung
- 3362 • Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und -organisationen
- 3363 • umfassende Aufklärung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe
3364 ihrer Meldedaten an die Bundeswehr
- 3365 • Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch nach Militaristen und
3366 Kriegsverbrechern benannt wurden oder kolonialistische Namen tragen

- 3367 • Bereitstellung von Gewerbeflächen nur für Betriebe, die keine Rüstungsgüter und Waffen
3368 herstellen oder Zulieferer für Rüstungsbetriebe sind und die keine Entwicklung zur Herstellung
3369 von Rüstungsgütern betreiben

- 3370 • Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichenden Denkmälern

- 3371 • Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr in Städten und
3372 Gemeinden

- 3373 • keinen Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen zu Werbe- und
3374 Marketingzwecken

- 3375 • Unterstützung von Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie
3376 Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen,
3377 Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen

- 3378 • kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und
3379 Klimafolgen betroffen sind unter Beteiligung von Migrant*innen

3380 **Antifaschismus: Gemeinsam gegen Rechts**

3381 LINKE Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen.
3382 Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte
3383 Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Rechtsextreme
3384 versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“ insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen
3385 Raum zu etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und anti-europäische Stimmungen auf,
3386 um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. DIE LINKE unterstützt
3387 den antifaschistischen Widerstand.

3388 **Der Antifaschismus, den wir wollen, ist**

- 3389 • konsequent
- 3390 • anti-rassistisch

3391 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3392 • Widerstand
- 3393 • Selbstschutz
- 3394 • den „Berliner Konsens“ als strikte Linie im Umgang mit Rechten

3395 **Was wir dafür brauchen?**

- 3396 • gesellschaftliche Bündnisse gegen Rechte und Nazis
- 3397 • zivilen Ungehorsam

3398 **Was das bringt?**

- 3399 • rechten Organisationen wird der Nährboden entzogen

3400 **Was muss dafür getan werden?**

- 3401 • es gibt keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen, Rechtspopulist*innen und Faschist*innen in
3402 den Kommunal-Parlamenten
- 3403 • rechten Aufmärschen wird mit Gegendemos, Sitzblockaden und anderen Aktionen begegnet
- 3404 • Opfer rechter Gewalt bekommen Hilfsangebote und Unterstützung

3405 **Antifaschismus als eine zentrale Aufgabe der LINKEN**

3406 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es
3407 brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Geflüchtete, Migrant*innen,
3408 Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die
3409 nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert.

3410 Eine der zentralen politischen Aufgaben einer sozialistischen Partei ist die Bekämpfung
3411 rechtsextremer und rechtsterroristischer Gruppierungen, Parteien und Netzwerke. Sie verbreiten
3412 Furcht und Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche Entwicklungen.

3413 **Wie entziehen wir den Rechten den Nährboden und stärken antifaschistischen Widerstand:**

3414 • Wir müssen Rechte weiter inhaltlich stellen. Wir lassen rassistische, menschenverachtende und
3415 herabwürdigende Äußerungen nicht unwidersprochen stehen, sondern widersetzen uns.

3416 • In den Kommunalparlamenten darf es keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen,
3417 Rechtspopulist*innen und Faschist*innen geben. Zustimmung zu ihren Anträgen oder ihre
3418 Einbeziehung in interfraktionelle Initiativen führen zu einer Normalisierung, die es zu
3419 verhindern gilt.

3420 • Linke Kommunalpolitik folgt dem „Berliner Konsens“, der eine strikte Linie vertritt: Keine
3421 freundlichen Umgangstöne mit Nazis, konsequente Haltung bei Abstimmungen.

3422 • Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam
3423 mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Initiativen und
3424 Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen
3425 widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen.

3426 • Die Stärkung des antifaschistischen Widerstandes geht mit der Zusammenarbeit und
3427 Einbindung der gesellschaftlichen Linken mit demokratischen Migrant*innenverbänden und
3428 Flüchtlingsgruppen einher. Sie sind natürliche Verbündete.

3429 • Da weder die bürgerlichen Parteien noch die Polizei oder der Verfassungsschutz ernsthaft
3430 gegen die Bedrohung durch die Rechten vorgehen, ist es Aufgabe der gesellschaftlichen Linken
3431 entschiedenen Widerstand und Selbstschutz zu organisieren.

3432 Die rechte Szene hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Zu den Kommunalwahlen 2014
3433 waren die NPD und die PRO-Bewegungen im rechten Spektrum vertreten. Gleichzeitig trat in
3434 einzelnen Städten auch bereits die neu gegründete Partei „Die Rechten“ an, zudem war die AfD bei
3435 den vergangenen Kommunalwahlen im Land erstmals vertreten. „Die Rechten“ konnte vereinzelt
3436 kommunale Mandate erringen, die AfD zog in viele kommunale Parlamente in Fraktionsstärke oder
3437 als Gruppe ein. Die NPD ist praktisch nicht mehr wahrnehmbar, die PRO-Bewegungen haben sich
3438 zum größten Teil aufgelöst. Das Klima von Hass und Gewalt hat sich mit der Szene verändert.

3439 **Was kann linke Kommunalpolitik konkret gegen das Erstarken rechter Bewegungen tun?**

3440 • konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“)

3441 • keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen

3442 • Unterstützung von Projekten und Initiativen gegen Neofaschismus

3443 • flächendeckende Informations- und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt

3444 • konsequente Verfolgung rechter Gewalt- und Wiederholungstaten

3445 • keine Verschleierung rechter Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden

3446 • Erhalt der Mahn- und Gedenkstätten antifaschistischen Widerstands

3447 **Erinnerungskultur als antifaschistische Bildung**

3448 Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen
3449 rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns und
3450 kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

3451 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 3452 • die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus
- 3453 • die Aufarbeitung von Euthanasie-Verbrechen vor Ort
- 3454 • die lokale Aufarbeitung von Zwangsarbeiterschicksalen
- 3455 • die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen,
3456 Jugendorganisationen, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendräten und Anderen. Dazu sind
3457 mögliche Fördermittel von Stiftungen oder der öffentlichen Hand auszuloten und
3458 interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen
- 3459 • Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen
3460 Gebäuden
- 3461 • Aufführungen von entsprechenden Theaterstücken (z.B. bringt das Staatstheater Kassel den
3462 NSU-Prozess auf die Bühne)
- 3463 • Förderung von Multimedia-Projekten ((Kurz-)Filme, Internet-Seiten, Social Media-Accounts
3464 etc.) zur Erinnerungskultur